G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Paul Neuhöffer
Die Rechtsgefahr und die Notwendigkeit einer demokratischen Offensive

Zwischenbilanz des neuen McCarthyismus in der Bundesrepublik
Neue „Fälle" und Verhörprotokolle aus der Praxis der Berufsverbote

Jörg Huffschmid
Im Namen der Investitionsneigung
Zur herrschenden wissenschaftlichen und politischen Krisendiskussion in der BRD

Jürgen Kuczynski
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht

Walter Jens
Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung
Zur literarischen Situation in der BRD

12'74

Dezember 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1974

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1974 1209

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur Entscheidung der SPD-Schiedskommission gegen die Jungsozialisten . . . . . *Gerhard Stuby* 1212

Fords erste hundert Tage und die November-Wahlen . . . *Martin Hall* 1216

Internationales Erdöl- und Rohstoffseminar in Bagdad . . *Dieter Boris* 1219

HAUPTAUFSÄTZE

Die Rechtsgefahr und die Notwendigkeit einer demokratischen Offensive . . . . . *Paul Neuhöffer* 1222

Anhang: Zwischenbilanz des neuen McCarthyismus in der Bundesrepublik 1226

Im Namen der Investitionsneigung. Zur herrschenden wissenschaftlichen und politischen Krisendiskussion in der BRD . . . . . *Jörg Huffschmid* 1242

Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 1262

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung. Zur literarischen Situation in der BRD . . . . . *Walter Jens* 1268

Wissenschaft und Verantwortung (II) . . . . . *Thomas Neumann* 1276

Zum Artikel von E. Berliner: Das monopolkapitalistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel . . . . . *Alfred Sohn-Rethel/E. Berliner* 1285

MEDIENKRITIK

Die Welt-Öffentlichkeit des Dokumentarfilms . . . *Günter Giesenfeld* 1302

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1304

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Kommuniqué über das Arbeitstreffen zwischen Leonid Breschnew und Gerald Ford in Wladiwostok vom 23. bis 24. November 1974 (Wortlaut) 1306

Gemeinsame Erklärung der UdSSR und der USA zur Frage der strategischen Offensivwaffen vom 24. November 1974 (Wortlaut) . . . 1308

Die Palästina-Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 22. November 1974 (Wortlaut) 1310

Die 50 größten Banken außerhalb der USA 1310

Die 50 größten kapitalistischen Industriekonzerne der Welt 1312

JAHRESREGISTER 1974 . . . . . I—XII

Kommentare und Berichte

Zur Entscheidung der SPD-Schiedskommission gegen die Jungsozialisten

In der Debatte des Bundestages am 15. November 1974 über die Gesetzesentwürfe zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften — im Klartext: über das Sondergesetz gegen Demokraten im öffentlichen Dienst — äußerte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Carstens, seine Besorgnis über die Schwäche der SPD und FDP, „sich von ihren linken Flügeln zu distanzieren oder sie unter Kontrolle zu bringen."

Diesen Vorwurf muß zumindest die SPD-Führung als ungerecht empfinden, denn sie hat sich in ihrer Praxis nicht nur der Forderung der Versperrung des Zuganges von sogenannten Verfassungsfeinden zum Staatsdienst ohne Überstrapazierung des „juristischen Beiwerkes", wie es Carstens formulierte, aufgeschlossen gezeigt. Vielmehr erbrachte sie schon vorher einige in der Debatte von der Opposition kaum honorierte, aber nichtsdestoweniger wichtige Vorleistungen: Am 31. Oktober 1974 hatte die Bundesschiedskommission der SPD eine die Selbständigkeit der Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD aufhebende Entscheidung getroffen, um den Jusos den politischen Garaus zu machen, und am 14. November 1974 hatten die SPD-Vertreter mit Hilfe der Opposition ihrer störrischen Studentenorganisation, dem SHB, im Haushaltsausschuß des Bundestages endgültig den Geldhahn zugedreht, indem die schon für 1974 bewilligten Mittel aus dem Bundesjugendplan, begründet mit dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit dieser Organisation, gesperrt wurden. Beides flankierende Maßnahmen in der heraufziehenden Nacht eines neuen McCarthyismus in der Bundesrepublik.

Über die Rolle der hier zur Diskussion stehenden SPD-Arbeitsgemeinschaften bestimmt § 10 des Organisationsstatuts der SPD, daß zwar auf Beschluß des Parteivorstandes innerhalb der Partei Arbeitsgemeinschaften gebildet werden können, daß deren Tätigkeit aber nach vom Parteivorstand beschlossenen Grundsätzen erfolgt. Derartige „Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD" hat der Parteivorstand am 21. Februar 1972 erlassen. Gerade im Blick auf das delikate Verhältnis von Parteivorstand und Jusos [1]) war in ihnen folgendes klargestellt:

1) Die Arbeitsgemeinschaften sind keine Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts (Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke), und sie haben daher kein Recht, Anträge an die Parteitage zu stellen.

2) Sie besitzen keine Finanzhoheit.

3) Ihre Öffentlichkeitsarbeit hat im „Einvernehmen" mit den zuständigen Vorständen zu erfolgen.

4) Sie besitzen keine Satzungsautonomie, und ihre Arbeitsrichtlinien bedürfen der Genehmigung des Parteivorstands.

An diese kurze Kette gelegt, hatte zumindest die Arbeitsgemeinschaft der Jusos, aber auch jüngstens die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer — hinsichtlich des Ministerpräsidentenbeschlusses vom 28. Januar 1972 auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen — erstaunliches, d. h. der

1) Vgl. hierzu Hans See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie, Reinbek b. Hamburg 1972, insbes. S. 121 ff; Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition, Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1969; Text der Grundsätze in: Jahrbuch der SPD 1970—1972, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 583 ff.

offiziellen, von der Parteispitze praktizierten Parteilinie widersprechendes Gedankengut verbreitet. Seit dem Münchener Bundeskongreß von 1969, auf dem sich die Jusos für alle Welt sichtbar der Praxis des Einübens in den offiziellen Parteikurs entzogen, hatte die zunehmende Eigenwilligkeit gegenüber der offiziellen Programmatik immer größere Besorgnis ausgelöst. Die Beschlüsse der folgenden Kongresse zur Demokratisierung der Wirtschaft und zum Stellenwert von Maßnahmen zur Investitionslenkung im Zusammenhang einer antimonopolistischen Strategie [2]), vor allem aber das Verhalten der Jusos im Rahmen ihrer Doppelstrategie zu anderen demokratischen Kräften außerhalb der SPD, vornehmlich den Kommunisten, hatten trotz mancher Widersprüche, Halbheiten und Anpassungsmanöver des Bundesvorstandes der Jusos an die Forderungen des Parteivorstandes dort Alarmstimmung ausgelöst. Unmittelbar nach dem einschneidenden Bundeskongreß von 1969 warnte der frühere Bundessekretär Eichengrün in einer für den PV erstellten Vorlage vor der leichtgläubigen Annahme, daß auch diesmal die so oft in der Parteigeschichte nach 1947 erprobten Integrationsmechanismen selbsttätig funktionieren würden. Bei den Juso-Linken handele es sich nicht um eine Gruppe, die auf einer linksopportunistischen Welle zu Ämtern und Mandaten gelangen wolle, um sich alsdann mehr oder weniger leicht ins Establishment integrieren zu lassen. Langfristig könne man das — entweder Integration oder Einflußlosigkeit durch völlige Abstoßung — Ziel nur erreichen, wenn man die Jusos vor zwei Alternativen stelle: „Entweder Arbeitsgemeinschaft in der Partei mit allen logischen daraus erwachsenen Rechten und Pflichten oder aber eine lose mit der Partei verbundene, aber völlig selbständige Organisationsform (ähnlich der Jungen Union)" [3]).

Solche flexiblen Gegenmaßnahmen würden wirksamer und geräuschloser zur Entmachtung der Juso-Opposition führen als etwa eine Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, die auf viel innerparteilichen Widerstand stoßen müßte. Eine dieser flexiblen Maßnahmen auf dem Weg zur engeren Anbindung an die Partei, wie sie in den „Grundsätzen" vom 21. Februar 72 erfolgte, war der Antikommunismusbeschluß der Führungsgremien vom 14. November 1970, in dem alle Parteigliederungen aufgefordert wurden, „solche Mitglieder, die zusammen mit Kommunisten gemeinsame Veranstaltungen durchführen, gemeinsame Publikationen herausgeben, gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. unterzeichnen oder an von DKP, SDAJ und FDJ (Westberlin) gesteuerten Publikationen mitarbeiten, auf den parteischädigenden Charakter ihres Verhaltens hinzuweisen und notfalls POV einzuleiten" [4]). Dieses in Erinnerung an die Einleitung der Kommunistenjagd der 50er Jahre neu geschaffene Disziplinierungsinstrument wurde wacker gehandhabt — insbesondere gegen alle Ansätze von Aktionseinheiten mit Kommunisten und anderen als solche diffamierten Demokraten. Teilweise wurden, wie in Westberlin, ganze Juso-Gruppen ausgeschlossen. Dennoch kam die Diskussion innerhalb der Jusos, ja innerhalb der Partei insgesamt nicht zur Ruhe. Sie griff sogar zunehmend auf andere, relevantere Gruppierungen als die Jusos über. In vielen Punkten, so z. B. in der Auseinandersetzung um den Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. Januar 1972, zeigte es sich auf dem Hannoveraner Parteitag vom April 1974 sehr deutlich, daß die Parteispitze unter einem gewissen Druck von unten stand, wenn sie auch insgesamt das Heft noch voll in der Hand hatte.

[2]) Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Zur Theorie und Praxis der Jungsozialisten, in: „Blätter", 1/1974; Detlev Albers u. a., Perspektiven der Jusos nach dem 2. Bundeskongreß und den Landtags- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1974, in: „Blätter", 5/1974.

[3]) See, a. a. O., S. 131.

[4]) Vgl. Jahrbuch der SPD 1970—1972, S. 555.

Der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA) im Herbst 1973 kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. Nach den Berechnungen des Parteivorstandes sollte diese Arbeitsgemeinschaft ein programmatisches, sich auf der SPD-Führung treu ergebene oder mit ihr personalunionistisch verzahnte Funktionärsschichten der Gewerkschaft stützendes Gegengewicht zu den Jusos und der Parteilinken werden. Man setzt dabei auf das mangelnde Vermögen der Arbeiterschaft, zwischen pseudorevolutionärer Phraseologie, die sich in vielen oft von Jusos inszenierten Diskussionen in den Parteigliederungen in Verbalradikalismen äußerte, und der realistischen Wahrnehmung der materiellen Interessen der Lohnabhängigen, die in der Juso-Programmatik zumindest in Ansätzen vorhanden ist, zu unterscheiden. Diese Berechnung war jedoch schon im ersten Anlauf eine Fehlkalkulation. Denn auf der konstituierenden Duisburger Bundeskonferenz der AfA dominierten die Beiträge, die für die wichtigsten Gewerkschaftsforderungen kämpferisch eintraten und die in vielen Bereichen mit den Positionen der Jusos identisch waren. Damit hatte sich entgegen der beabsichtigten Wirkung dokumentiert, daß die sicherlich noch unvollkommen und widersprüchlich formulierte Programmatik der Jusos — das gilt besonders für den Bereich der Staatsfrage — zumindest Elemente enthielt, die von relevanten Teilen der Partei, insbesondere der Arbeiterschaft, getragen wurde. Deutlicher konnte es sich gar nicht offenbaren, daß die Integrationswirkung der rechten SPD-Führung abnahm.

Auf diesem Hintergrund sind auch die jüngsten Wahlergebnisse in Bayern und Hessen zu sehen. Gerade in der Arbeiterschaft hat sich angesichts des als Wortbruch empfundenen Verhaltens der sozialliberalen Koalition, die kaum eines ihrer Reformversprechen erfüllte, Resignation breitgemacht. Diese äußerte sich entweder in Wahlenthaltung oder sogar in Protestwahl für die CDU/CSU, da für die meisten Arbeiter und anderen Werktätigen eine reale Alternative auf der Linken noch nicht sichtbar ist. Der Antikommunismus ist aus den besonderen Entwicklungsbedingungen der BRD noch zu tief im Bewußtsein eingefressen, als daß für andere westeuropäische Länder kennzeichnende politische Selbstverständlichkeiten hier schon möglich wären. Aber dies muß nicht für alle Zeiten so sein, und eine die genannten besonderen Bedingungen der BRD berücksichtigende Analyse wird auf vielen Gebieten schon tiefe Einbrüche für die demokratischen Kräfte feststellen können. Jedenfalls ist die Reaktion über dieses Phänomen sehr besorgt, wie gerade die ungeschminkte Rede Carstens' am 15. November im Bundestag zeigte. In konzertierter Aktion und mit gestuften Mitteln versucht sie, das verlorene Terrain wiederzuerlangen und einen schleichenden Erosionsprozeß hin zu einem möglichen Umschwung — und dies wären wegen der Rückwirkungen vor allem auf den Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD weitere Erfolge der DKP — abzustoppen. Das Disziplinierungsmittel des Berufsverbots — ein Parteiverbot ist aus internationalen Rücksichten nicht möglich, und das weiß die CDU/CSU auch — nimmt in dieser Strategie einen zentralen Platz ein.

Unverhohlen drohen zudem Teile des Großkapitals der SPD/FDP-Koalition mit dem CDU-Knüppel, wenn sie bestimmte Reformwünsche, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung, erfüllt. Durch teils selbstgewolltes, teils erzwungenes Nachgeben verliert die SPD-Führung innerhalb der Partei, aber auch gegenüber ihren Wählermassen, zunehmend ihre Wirkkraft. Damit wird sie aber auch für die Repräsentanten des Großkapitals uninteressant. Gewitzt durch lange Klassenkampferfahrungen und illusionär hoffend auf eine Verschiebung des internationalen

Kräfteverhältnisses, schwenken im Augenblick relevante Teile der herrschenden Kräfte auf eine konsequent disziplinierende Linie ein, solange angesichts der Vorgänge im übrigen Westeuropa noch Zeit ist.

In diesem Gesamtkonzept bietet die SPD-Führung neben sich überstürzenden verbalen Avancen zu einer großen Koalition, um wieder einmal das Vaterland vor dem Untergang zu retten, nunmehr die faktische Liquidation der Jusos an, zumindest wenn es nach den Vorstellungen der Bundesschiedskommission geht.

Glaubte man im SPD-Vorstand bislang, die Jusos am besten integrieren zu können, wenn man ihnen in einem pragmatischen Gemisch der beiden von Eichengrün entwickelten Alternativen eine beschränkte Autonomie einräumte, quasi ein Hydepark Corner, soll jetzt die sowieso schon kurze Kette bis auf das letzte Glied zurückgenommen werden. Schon im Parteivorstandsbeschluß vom 28. Juni 1974 wurde entsprechend den „Grundsätzen" vom 21. Februar 1972 aus dem fehlenden Antragsrecht der Arbeitsgemeinschaften ein fehlendes Willensbildungsrecht gefolgert. „Die Arbeitsgemeinschaften sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an die Willensbildung der Partei auf den verschiedenen Stufen gebunden." Die Parteivorstände haben darüber zu wachen, daß es auch wirklich zur Identität des Willensbildungsprozesses von Arbeitsgemeinschaften und entsprechenden Parteigliederungen kommt. Notfalls ist bei Verstoß gegen die so ausgelegte „Einvernehmenspflicht" die Waffe des Parteiordnungsverfahrens einzusetzen. Man wollte jedoch die Organe der Arbeitsgemeinschaften nicht völlig ausschalten, denn die Parteivorstände wurden ausdrücklich auf ihr Recht hingewiesen, Mitgliederversammlungen oder Delegiertenversammlungen der Arbeitsgemeinschaften einzuberufen, auf denen sie die Abberufung mißliebig gewordener Funktionäre fordern sollten. Immerhin kam der Parteivorstand zu folgender Feststellung, die die Gemüter besänftigen sollte: „Die Entscheidung darüber (über die Abwahl) liegt aber allein in der Versammlung der Arbeitsgemeinschaften."

Nach der Wahlniederlage in Bayern schiebt die Bundesschiedskommission in ihrer Entscheidung vom 31. Oktober 1974 diese vornehme Zurückhaltung des Parteivorstandes bei der Behandlung störender Funktionäre beiseite.

Verstöße gegen das Einvernehmen können nicht nur durch Abwahl oder durch Parteiordnungsverfahren geahndet werden, sondern die Vorstände von Organisationsgliederungen haben schlichtweg das Recht, Funktionäre von Arbeitsgemeinschaften ihres Organisationsbereiches abzusetzen. Da sie ihre Mitgliedschaft nicht verlieren, erhalten sie gleichzeitig die „Chance" der Bewährung als einfaches Mitglied. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Einvernehmen ist nicht etwa nur „Kenntnisnahme" oder „vorherige Information", sondern herzustellende Übereinstimmung. Jede Nostalgie an die Zeiten von „mehr Demokratie" wird schon im Keime zerstört. Ausdrücklich heißt es in der Begründung:

„Dieses Recht zur Abberufung von Arbeitsgemeinschaftsfunktionären steht den Vorständen, nicht aber den Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen der Partei zu. Das entspricht dem in den „Grundsätzen" enthaltenen System der politischen Aufsicht der Partei gegenüber den Arbeitsgemeinschaften . . . Diese hervorgehobene Stellung der Parteivorstände gegenüber den Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen entspricht im übrigen auch der Systematik des Organisationsstatus." Hier kommt die Begründung auf dem eigentlich neuralgischen Punkt an. Es soll nicht eine bestimmte Gruppe allein getroffen werden, sondern alle Ansätze einer innerparteilichen Opposition, schlechthin (deren Möglichkeit

verbal im Konzept der Volkspartei [5]) gegenüber den angeblich totalitär, nämlich nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus strukturierten kommunistischen Parteien sonst immer herausgestrichen wird) [6]). Einmal mehr bestätigt das Handeln der Führungsspitze, daß die SPD eine Partei ist, in der zwei Klassenlinien verlaufen.

Das in langen innerparteilichen Auseinandersetzungen geschärfte Instrument des bürokratischen Zentralismus soll hier noch um eine Stufe perfektioniert werden. Die Absetzung eines Arbeitsgemeinschaftsfunktionärs durch einen Parteivorstand wird von der Schiedskommission als eine politische Ermessensentscheidung interpretiert. Sie soll noch nicht einmal von ihr nachprüfbar sein. Diese Selbstentmachtung der Schiedskommission stellt eine besondere Nuance dar. Sie fällt noch hinter die im Parteiengesetz schon zurückgenommenen Grundsätze innerparteilicher Demokratie zurück und verstößt damit gegen dessen Normen.

Es fragt sich allerdings, ob sich die Parteispitze mit dieser faktischen Auflösung der Arbeitsgemeinschaften nicht ein Danaergeschenk gemacht hat. Der fränkische Bezirksvorsitzende Bruno Friedrichs, der das ganze Verfahren in Gang gebracht hat, frohlockt im Augenblick noch über die Entscheidung, da sie „den innerparteilichen Prozeß der Willensbildung wieder auf die Ebenen zurückverlagert, wohin er nach dem Parteistatut und auch nach dem Parteiengesetz gehört, in die Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke" [7]). Aber abgesehen von den politischen wie finanziellen Problemen, die der Parteispitze aus der Schiedskommissionsentscheidung bei der Verwirklichung ihres Konzeptes, die Juso-Hochschulgruppen gegen den SHB einzusetzen, entstehen [8]) — mit solchen disziplinarischen Mitteln wird sich auf die Dauer der Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD kaum abstoppen lassen. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, ob immer größere Teile der Mitgliedschaft erkennen, daß der gegenwärtige Kurs der sozialliberalen Koalition ihre materiellen und politischen Interessen zugunsten der großen Monopole hintanstellt. Diese Entwicklung würde die Sicht für die demokratische Alternative freimachen, die ansatzweise schon im Bündnis von sich auf ihre Tradition besinnenden Sozialdemokraten und demokratischen Kräften außerhalb der SPD, zu denen als aktive Kraft DKP-Mitglieder gehören.

Alle Angriffe auf diese Bündnisansätze zielen zugleich auf einen Rechtsruck des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses insgesamt, zu dem die sozialliberale Koalition der Reaktion zur Zeit bereitwillig an die Hand geht.

Gerhard Stuby

[5]) See, a. a. O., S. 124.
[6]) Vgl. z. B. Jochen Steffen, Wider das Kartell der Kanalarbeiter, in: Hermann Weber, Das Prinzip links, Fackelträgerverlag 1973, S. 322 f., S. 309 ff.; weitere Beiträge zur Frage der Fraktionsbildung in der SPD.
[7]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 14. 11. 1974.

Fords erste hundert Tage und die November-Wahlen in den USA

Präsident Ford hatte sich viel vorgenommen, als er in seiner ersten Ansprache an den Kongreß erklärte, ihm komme es nicht auf die traditionellen Flitterwochen, die ersten hundert Tage an. Er wünsche sich vielmehr eine „gute Ehe" mit dem Kongreß. Drei Monate

[8]) Vgl. „Berliner Extra-Dienst" v. 18. 10. 1974, S. 8, und 22. 10. 1974, S. 5.

später sieht es nicht so aus, als ob selbst ein erfahrener Eheberater viel helfen könnte.

Ford ist ein enormer Vorschuß an gutem Willen entgegengebracht worden. Sicherlich, niemand hat erwartet, es werde ein „großer" Präsident aus ihm werden. Jedermann wußte, daß während seiner fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit im Abgeordnetenhaus keine einzige bedeutende Gesetzgebungsinitiative von Ford ausgegangen war. Er hatte stets zuverlässig für die reaktionäre Seite gestimmt. Daß er ein Impeachment-Verfahren gegen William O. Douglas, den einsamen Bannerträger des Liberalismus im Bundesgerichtshof, betrieben hatte, war zwar nicht vergessen, aber es wurde allgemein verdrängt. Ford machte den Eindruck eines ehrlichen und offenen Mannes, der keine persönlichen Feinde kennt. Unter den traumatischen Nachwirkungen des Watergate-Schocks war das Land von dem Wunsch erfüllt, sein Vertrauen in einen neuen, von der Korruption der vorherigen Administration scheinbar unberührten Mann an der Spitze des Staates setzen zu können.

In weniger als drei Monaten aber ist Präsident Fords Ansehen fast so tief gesunken wie das seines Vorgängers. Die Schuld dafür kann er bei niemand anderem als bei sich selbst suchen. Für das abrupte Ende der Flitterwochen zwischen Ford und dem Kongreß gibt es vor allem zwei Ursachen: erstens Fords Überraschungscoup, Richard Nixon die „bedingungslose Amnestie für alle Verbrechen und Vergehen, die der frühere Präsident während seiner Amtszeit gegen die Vereinigten Staaten begangen hat oder haben könnte", zu gewähren; zweitens Fords Versagen vor der Aufgabe, die Bevölkerung zu überzeugen von seiner Entschlossenheit und Fähigkeit, das Land zur Überwindung seiner sich vertiefende wirtschaftliche Krise zu führen.

Mehr und mehr haben die wirtschaftlichen Probleme die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen: Inflation bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit. Über die von Präsident Ford im September veranstalteten Inflations-Hearings ist in dieser Zeitschrift im vergangenen Monat berichtet worden. Die Ergebnisse der Hearings und Fords eigene Vorschläge, darunter eine fünfprozentige Zusatzsteuer und seine hausväterlichen Ratschläge, die „Teller leerzuessen" und auf unnötige Anschaffungen zu verzichten, haben niemanden befriedigt. Der Kongreß zeigte keine Neigung, Fords Programm zuzustimmen oder sich für die WIN-Plaketten zu begeistern („Whip Inflation Now" — Schlag die Inflation jetzt!). Im Gegenteil, der Kongreß hob einige Notstandsvollmachten auf, die dem Präsidenten zur Zeit Trumans gewährt worden waren, und machte große Abstriche bei der Auslandshilfe, vor allem im Hinblick auf Südvietnam.

Unterdessen hält die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den USA weiter an. Die amtliche Arbeitslosenquote stieg auf 6 %, in allen Wirtschaftsbranchen sinken die Absatzziffern (insbesondere in der Automobilindustrie mit all ihren Zulieferungsbetrieben). Der Preisanstieg hält demgegenüber an. Daß es der Regierung an Verständnis für die Situation mangelt, demonstrierte besonders kraß Fords neuer Wirtschaftsberater Greenspan, der öffentlich erklärte, die „prozentual am stärksten unter der Inflation leidende Bevölkerungsgruppe seien — die Börsenmakler".

Vor dem Hintergrund des rapide verfallenen Vertrauens in die politischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten der Ford-Administration gingen die Amerikaner am 5. November an die Wahlurnen. Üblicherweise gewinnt die Oppositionspartei bei der Halbzeitwahl Sitze im Abgeordnetenhaus und im Senat. Diesmal begünstigte der Trend

die Demokraten, unter der Doppelwirkung von Watergate und Wirtschaftskrise, sogar noch stärker. Der Erdrutsch zugunsten der Demokratischen Partei kam deshalb nicht überraschend. Sie gewann vier Sitze im Senat und 43 Sitze im Abgeordnetenhaus, wo sie damit jetzt über mehr als die Zweidrittelmehrheit verfügt, hinzu. Im Abgeordnetenhaus führt sie mit 291 gegenüber 144 und im Senat mit 62 gegenüber 38 Sitzen der Republikaner. Der Erfolg der Demokratischen Partei nimmt sich noch eindrucksvoller aus, wenn man bedenkt, daß sie 28 zur Wahl stehende Gouverneursposten gewann, die Republikaner dagegen nur 7. Kalifornien und New York, die beiden bevölkerungsreichsten Staaten, wählten statt republikanischer jetzt demokratische Gouverneure. Das gleiche geschah in den großen industriell entwickelten Staaten Pennsylvania, Illinois und Minnesota. Nixons „Südstaatenstrategie", mit der die Monopolstellung der Demokraten im Süden gebrochen werden sollte, scheiterte. Kandidaten der Minoritäten erzielten eindrucksvolle Erfolge.

Alle 16 schwarzen Mitglieder des Kongresses wurden wiedergewählt, ein weiterer Sitz hinzugewonnen. In Kalifornien und Colorado wurden Schwarze Vizegouverneur, in Kalifornien eine Frau chinesischer Herkunft Staatssekretär. In Neu-Mexiko und Arizona, zwei Staaten mit einer langen Tradition nicht weniger scharfer Rassentrennung als in den Südstaaten, wurden erstmals Mexiko-Amerikaner zu Gouverneuren gewählt. In Hawaii setzten sich für jedes wichtigere Amt asiatische Kandidaten durch. In Connecticut wurde mit Ella T. Grasso zum erstenmal eine Frau aus eigener Kraft Gouverneur (schon früher waren einige Frauen Gouverneur geworden, als ihr Gatte vor Ablauf der Amtszeit starb — oder wie Frau Wallace, die in Alabama als Platzhalterin gewählt wurde, weil die Verfassung eine erneute Kandidatur ihres Gatten verbot.) In New York und in New Jersey wurden Frauen Vizegouverneur.

Aber so eindrucksvoll diese Zahlen erscheinen, so deutlich werden sie durch die Tatsache relativiert, daß nur 38 % der Wahlberechtigten an die Urnen gingen. Das ist die geringste Wahlbeteiligung seit 1946, als sie mit 37,1 % ähnlich niedrig lag. Auch der Überraschungserfolg eines früheren konservativen Demokraten, der als Unabhängiger zum Gouverneur des Staates Maine gewählt wurde, ist weithin als Symptom einer generellen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Politikern, gleich ob Republikaner oder Demokraten, interpretiert worden. Unbestreitbar haben die Verschlechterung der Wirtschaftslage, Inflation und Arbeitslosigkeit den Republikanern am schwersten geschadet. Gleichzeitig muß aber festgestellt werden, daß das Fehlen eines umfassenden Alternativplans auf seiten der Demokraten die Apathie und das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den Wahlen verstärkt hat.

Der neue Kongreß wird jünger und liberaler sein. Einige Abgeordnete vom rechten Flügel der Republikaner haben nicht wieder kandidiert. Sämtliche bekannten Liberalen aus der Demokratischen Partei, so Senator McGovern, Birch Bayh, Frank Church, Adlai Stevenson III, wurden wiedergewählt. Einige liberale Kandidaten wurden hinzugewählt, z. B. in Colorado Gary Hart, McGoverns Wahlkampfmanager von 1972. Als der wichtigste Aspekt erscheint mir, daß die Demokraten angesichts ihrer großen Mehrheiten mehr als bisher die Verantwortung sowohl dafür zu tragen haben werden, welche Schritte gegen die Wirtschaftskrise unternommen werden, wie auch für die Haltung der USA gegenüber den zahlreichen dornigen Problemen der Außenpolitik. Wenn die Demokraten, wie es nach aller Wahrscheinlichkeit der Fall sein wird, keine wirklichen Alternativlösungen vorzuschlagen haben, könnte

das Jahr 1976 für die Demokratische Partei weit weniger erfolgversprechend als das Jahr 1974 ausfallen. Es trifft nicht zu, wie Ford es als Schreckgespenst an die Wand malte, daß die Demokraten einen „Veto-geschützten" Kongreß haben. Ihre Partei ist kein Stimmblock, sondern tief gespalten zwischen Konservativen und Liberalen. Das Senioritätsprinzip führt heute gleichzeitig dazu, daß in vielen Ausschüssen, wo liberale Anträge nach dem Ermessen des Vorsitzenden auf Eis gelegt werden könnten, konservative Südstaaten-Demokraten den Vorsitz innehaben. Der Sonderparteitag, den die Demokraten in diesem Winter abhalten wollen, wird möglicherweise mehr Licht auf ihre künftige Politik werfen.

Wie sind nach alldem die Aussichten der Vereinigten Staaten für 1975 zu beurteilen? Mit einem Präsidenten, der nicht vom Volk gewählt wurde, bis jetzt ohne Vizepräsident, mit einem von einer Minderheit der Bevölkerung gewählten Kongreß, angesichts des des Umsichgreifens von Zynismus und Lethargie in einer Bevölkerung, die allen Politikern tiefes Mißtrauen entgegenbringt, ist die Lage dem Chaos nahe. Ein Alternativprogramm gegen die bankrotte Wirtschaftspolitik der herrschenden Konzernkreise ist nicht erkennbar. Auf außenpolitischem Gebiet greifen Isolationismus und entspannungsfeindliche Kampagnen um sich. Viel wird davon abhängen, ob die Ford-Administration sich zu einer konsequenten Koexistenzpolitik, deren Möglichkeit die Ergebnisse des Treffens von Wladiwostok erneut bestätigt haben, wird durchdringen können, oder ob der militärisch-industrielle Komplex, der gerade in letzter Zeit wiederholt seinen großen Einfluß im Kongreß demonstriert hat, dominierend bleibt.

Martin Hall, Los Angeles

Internationales Erdöl- und Rohstoffseminar in Bagdad

Vom 1.—4. November 1974 fand in Bagdad ein internationales Seminar über „Erdöl und Rohstoffe für ökonomische Außenbeziehungen zum wechselseitigen Vorteil" statt, an dem sich 120 Wissenschaftler und Politiker aus 53 Ländern beteiligten. Zum Seminar hatten der „Nationale Rat für Frieden und Solidarität der Republik Irak" und die „Afro-Asiatische Organisation für Völkersolidarität" (AAPSO) eingeladen. Es sollte der Fortsetzung der politischen und wissenschaftlichen Analyse der Problematik dienen, die in einem ersten Seminar im November 1972 in Bagdad aufgenommen worden war. Die Analysen dieses ersten Seminars (die jetzt in Buchform erschienen sind) bildeten einen wichtigen Vorbereitungsschritt für die Herstellung eines Konsensus zwischen den erdölproduzierenden Ländern bezüglich ihrer künftigen Haltung gegenüber den kapitalistischen Ländern. Ebenso wie die erste Konferenz, konnte auch das zweite internationale Treffen mit der Unterstützung und Förderung durch die Nationale Front, der Regierungskoalition aus irakischer Baath-Partei und der Irakischen Kommunistischen Partei, rechnen. Die wesentliche Arbeit des Seminars wurde in drei Kommissionen geleistet. In der ersten Kommission wurden allgemeine Fragen der Energiekrise, vor allem hinsichtlich ihres realen Kerns bzw. ihrer propagandistisch-ideologischen Verkleidung, ihres Stellenwerts innerhalb der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des kapitalistischen Monetärsystems erörtert. Wesentliche Ergebnisse dieser Kommission waren, daß von einer absoluten Energiekrise nicht gesprochen werden könne, sondern nur von einer Krise der Energieversorgung im Rahmen der bestehenden monopolkapitalistischen Formen,

welche ständige Profitsteigerung, Verschwendung und Ausbeutung der Werktätigen in den Entwicklungsländern erzwingen. Weiterhin wurden in dieser Arbeitsgruppe theoretische und praktische Fragen der Bestimmung des Erdölpreises diskutiert. Der Rohölpreis sollte nicht bestimmt werden durch das Streben nach höchsten Preisen, die innerhalb der Verhandlungsmacht möglich sind, sondern gemäß objektiver Faktoren: Inflationstempo, Goldpreisentwicklung, alternative Möglichkeiten der Energieproduktion und die ökonomischen und sozialen Bedürfnisse der Entwicklungsländer sollten die Orientierungsmaßstäbe für die Preisfixierungen bilden.

In der zweiten Kommission wurden verschiedene Aspekte des Zusammenhangs von Nationalisierung und Entwicklung erörtert. Weitgehende Übereinstimmung wurde darin erzielt, daß die Nationalisierung der Produktion von Rohstoffen nur der erste Schritt sein könne (dem weitere Anstrengungen hinsichtlich der Verarbeitung und Vermarktung folgen müßten) und daß Nationalisierung nur zu Entwicklungen führen könne, wenn sie mit radikalen sozialen Reformen und Aktivierung der Massen einherginge. Bezüglich der außenwirtschaftlichen Beziehungen erdölproduzierender Länder zu anderen Entwicklungsländern und zu den sozialistischen Staaten wurde die Form eines „Dreieckskooperationsverhältnisses" diskutiert: Dies könnte z. B. darin bestehen, daß Devisen aus Verkäufen an kapitalistische Länder teilweise anderen erdölarmen unterentwickelten Ländern als Kredite zur Verfügung gestellt werden, um hiermit Ausrüstungsanlagen und Maschinen aus den entwickelten sozialistischen Ländern zu importieren. Gleichzeitig könnten dadurch Gläubiger- und Schuldnerländer in ein langfristiges arbeitsteiliges Kooperationsverhältnis treten, bei dem der Vorzug darin bestünde, daß diese Projekte nationalstaatlich kontrolliert bleiben und daher dem Drang der multinationalen Konzerne in die Verarbeitungsindustrien der Entwicklungsländer wirksam entgegengetreten werden kann.

In der dritten Kommission wurden die Gründe analysiert, die es erstmals nach dem Oktoberkrieg den erdölproduzierenden Ländern erlaubten, in gemeinsamen Aktionen gegen die imperialistischen Länder vorzugehen und das Erdöl als ökonomische und politische Waffe zu benutzen. Neben den Fortschritten im Bewußtwerdungsprozeß innerhalb der arabischen Länder, der immer stärkeren Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsorganisation, wurden vor allem auch internationale Momente hervorgehoben: die Krise in den kapitalistischen Ländern, die sich seit 1968 in Währungsschwierigkeiten und verstärkten Klassenkämpfen der westeuropäischen Arbeiterklasse ausdrückt, das größere ökonomische und politische Gewicht der sozialistischen Länder sowie die von ihnen ausgehende Entspannungspolitik. Die Einheit der arabischen Länder und der Erfolg ihrer Erdölpolitik hatte nicht

Chile Kalender 1975

Die Gruppe Werkstatt Hamburg und das Antiimperialistische Solidaritätskomitee Frankfurt (ASK) geben einen Grafik-Kalender '75 heraus. Der Kalender umfaßt 12 Grafik- sowie 12 Textseiten.

Format: 31,5 x 45,5 cm, Preis: 15,— DM.

Der Reinerlös (20 000 DM, wenn die Auflage von 4000 Exempl. verkauft wird) fließt der Chile Solidarität zu.

Bestellungen an:
GRUPPE WERKSTATT HAMBURG
c/o G. Jeske, 2 Hamburg 53, Franzosenkoppel 32

nur große ideologische Auswirkungen auf die übrigen Regionen der Dritten Welt (vgl. das UNO-Aktionsprogramm über Rohstoffe und eine neue internationale Wirtschaftsordnung, „Blätter" 6/1974 und 7/1974), sondern eröffnete — insbesondere für die progressiven arabischen Regierungen — neue Möglichkeiten der Überwindung der Unterentwicklung. Wenngleich sich die internationalen Erdölmonopole, deren Aktivitäten längst schon andere Energiesektoren und zum Teil die chemische Industrie erfaßt hat, während des Ölboykotts durch enorme Profitsteigerungen einstweilen noch schadlos hielten, hat die Politik der arabischen Länder die Positionen des Imperialismus doch insgesamt geschwächt und die innerimperialistischen Widersprüche wie auch die innerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder bestehenden Antagonismen stärker hervortreten lassen.

Vor allem in der dritten Kommission wurde diskutiert, wie die erdölproduzierenden Länder diese Widersprüche besser zum Wohle ihrer Völker, aber auch der arbeitenden Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausnützen können. Eine intensivere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und anderen Entwicklungsländern sowie die Propagierung eines direkten Verkaufs an staatliche Erdölgesellschaften der kapitalistischen Länder unter Ausschluß der internationalen Konzerne wurden hierbei besonders hervorgehoben. Einer kritischen Analyse hingegen wurden die verschiedenen Versuche eines „Recycling", d. h. eines Wiedereinbeziehens der gewachsenen Deviseneinnahmen der Erdölländer in die kapitalistische Weltwirtschaft, unterzogen (langfristige Kredite an internationale kapitalistische Geldinstitute oder Regierungen bzw. -Joint-venture-Projekte in den kapitalistischen Industrieländern oder den jeweiligen Entwicklungsländern). Nur durch das immer stärkere Ausscheren aus dem kapitalistischen Weltmarkt könne eine rasche ökonomische und progressive soziale Entwicklung in der „Dritten Welt" erreicht werden. Diese Möglichkeit wird allerdings durch die verschiedenen politischen und ökonomischen Bedingungen innerhalb der arabischen Länder, deren Einheit der Imperialismus durch einzelne verlockende Angebote zu untergraben suche, ebenso behindert wie durch die gewaltigen ökonomischen und militärischen Potenzen der imperialistischen Länder und deren Einsatz im Kampf um die Verbesserung der kapitalistischen Verwertung. Die Einheit der antiimperialistischen Kräfte in den Entwicklungsländern, der Arbeitsklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die verstärkte Kooperation mit den sozialistischen Ländern seien die einzigen Garanten für die weitere Fortsetzung des Kampfes um ökonomische und soziale Emanzipation. Dieter Boris

Die Rechtsgefahr und die Notwendigkeit einer demokratischen Offensive

Von Paul Neuhöffer

I

Niemand, der an demokratischen Entwicklungen interessiert ist, wird an diesem Jahresende die innenpolitische Lage anders als mit großer Sorge beurteilen können. Im Jahr 1974 hat sich die Bundesrepublik merklich nach rechts entwickelt. Dies kommt nicht nur in den Wahlergebnissen zum Ausdruck. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß sich ein tiefergreifender Prozeß der politischen Kräfteverschiebung nach rechts angebahnt hat und weiter fortsetzt.

Die drei Bundestagsparteien sind auf einer nach rechts verschobenen Plattform zusammengerückt. Wenn die CDU als Regierungspartei in den 50er Jahren unter Adenauer vielleicht noch rechtere Positionen als heute eingenommen hat, so hat es doch einen Zustand, in dem alle Parteien des Bundestages gemeinsam eine so weitgehend rechtsgerichtete Position beziehen, in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Dem Einflußzuwachs von Strauß und Dregger in der CDU/CSU entspricht die Verschiebung von Brandt zu Schmidt in der SPD, vom Scheel des Brandt-Kabinetts zu Genscher und Friderichs in der FDP. Offenbar glauben maßgebliche Wirtschaftskreise, die Bundesrepublik angesichts der krisenhaften Entwicklung der westlichen Welt nur noch durch einen politischen Rechtsruck und durch Zurückdrängung der demokratischen Kräfte in ihrem Sinne politisch stabil halten zu können. Sie scheinen entschlossen, demokratische Prozesse wie in Frankreich und Italien, und selbst eine bloße Zunahme des Gewerkschaftseinflusses wie in England, bei uns in der Bundesrepublik nicht zuzulassen. Auf der Woge eines Stimmungsgemischs aus Terrorismus-, Kriminalitäts- und Agentenfurcht und Antikommunismus hoffen sie, den Beifall der Bevölkerungsmehrheit für eine Entwicklung nach rechts zu finden.

Daß diese Rechtsentwicklung einen systematischen Angriff auf alle demokratischen Kräfte darstellt, geht u. a. daraus hervor, daß er nicht nur gegen demokratische Organisationen und Personen außerhalb der Bundestagsparteien, sondern auch innerhalb dieser Parteien gegen deren jeweilige demokratisch-antimonopolistische Strömungen geführt wird. Keine der drei Parteien macht hier eine Ausnahme. Wo das einst nur aus der rechtesten Ecke der CDU/CSU zu hörende Vokabular notorischer Demokratenjäger mehr und mehr zur Parteisprache der ganzen CDU und über Männer wie Genscher auch von Teilen der FDP wird, steht die SPD-Führung nicht zurück. Mittels der verschärften Statutenauslegung durch die Bundesschiedskommission hat sie jedem Jungsozialistensprecher die sofortige Funktionsenthebung durch den nächstzuständigen SPD-Vorstand ohne Revisionsmöglichkeit für den Fall nichtgenehmer politischer Äußerungen angedroht. Da dies auch für alle SPD-Arbeitsgemeinschaften (also etwa auch die SPD-eigene Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) gilt, ist damit eine Art öffentliches Äußerungsverbot für die demokratischen Kräfte in der SPD verhängt. Ins gleiche Bild gehört, daß dem SHB nach dem Namen nun auch die Förderung aus Bundesmitteln entzogen worden ist. Diese Pression auf die fortschrittlichen Kräfte versuchen Parteien und Großindustrieverbände, je auf ihre Weise, verstärkt auch in die Gewerkschaften und die Betriebe zu tragen.

Den zentralen Platz in dieser Strategie der geplanten Rechtsentwicklung nimmt die Politik der Berufsverbote ein. Ihre Praktizierung richtet sich keineswegs nur gegen die Lehrer an Schulen und Hochschulen, nicht nur gegen die gesamte angestellte und beamtete Intelligenz, sondern sie zielt auf die politische Einschüchterung der gesamten Gesellschaft. Sie bedroht jeden nichtkonformistisch Denkenden mit Entlassung und dem Entzug einer gesicherten materiellen Lebensperspektive. Mit dieser Blockierung der Aussichten auf eine gesicherte Existenz bei demokratischer politischer Orientierung soll ein gesamtgesellschaftlich wirksamer Zwangsmechanismus der Rechtsorientierung in Gang gesetzt werden. Dieser Mechanismus wirkt weit über die Berufsverbote im öffentlichen Dienst hinaus, weil die bloße Kenntnis der dort praktizierten Berufsverbote auch das politische Verhalten der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben beeinflußt. Er wirkt auch deshalb in alle Arbeiter- und Angestelltenschichten, weil für sie heute angesichts der wachsenden Forderung nach Mobilität der Arbeitskräfte das Überwechseln in den öffentlichen Dienst eine mögliche alternative Form der Existenzsicherung ist. Die demonstrative Berufsverbotspraxis soll ihnen die politische Bedingung für jedweden beruflichen Aufstieg, ob im öffentlichen Dienst oder in der Wirtschaft, von vornherein klarmachen. Ein Wettbewerb des Strebertums in politischem Wohlverhalten, der alle Versuchungen der Kollegendenunziation in sich birgt, ist die durchaus erwünschte Atmosphäre, die die rechten Kräfte der drei Parteien in der Bundesrepublik zu erzeugen versuchen.

Mit der Berufsverbotspolitik, ihren Verhören und Denunziationen wird ein neuer McCarthyismus bundesrepublikanischer Prägung geschaffen (vgl. dazu auch die Dokumente im Anhang zu diesem Artikel). Wieder einmal wird nach historisch bewährtem Muster unter dem Vorwande der Rettung des Staats die Entdemokratisierung betrieben, und hierbei gewinnen natürlicherweise diejenigen politischen Kräfte die Oberhand, die in Deutschland vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und dann, als Nationalsozialisten, im sogenannten Dritten Reich schon immer gegen alle demokratischen Bestrebungen vorgingen. Es war insofern keineswegs ohne jeden Bezug zur gegenwärtigen Realität, daß dem FDP-Abgeordneten Hirsch angesichts der Berufsverbotsdebatte am 15. November im Bundestag beklemmende Assoziationen aufstiegen, die er, zu Carstens gewandt, in die Worte kleidete: „Es war für mich erschreckend, mit welcher Leichtigkeit Sie glaubten, das sogenannte juristische Beiwerk wegwischen zu können; denn in diesem juristischen Beiwerk verwirklicht sich der Rechtsstaat. In derselben Leichtigkeit, mit der Sie hier das sogenannte juristische Beiwerk wegwischen wollten, haben es die Nationalsozialisten 1933 getan."

II

Unter dem Eindruck des derzeitigen Klimas hat sich in fortschrittlich eingestellten Kreisen der Bundesrepublik bereits unverkennbar eine gewisse resignative Lethargie ausgebreitet. Die Strategie der rechten politischen Kräfte zielt aber gerade darauf, das demokratische Potential vom politischen Engagement abzuhalten und es auf den Weg der Anpassung an die Rechtsentwicklung zu drängen. Diese Strategie kann nur vereitelt und die immer weitere Entwicklung der Bundesrepublik nach rechts kann nur verhindert werden, wenn die demokratischen Kräfte diesem Einschüchterungsdruck nicht nur widerstehen, sondern sich gegen ihn auf breitester Front zu einer politischen Offensive zusammenfinden — und dies angesichts der weit fortgeschrittenen Rechtsentwicklung so bald wie möglich.

Das wirft die Frage auf, ob dafür heute Voraussetzungen vorhanden sind. Lassen sich in einer Periode der Rechtsentwicklung Ansatzpunkte für ein Offensivwerden der demokratischen Kräfte finden? Tatsächlich können solche Ansatzpunkte nur in den Blick treten, wenn man sich darüber klar wird, daß die gegenwärtig forcierte Rechtsentwicklung, die als Erstarkung der rechten politischen Kräfte in Erscheinung tritt, in Wirklichkeit nicht ein Ausdruck wachsender Stärke, sondern gerade der Krise und des Schwächerwerdens der imperialistischen Kräfte im internationalen Maßstab ist. Der Drang der herrschenden Kräfte nach rechts ist weitgehend der Ausdruck ihrer eigenen Krisenhysterie, der Reflex ihrer ökonomischen und politischen Befürchtungen. Aus ihrer Krise aber muß nicht notwendigerweise die von ihnen angestrebte politische Stärkung der Rechten resultieren. Im Gegenteil, diese Krisenerscheinungen können auch Auslöser und Ansatzpunkte eines Aufschwungs der demokratischen Kräfte sein.

Damit soll in gar keiner Weise gesagt sein, daß es einen historischen Automatismus gibt, der garantiert, daß zunehmende Krisenerscheinungen im ökonomischen System der westlichen Welt den demokratischen Kräften zugute kommen. Es gibt da bitterste Gegenbeispiele. Aber wenn etwas mit Gewißheit festgestellt werden kann, dann wohl dies, daß die Frage, wie sich kapitalistische Krisen innenpolitisch auswirken — d. h. ob sie die antidemokratischen oder die demokratischen Kräfte anwachsen lassen —, ganz davon abhängig ist, welchen Kräften es gelingt, sich in der Mehrheit der Bevölkerung den Kredit des besseren Vertreters ihrer Interessen zu erwerben. Darüber aber entscheidet auch immer die eigene Aktivität. Wie immer man auch die Aussichten der demokratischen Kräfte beurteilen mag, sich gegen die rechte Demagogie bei der großen Mehrheit der Bevölkerung verständlich zu machen — unbestreitbar ist, daß nur die demokratischen Kräfte selbst durch ihr eigenes aktives Auftreten gegen die Gefahr des politischen Ausschlags der Krise nach rechts eine Gegenbewegung und ein Gegengewicht schaffen können. Ihnen bleibt daher nur die Offensive.

Wenn es aber richtig ist, daß der Rechtsentwicklung eine Krise des Kapitalismus zugrundeliegt, dann gibt es für eine demokratische Offensive auch Ansatzpunkte. Denn die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen verletzen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Ob sie hierauf mit einer Hinwendung zu den rechten oder den demokratischen Kräften reagiert, ist in einer solchen Lage stets eine nicht vorentschiedene politische Kampffrage. Nicht einmal die Wählergruppen, die diesmal mit einer verstärkten Wahl der CSU und CDU auf die Lebensverschlechterungen reagiert haben, können als ein fester Besitzstand der politischen Rechten eingestuft werden. Jedenfalls können sich die demokratischen Kräfte der Aufgabe, den Kampf gegen die rechte Massenemotionalisierung und damit auch um die Rückgewinnung der gegenwärtig von ihr erfaßten Potentiale aufzunehmen, in keinem Falle entziehen. Je drückender die ökonomischen Pressionen werden, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist, desto entschiedener müssen die demokratischen Kräfte für deren Lebensinteressen auftreten und damit den breiten Volksschichten deutlich machen, wer ihre Belange wahrnimmt und wer die Demagogen sind.

Vor allem aber ist es die Berufsverbotspraxis, die als krassestes Symptom der Rechtsentwicklung und unmittelbare Herausforderung aller demokratischen Kräfte einen Ansatzpunkt zu deren politischer Offensive bietet. So wie einst die Sozialistengesetzgebung einen nicht abnehmenden, sondern immer mehr anschwellenden Widerstand hervorrief, und so wie die Antiatom- und Antinotstandsbewegung nicht nur die damals vorhandenen demokratischen Kräfte mobilisierte, sondern

ihr auch entscheidende neue Potentiale zuführte, so enthält heute die Berufsverbotspolitik alle Elemente in sich, eine an Umfang und Dynamik etwa der einstigen Antinotstandsbewegung vergleichbare demokratische Bewegung gegen sich zu entfachen, wenn nur die entschiedensten demokratischen Kräfte die Offensive eröffnen.

Einem Offensivwerden der demokratischen Kräfte kommen die internationalen Entwicklungstendenzen entgegen. Der Trend zur Entspannungspolitik in Europa geht weiter und zwingt auch die rechten Kräfte der Bundesrepublik, ihm Rechnung zu tragen. Unter dem Druck der Entspannungspolitik und der zunehmenden Forderung nach Abrüstung gerät der Militär-Industrie-Komplex in immer größere Bedrängnis. Jedes weitere Fortschreiten der Entspannungs- und Koexistenzpolitik schwächt unmittelbar die ökonomische Hauptbasis der äußersten bundesdeutschen Rechten um Franz Josef Strauß, den militärisch-industriellen Komplex. Der von ihnen nicht umkehrbare weltweite und innereuropäische Trend zur Entspannung, der im elementaren Lebensinteresse der Menschheit liegt, kommt ökonomisch auch den Interessen der nicht zum militärisch-industriellen Komplex gehörenden Monopole entgegen, denen an verbesserten Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern gelegen ist. Aus dieser unterschiedlichen Interessenlage ergeben sich im Großkapital divergierende außen- und innenpolitische Positionen. Strauß, der Hauptsprecher der politischen Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes und aller sonstigen extremen Rechtskreise, erregte sich nicht ohne Grund über das Bündnis eines großen Teiles der bundesdeutschen Industrie mit der Entspannungspolitik. Diesen Teilen kann an einer zugespitzten Entwicklung der Bundesrepublik nach rechts nicht im gleichen Maße gelegen sein wie den Kräften des militärisch-industriellen Komplexes. Gäbe es keine auf ökonomische Zusammenarbeit und Koexistenz mit den sozialistischen Ländern orientierten Industriefraktionen in der Bundesrepublik und stattdessen nur eine im wesentlichen einheitlich auf Kalten Krieg orientierte Industrie, dann wäre die Situation der demokratischen Kräfte zweifellos ungünstiger. Daher wäre es alles andere als klug, wenn die demokratische Opposition das aktive Engagement für Koexistenz- und Entspannungsfortschritte nicht zu einem unmittelbaren Programmbestandteil ihres Kampfes gegen die Rechtskräfte, für mehr Demokratie und soziale Sicherheit machen würde. Denn solchen Entspannungsfortschritten kommt auch unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung ihres eigenen Handlungs- und Entfaltungsspielraums die größte Bedeutung zu. Fortschritte bei der Verwirklichung der Koexistenz und eines Friedenssystems in Europa als der Basis, auf der die Entspannung sich in allen ihren positiven Möglichkeiten entwickeln kann, engen den politischen Spielraum der hinter Strauß stehenden, speziell rüstungsinteressierten Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes ebenso ein, wie sie gleichzeitig den Spielraum der demokratischen Kräfte erweitern.

Der Blick auf diesen Zusammenhang zeigt freilich, wie kompliziert das politische Feld ist, auf dem die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik heute Politik machen müssen. Wenn sie derzeit schwächer sind als in anderen westeuropäischen Ländern, so sind sie doch andererseits längst traditionsreich genug, um vor dieser Kompliziertheit nicht zurückzuschrecken. Es wäre billig, zu einer Offensive gegen die politische Rechtsentwicklung im kommenden Jahr 1975 aufzurufen, wenn man die schwierigen Konstellationen, unter denen die demokratischen Kräfte aktiv werden müssen, verschwiege. Doch indem man sie ins Bewußtsein ruft, wird zugleich ihre Notwendigkeit sichtbar. Und sie kann erfolgreich sein, wenn alle demokratischen Kräfte unseres Landes diese Notwendigkeit erkennen und dementsprechend tätig werden.

Im Namen der Investitionsneigung

Zur herrschenden wissenschaftlichen und politischen Krisendiskussion in der BRD

Von Jörg Huffschmid

Nachdem sich im Novemberheft der „Blätter" bereits Gerhard Kade und Dirk Ipsen mit der jüngsten Inflations- und Krisendebatte in den USA auseinandersetzten, untersucht Jörg Huffschmid, welche Erklärungen und Lösungsvorschläge in der Bundesrepublik die Krisendiskussion beherrschen, u. a. in den jüngsten Gutachten der Wirtschaftsinstitute und des Sachverständigenrates. Im Januarheft wird ein ausführlicher Beitrag von Jörg Goldberg zum Thema Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit folgen. D. Red.

1. Verschärfung der Krise

Gegenwärtig geht in der BRD der fünfte Nachkriegszyklus zu Ende. Die bereits eingetretene und in den nächsten Monaten mit Sicherheit an Schärfe zunehmende Krise bildet die Basis für einen neuen Zyklus unter national und international erheblich erschwerten Bedingungen, die auf den Verlauf dieses Zyklus und die in ihm stattfindenden Klassenauseinandersetzungen nicht ohne Folgen bleiben werden [1]).

Im Mittelpunkt dieses Artikels sollen weder die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten stehen, die die zyklischen Krisen im Kapitalismus mit Notwendigkeit hervorbringen, noch soll die historische Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus dargestellt werden, die der gegenwärtigen zyklischen Krise ihre besondere Erscheinungsform gibt; beides ist Gegenstand eines späteren Artikels zur Krise in der BRD. Hier geht es darum, zu untersuchen, wie die offensichtlichen Krisenerscheinungen in der offiziellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion verarbeitet werden, welche Erklärungen die herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute und Theorien für sie haben und welche politischen Konsequenzen aus ihnen gezogen werden. Der Grund für eine derartige Schwerpunktsetzung liegt auf der Hand: Es muß auffallen, daß in der Verarbeitung der Krise die Aussagen von wissenschaftlichen Gremien eine ungewöhnlich wichtige Rolle spielen; Politiker und Vertreter der großen Verbände berufen sich, wenn sie Stellungnahmen zu Krisenerscheinungen und Krisenbekämpfung abgeben, fast immer auf die Autorität wissenschaftlicher Sachverständigenaussagen über angebliche Tatbestände oder Sachzusammenhänge. Es entsteht so, gewiß nicht unbeabsichtigt, der Eindruck, als gingen die herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Theorien relativ ungebrochen in die amtliche Politik und die Verlautbarungen über die Politik ein, oder umgekehrt, als ruhe die amtliche Politik und ihre Verbreitung auf einem gesicherten wissenschaftlichen Fundament. Dieser Eindruck soll im folgenden hinterfragt werden, indem die wichtigsten wissenschaftlichen Erklärungs- und Therapievorschläge angesichts der gegenwärtigen Krise untersucht und auf ihren immanenten Erklärungsgehalt und ihre gesellschaftliche Interessengebundenheit untersucht werden.

[1]) Vgl. hierzu die Diskussion über „Die allgemeine Krise des Kapitalismus heute", in: „IPW-Berichte", 9/1974, S. 7 ff., die teilweise im Novemberheft der „Blätter" abgedruckt wurde.

Zuvor müssen aber doch einige kurze Bemerkungen zum Erscheinungsbild der gegenwärtigen Krise gemacht werden:

Auf den ersten Blick hat die gegenwärtige Krise bestimmte Ähnlichkeiten mit der Krise von 1966/68: Im Unterschied zu den drei ersten Zyklen, die ausgesprochene Wachstumszyklen waren — in denen der Boom sich in steigenden und die „Krise" sich in sinkenden, allemal aber positiven Wachstumsraten der Produktion ausdrückte —, stagnierte 1967 zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik die reale gesamtwirtschaftliche Produktion, die Industrieproduktion ging sogar um über 2 % zurück [2]). Auch im Jahre 1974 wird das reale Bruttosozialprodukt stagnieren und die Industrieproduktion sinken [3]). Auch in diesem Jahr gibt es — wie 1967/68 — eine hohe Arbeitslosenzahl und stagnierende bzw. sogar leicht sinkende reale Nettolöhne [4]).

Neben diesen Ähnlichkeiten gibt es in der gegenwärtigen Situation — und in den Aussichten für den weiteren Verlauf der Krise — jedoch eine Reihe von wichtigen Unterschieden zur Krise 1966/68, vor allem in zweierlei Hinsicht:

Erstens ist die gegenwärtige Krise weitaus einschneidender und schwerwiegender als die Krise 1966/68:

Bereits im Oktober 1974 gab es in der BRD eine *Arbeitslosenzahl*, wie sie während der gesamten Krise 1966/68 nicht überschritten worden ist (Februar 1967: 673 000, Januar 1968: 673 000) [5]). Die Arbeitslosenquote der BRD war laut Angaben der „Süddeutschen Zeitung" im Oktober 1974 die höchste Oktoberquote seit 1954 [6]), seit einer Zeit also, in der die Bundesrepublik noch unmittelbar unter den Kriegsfolgen zu leiden hatte. Und das markiert erst den Beginn der Krise! Es herrscht Einigkeit bei Wissenschaftlern und Politikern darüber, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch zunehmen wird; d. h. im Monat des Erscheinens dieses Heftes wird die Zahl der Arbeitslosen so hoch sein wie seit mindestens 15 Jahren nicht mehr. Dabei sind hier nur die offiziell bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen erfaßt, weder die ausgegliederten und nicht als arbeitslos gemeldeten Hausfrauen, die im Boom von den Unternehmern so umworben worden waren, noch die Ausländer, deren Arbeitsverträge auslaufen und nicht verlängert werden, die daher in ihre Heimatländer zurückkehren müssen und dort die Arbeitslosenarmee vergrößern.

Die Tiefe der Krise ist auch an der Zahl der Konkurse abzulesen, die ebenfalls eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Höhe erreicht hat: Während die Zahl der Konkursverfahren in der BRD und Westberlin bis 1963 unter 3000 pro Jahr blieb und bis 1970 unter 4000 pro Jahr lag, stieg sie 1971 auf 4255, im Jahre 1972 auf 4410 und im Jahre 1973 auf 5277 [7]). Nimmt man die für dieses Jahr vorliegenden Vierteljahreszahlen als Grundlage einer Schätzung (1. Vierteljahr: 1671 Konkurse, 2. Vierteljahr 1645 Konkurse [8])), so ist abzusehen, daß im Jahre 1974 zwischen 6000 und 7000 Unternehmen bankrott machen werden, mehr als eineinhalbmal soviel wie im Krisenjahr 1967 und mehr als doppelt soviel wie

---

2) Vgl. Jahresgutachten (JG) 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestags-Drucksache 7/1273, S. 209 und 213.
3) Vgl. das unten besprochene „Gemeinschaftsgutachten" (s. Anmerkung 21) S. 381 und 385.
4) Nach o. a. Gutachten nehmen 1974 Nettolohn- und Gehaltssumme und Preisniveau für den privaten Verbrauch jeweils um 7,5 % zu, 1975 wird die Zunahme jeweils 6,5 % betragen. Vgl. Gemeinschaftsgutachten, S. 388.
5) Vgl. das unten besprochene „Gemeinschaftsgutachten" (s. Anmerkung 21), S. 381 und 385.
6) „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 8. 11. 1974, S. 1.
7) Vgl. Rainer Metzner, Konkurse — Ursachen und Hintergründe, in: „IPW-Berichte", 8/1974, S. 16.
8) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", 10/1974.

im Krisenjahr 1968. Daß sich hierin nicht nur die zunehmende Schärfe der Krise, sondern auch die zunehmende Monopolisierung der westdeutschen Wirtschaft und damit auch die zunehmende Polarisierung innerhalb des Bereichs der kapitalistischen Unternehmen ausdrückt, kann an der Beobachtung der parallelen Bewegungen von Konkursen und Konzentrationsvorgängen abgelesen werden [9]).

Zweitens unterscheidet sich die Krise 1974/75 von der Krise 1966/68 durch die Verschiedenheit der historischen Bedingungen, in denen sie stattfindet und die Geschwindigkeit und Intensität des anschließenden Aufschwungs bestimmen. Diese historischen Bedingungen haben sich in den letzten Jahren ganz allgemein zuungunsten des Kapitalismus in der Welt und auch zuungunsten des westdeutschen Kapitalismus verändert [10]); diese Veränderungen lassen es unwahrscheinlich erscheinen, daß der scharfen Krise der Gegenwart ähnlich wie nach 1966/68 ein steiler wirtschaftlicher Aufschwung folgen wird; der Aufschwung, der sich an die gegenwärtige Krise anschließt, wird vielmehr mühsam, langwierig und mittelmäßig sein. Unter den besonderen Umständen, die die gegenwärtige Situation von der letzten Rezession unterscheiden, sind als wichtigste hervorzuheben:

a) Im Unterschied zu 1966/68 befinden sich gegenwärtig alle kapitalistischen Metropolen in einer Phase krisenhafter Entwicklung [11]), können also keine belebenden Einflüsse aufeinander ausüben; es besteht vielmehr die reale Gefahr, daß sie sich entweder gegenseitig tiefer in die Krise stoßen oder aber voneinander isolieren und zur autonom-protektionistischen Wirtschaftspolitik zurückkehren, wie Frankreich, das bereits im Januar 1974 durch Austritt aus der europäischen Währungsunion [11a]), und Italien das im Frühjahr dieses Jahres durch die Einführung eines faktischen Importzolles schon getan haben [12]) — was verheerende Folgen für die internationale kapitalistische Integration und eine weitere Verschärfung der internationalen Konkurrenz zur Folge haben würde [13]). Für die Bundesrepublik werden die außenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Stabilisierung auch weiterhin nicht verschwinden — sie werden vor allem durch den zunehmenden Handel mit den sozialistischen Staaten und den ölexportierenden Ländern verstärkt werden —, aber die ganz überwiegende und entscheidende Rolle, die die außenwirtschaftliche Expansion bei der Überwindung der Krise von 1966/68 und der Beschleunigung und Intensivierung des anschließenden Booms gespielt hat, wird sie für eine Wiederbelebung der Konjunktur in den nächsten Jahren auch nicht annähernd mehr behaupten können [14]).

b) Im Unterschied zur Situation 1966/68 ist die gegenwärtige Krise in der BRD und in anderen Ländern von einer permanenten und hohen Inflation begleitet, die sich in Japan auf über 25 %, in der BRD nach Schätzung des Gemeinschaftsgutachtens für 1974 immerhin bei den Preisen für den privaten Verbrauch auf 7,5 %, beim Staatsverbrauch auf 11 %, bei den Investitionen auf 7 % und bei der Ausfuhr auf 15,5 % beläuft [15]). Diese Inflation trägt einerseits zur Verschlechterung der sozialen Lage der Werktätigen und zur Verstärkung der sozialen Spannungen bei und verringert damit den sozialpolitischen Spielraum der Regierung;

Die gegenwärtig zu hörenden wissenschaftlichen Gutachten und Stellungnahmen der sich kompetent fühlenden und zur Begutachtung bestellten Gremien und

9) Vgl. hierzu Rainer Metzner, Konkurse . . ., a. a. O., S. 16 ff.
10) Vgl. Anmerkung 1.
11) Autorenkollektiv, Die Wirtschaft der imperialistischen Länder im ersten Halbjahr 1974, in: „IPW-Berichte", 9/1974, S. 2 ff.
11a) SZ v. 21. 1. 1974, S. 1.
12) Vgl. SZ v. 2. 5. 1974, S. 1.
13) Vgl. hierzu Gerhard Basler/Frank Todtmann, Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche innerhalb der EWG, in: „IPW-Berichte", 6/1974, S. 52 ff.
14) Vgl. Gemeinschaftsgutachten, S. 378.
15) Ebd., S. 378 und 388.

sie verstärkt zum zweiten die Labilität und Polarisierung auch innerhalb des Bereichs der kapitalistischen Unternehmen, die in sehr unterschiedlichem Maße von der Inflation profitieren bzw. unter ihr leiden [16]; drittens erschwert die Inflation den Einsatz der traditionellen Krisenbekämpfungsinstrumente, wenn sie ihn nicht sogar unmöglich macht.

c) Im Unterschied zu 1966/68 sind gegenwärtig die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Krisenbekämpfung sehr viel begrenzter und zum Teil bereits erschöpft. Die Methoden, um einen Zyklus zwar nicht auszuschließen, aber seinen Abschwung zu bremsen und den Wiedereinsatz des Aufschwungs zu beschleunigen, ohne ausschließlich auf soziale Disziplinierungen zurückzugreifen, stehen gegenwärtig kaum noch zur Verfügung bzw. versagen. Das große und allgemein beklagte Dilemma kapitalistischer Wirtschaftspolitik in der Phase der „Stagflation" besteht darin, daß belebende Antirezessionsmaßnahmen den Preisauftrieb fördern, den man auf der Grundlage der Preissetzungsautonomie der Unternehmer nicht in den Griff bekommt, daß auf der anderen Seite bremsende Antiinflationsmaßnahmen unweigerlich die rezessiven Tendenzen fördern und die Arbeitslosigkeit verstärken, weil die Gewinnerwartungen der Unternehmer sinken und diese entsprechend mit Produktionseinschränkungen reagieren.

Die SPD hatte 1966/68 als Regierungspartei in der großen Koalition das keynesianische Stabilisierungsinstrumentarium mit Erfolg einsetzen, dadurch die Krise bremsen und den fälligen Aufschwung beschleunigen und intensivieren können, und sie konnte diese Politik als spezifisch sozialdemokratische Politik der „Wachstumssicherung für alle" verkaufen. Mittlerweile hat sich wieder unübersehbar die Tatsache durchgesetzt, daß die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung, die die Dynamik der zyklischen Krise bei allen historisch bedingten Formveränderungen einschließt, von anderen Regulativen als denen staatlicher Wirtschaftspolitik bestimmt wird und daß auch sozialdemokratische Theorien und Steuerungstechniken vor der Naturwüchsigkeit dieser Dynamik versagen müssen, solange sie deren gesellschaftliche Grundlagen akzeptieren und respektieren.

Die Regierungspolitik und -propaganda der SPD/FDP-Koalition steht trotz aller Propagierung von Globalsteuerung und sozialer Sicherung und entsprechender institutioneller Einrichtungen der gegenwärtigen ökonomischen Krisenentwicklung hilf- und konzeptionslos gegenüber, ebenso wie die CDU/CSU bei aller demagogischer Propaganda und allem Kapital, das sie aus dieser Entwicklung schlägt, sie nicht erklären kann. In dieser Situation der Ratlosigkeit treten ein paar Grundwahrheiten des Kapitalismus, die zeitweise schamhaft in den Hintergrund gedrängt worden waren — obwohl sie immer Grundwahrheiten geblieben sind und als solche gewirkt haben — mit desto größerer Deutlichkeit und Eindringlichkeit in den Vordergrund der wirtschaftlichen Entwicklung, und die offizielle wissenschaftliche und politische Diskussion greift sie in außerordentlichem Eifer auf und verkündet sie landauf-landab als neuentdeckte Heilslehre, die sträflicherweise lange in Vergessenheit geraten war und deren Nichtbefolgung schuld an der Krise sei. Es handelt sich dabei vor allem um die einfache Grundwahrheit, daß die kapitalistische Produktion an nichts anderem als am Gewinn orientiert ist: wenn es mit dem Gewinn nicht mehr stimmt, stimmt es mit der Gesamtproduktion nicht mehr, gibt es Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Krise.

16) Was sowohl vom unterschiedlichen Grad der nationalen Monopolisierung als auch von den Möglichkeiten abhängt, durch Exportsteigerungen an den hohen Auslandspreisen zu partizipieren.

Institute sowie die Äußerungen der Regierungs- und Oppositionsparteien im Bundestag sind nichts anderes als Variationen dieses Grundthemas: Klage über die mangelhaften Gewinne und Propaganda für ihre Erhöhung [17]). Daß die Unternehmerverbände und ihre Sprecher keine Gelegenheit auslassen, um ins gleiche Horn zu stoßen [18]), ist nicht weiter verwunderlich; erstaunen muß aber die Frömmigkeit, mit der führende Vertreter der Gewerkschaften diese Grundwahrheit schlucken und sich auf ein angebliches Gesamtinteresse verpflichten lassen, ohne den durch dieses Gesamtinteresse verschleierten unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Werktätigen und denen der Unternehmer zu thematisieren [19]). Daß dieser Gegensatz innerhalb der Gewerkschaftsbewegung weder unbekannt noch ein Tabu ist, geht deutlich aus dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall hervor, und es geht noch deutlicher aus dem Beschluß des 10. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier hervor, der den DGB auffordert, die konzertierte Aktion zu verlassen, und zur Begründung für diese Aufforderung ausführt: „Gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nicht von einem vorgeblichen Gesamtwohl oder Staatsinteresse ausgehen. In dem scharfen Interessengegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen können die Interessen der Lohnabhängigen nur vertreten werden, wenn sie allein zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht werden. Die Ausrichtung der Gewerkschaften an einem angeblichen Gesamtwohl und Staatsinteresse stärkt die Position der Unternehmer und schwächt die Position der Lohnabhängigen" [20]).

In dieser Stellungnahme einer Gewerkschaft kommt klar die Einsicht zum Ausdruck, daß es sich bei den gegenwärtig publizierten Analysen und Stellungnahmen von Wissenschaftlern und den Appellen der Politiker keineswegs um die Artikulation von „Sachzwängen" handelt — wie gerne behauptet wird — noch um Empfehlungen zum Verhalten im gemeinschaftlichen Gesamtinteresse. Es handelt sich bei diesen Analysen vielmehr um Vorspiegelungen von Naturgesetzen und Sachzwängen, wo in Wirklichkeit gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse vorliegen; bei den Appellen handelt es sich in Wirklichkeit um die Empfehlung an die Mehrheit der Bevölkerung, sich im Interesse der Minderheit zu verhalten und die eigenen Interessen zurückzustellen.

Die prominentesten und von Politikern und Presse am meisten ausgeschlachteten wissenschaftlichen Äußerungen zum Thema Krise sind zum einen das Ende Oktober 1974 veröffentlichte Gemeinschaftsgutachten der fünf renommiertesten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der BRD und Westberlins über „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1974" [21]) sowie das „Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" [22]), das Ende November 1974 veröffentlicht wurde. Beide Publikationen liefern die vorgeblich wissenschaftliche Untermauerung der Forderung nach Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmer, die als Forderung nach dem „Zurechtrücken der Verteilungsrelationen" von Regierungs-, Oppositions- und Unternehmens-

17) So z. B. Wirtschaftsminister Friderichs (SZ v. 25. 1. 1974, S. 2), Finanzminister Apel (SZ v. 5. 11. 1974, S. 13), Außenminister Genscher (SZ v. 25. 11. 1974, S. 2), der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg (SZ v. 25. 11. 1974, S. 2).

18) So z. B. der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Schleyer (SZ v. 4. 11. 1974, S. 9), der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Münchmeyer (SZ v. 25. 11. 1974, S. 2), der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Wolff v. Amerongen (SZ v. 22. 11. 1974, S. 21).

19) Gemeint ist hier vor allem das Fernsehinterview, das der DGB-Vorsitzende am Abend nach der Sitzung der Konzertierten Aktion am 1. 10. 1974 gab und in dem er zusammen mit Wirtschaftsminister Friderichs und Arbeitgeberpräsident Schleyer erklärte, vordringlich sei es jetzt, die Ertragskraft der Unternehmen zu fördern.

20) „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 11/1974, S. 16.

21) Abgedruckt in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Wochenberichte", 43—44, v. 24. 10. 1974, Westberlin, zit. als „Gemeinschaftsgutachten".

22) Bundestags-Drucksache 7/2848, zit. als Jahresgutachten 1974 (JG 74).

verbandssprechern unermüdlich propagiert wird. Sie sollen daher im folgenden in bezug auf ihren wissenschaftlichen Erklärungsgehalt und ihre gesellschaftspolitische Stoßrichtung analysiert werden, wobei die Untersuchung an folgenden Fragen orientiert wird:

1) Wie erklären die Sachverständigen die gegenwärtige Krise?
2) Was schlagen sie zu ihrer Überwindung vor?
3) Wie schätzen sie die weitere Entwicklung ein?

2. Das ökonomische Ziel der herrschenden Krisendiskussion: Umverteilung zugunsten der Gewinne

2.1. Diagnose: Nachlassen der Investitionsneigung

Beide Gutachten stellen fest, daß die bisherige Entwicklung in diesem Jahr durch eine Stagnation des Bruttosozialproduktes, einen leichten Rückgang der Industrieproduktion und einen kräftigen Rückgang der Bautätigkeit gekennzeichnet sei.

Da der private Verbrauch und die staatlichen Investitionen jedoch weiter angestiegen sind und der Exportüberschuß für das laufende Jahr sogar außerordentlich hoch ist, kann die stagnative Entwicklung nur am Mangel an privater Investitionstätigkeit liegen: „Ausschlaggebend für das Ausbleiben eines Aufschwungs war, daß die Investitionsneigung, die sich nach der Aufhebung der Investitionssteuer und der Wiederzulassung von Abschreibungserleichterungen wieder belebt hatte, wieder nachließ" [23]), und „das erneute Nachlassen der Investitionsneigung führte sehr rasch zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit" [24]). Und der Sachverständigenrat schreibt: „Die Investitionsneigung, der Herzmuskel einer wachsenden Wirtschaft, verkrampfte" [25]).

Die Investitionen aber sind deshalb nicht gestiegen, weil die Gewinne nicht hoch genug waren: „Für einen dauerhaften Wandel im Investitionsklima fehlt bislang eine wichtige Voraussetzung: eine kräftige Erhöhung der Gewinne" [26]). Und: „Der Befund läßt vermuten, daß die geringe Bereitschaft, zu investieren, mit dem Schrumpfen der Gewinnspannen zusammenhängt" [27]).

Das ist der Kern der Diagnose, der Erkenntnis, die in den letzten Wochen mit zunehmender Offenheit in den Massenmedien und Politikerreden verkauft wird: Die Krise ist da, weil die Gewinne nicht hoch genug sind, weil die „Ertragskraft" der Unternehmen gesunken ist.

Vergegenwärtigen wir uns kurz das Grundmodell dieser Erklärung, das — wenn auch im absurden Gewande der persönlichen unternehmerischen „Neigung", zu investieren — die Funktionsweise des kapitalistischen Systems trefflich zum Ausdruck bringt: Die materielle und immaterielle Produktion, die Versorgung der Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen aller Art hängt von dem Bestand der Produktionsmittel ab, über deren quantitative und qualitative Weiterentwicklung Umfang und Art der Investitionen entscheiden. Diese Produktionsmittel befinden sich aber weder im Eigentum der Gesellschaft, noch sind sie gesellschaftlicher Planung und Kontrolle unterworfen. Sie sind vielmehr Eigentum einer kleinen, ca. 10 % umfassenden Klasse [28]) der Mitglieder der Gesell-

[23]) Gemeinschaftsgutachten, S. 380/1.
[24]) Ebd., S. 381.
[25]) JG 74.
[26]) Gemeinschaftsgutachten, S. 384.
[27]) JG 74, Ziffer 297.
[28]) Autorenkollektiv des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II, Sozialstatistische Analyse. Erster Halbband, Frankfurt/M 1974, S. 179.

schaft, und die Entscheidung über Art und Umfang ihrer Entwicklung, über die Investitionen, fällen diese Produktionsmittelbesitzer. Sie entscheiden aber nicht nach Kriterien der gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern nach Kriterien der privatwirtschaftlichen Rentabilität, des Gewinns. Materielle gesellschaftliche Produktion wird zwar hervorgebracht vom gesellschaftlichen Zusammenwirken der gesamten werktätigen Bevölkerung (gesellschaftliche Produktion), ob und in welchem Umfang und in welcher Richtung dies aber geschieht, das ist jedoch abhängig von der privaten Gewinnentwicklung einer kleinen Klasse von Produktionsmittelbesitzern (private Aneignung); dies ist die kurze Formel für die Grundtatsachen und den Grundwiderspruch im Kapitalismus. Hieraus leitet sich in der herrschenden Theorie und politischen Propaganda die These vom allgemeinen Interesse an hohen Unternehmergewinnen ab, da diese den hohen Stand der Gesamtproduktion und die Sicherheit der Arbeitsplätze garantierten. Daß sich aus dem gleichen Tatbestand vom Standpunkt der werktätigen Bevölkerung das Interesse ableiten läßt, die Entscheidung über den Einsatz der gesellschaftlichen Produktionsmittel über die gesellschaftliche Produktion und Investition der Minderheit privater Kapitalbesitzer zu entziehen und in die Hände gesellschaftlicher Instanzen der Produzierenden zu verlegen, fällt aus dem Rahmen eines solchen Modells heraus und entgeht einer „wissenschaftlichen" Argumentation, die die entscheidenden gesellschaftspolitischen Grundstrukturen als ewige Naturtatbestände, zumindest aber als für den eigenen Argumentationszusammenhang nicht zu problematisierende Daten ansieht.

2.2. Therapie: Steigerung der Gewinne mit allen Mitteln

Aus dem Grundmodell der kapitalistischen Entwicklung folgt zwanglos die Linie der wirtschaftspolitischen Empfehlungen: Wenn allgemeine Krise und Arbeitslosigkeit an den zu niedrigen Gewinnen liegen, dann müssen die Mittel zur Bekämpfung der Krise darauf hinauslaufen, die Gewinne zu erhöhen. „Soll sich ein neuer konjunktureller Aufschwung einstellen, dann ist die Wiederbelebung der privaten Investitionsneigung notwendig; das setzt eine deutliche Verbesserung der Gewinnsituation voraus" [29]). Und der Sachverständigenrat ergänzt seine Diagnose über die Herzmuskelverkrampfung der Wirtschaft, indem er unter der Überschrift „Die Verkrampfung lösen" schreibt: „Um was es in dieser Situation rückläufiger Inlandsausgaben und steigender Arbeitslosigkeit geht, erschließt sich vor allem durch den Zusammenhang zwischen Gewinnentwicklung und Investitionsneigung" [30]).

Wie aber können Gewinne erhöht und damit die Bedingungen für einen neuen Aufschwung geschaffen werden? Gewinne sind die Differenz zwischen den Kosten und den Erlösen eines Unternehmens oder zwischen Einnahmen und Ausgaben, Gewinnsteigerungen können also an der Einnahme- bzw. Erlösseite oder an der Ausgaben- oder Kostenseite ansetzen.

Gewinnsteigerung über die Erlösseite läuft über die Belebung der Nachfrage durch

— Exportsteigerung,
— zusätzliche staatliche Nachfrage,
— zusätzliche private Nachfrage.

[29]) Gemeinschaftsgutachten, S. 386.
[30]) JG 74, Ziffer 295.

Dabei ist *Exportsteigerung* nur in relativ engen Grenzen der wirtschaftspolitischen Beeinflussung staatlicher Wirtschaftspolitik zugänglich, ihre Möglichkeiten hängen vielmehr von der internationalen wirtschaftlichen Situation ab, die gegenwärtig nicht sehr günstig ist [31]).

Zusätzliche *staatliche Nachfrage* wird bereits durch das am 11. September 1974 beschlossene 950 Mio-Sonderprogramm der Bundesregierung für die Bauindustrie ausgeübt [32]) und wird mit zunehmender Arbeitslosigkeit Ende dieses und Anfang nächsten Jahres in Milliardenhöhe weiter entfaltet werden; dies zeichnet sich bereits Ende November deutlich ab [33]). Derartige Maßnahmen erscheinen dem Sachverständigenrat und den verantwortlichen wirtschaftspolitischen Instanzen jedoch gegenwärtig aus zwei Gründen nicht unproblematisch: Zum einen werden die staatlichen Sonderhaushalte, auch wenn sie aus der auf ca. 10 Mrd DM aufgelaufenen Konjunkturrücklage finanziert werden, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte also nicht vertiefen, den Preissetzungsspielraum der Unternehmer — faktisch handelt es sich um den Preissetzungsspielraum der großen Konzerne — weiter ausdehnen und die Inflation weiter anheizen, was zunehmende gesellschaftliche Unruhe hervorrufen kann. Zum anderen und vor allem kann — das wäre ja der nach außen erklärte Sinn der Maßnahme — zusätzliche staatliche Nachfrage auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt verändern und den gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen Nachdruck verleihen, die Löhne ansteigen lassen, was die Gewinne der Unternehmer wieder beeinträchtigt.

Aus diesen beiden Gründen spricht sich vor allem das von FDP-Minister Friderichs geleitete Wirtschaftsministerium immer wieder gegen ein „überstürztes Durchstarten" (Friderichs) [34]) aus und betont, daß zwar Schubladenprogramme für die Belebung der Konjunktur ausgearbeitet seien, daß sie aber noch nicht eingesetzt würden, um die Chance der Stabilisierung der Preise nicht durch ein „voreiliges Umsteuern" zu vertun (Staatssekretär Schlecht) [35]).

Zusätzliche *private Nachfrage* geht von der Mitte dieses Jahres verabschiedeten Rentenerhöhung und der Steuerreform aus: sie steigert die Gewinne der Unternehmer, weil sie nicht gleichzeitig auch Kostenfaktor der Unternehmer ist. Einer weiteren Erhöhung der privaten Nachfrage aber stehen Regierung und Unternehmerverbände gleichermaßen ablehnend gegenüber, weil sie durch Lohnerhöhungen finanziert werden müßte und die Erlössteigerung auf der einen Seite durch die Kostensteigerung auf der anderen kompensiert würde. Die private Nachfrage muß sich daher in der nächsten Zeit zurückhalten und auf die „Bequemlichkeiten der Anspruchsgesellschaft" (Finanzminister Apel) [36]) verzichten.

Diesen in ihrer stabilitätspolitischen Brauchbarkeit mit Skepsis betrachteten Erlössteigerungen stehen auf der anderen Seite die möglichen Kostensenkungen für die Unternehmen gegenüber. Sie können herbeigeführt werden durch

— die Senkung der Kosten für Geldkapital,

— die Senkung der Investitionskosten,

— die Senkung der Kosten für das Arbeitskapital.

---

31) Vgl. Gemeinschaftsgutachten, S. 378.
32) Vgl. „Wirtschaftswoche", 39, v. 20. 9. 1974, S. 18.
33) Vgl. SZ v. 27. 11. 1974, S. 21.
34) Vgl. SZ v. 25. 11. 974, S. 2.
35) Vgl. SZ v. 14. 11. 1974, S. 21.
36) Vgl. SZ v. 5. 11. 1974, S. 13.

Die Senkung der *Kosten für das Geldkapital* ist bereits am 25. Oktober 1974 durch die Senkung des Diskontsatzes von 7 auf 6,5 % erfolgt, durch die dem Bankenapparat 2,5 Mrd DM zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden [37]).

Eine erste Senkung der *Kosten für die privaten Investitionen* ist bereits am 19. Dezember 1973 durch Fortfall der Investitionssteuer von 7,5 % geschehen, die erst Anfang Mai 1973 wegen der hohen Preissteigerungsraten eingeführt worden war [38]). Sie wurde gestrichen, obwohl die Inflationsrate inzwischen nicht gesunken, sondern gestiegen war. Durch diese Streichung sind die Kosten der Investitionen für die Unternehmer auf einen Schlag um 7,5 % gesunken. Die Pläne der Bundesregierung sehen darüber hinaus ab 1. Dezember 1974 einen Zuschuß von 7,5 % für alle privaten Investitionen vor [39]). Wird diese Maßnahme durchgeführt — die sich auf § 26 des Stabilitätsgesetzes berufen kann —, dann haben sich die Investitionskosten der Unternehmer allein durch diese beiden Regierungsmaßnahmen um 15 % ermäßigt, was nicht ohne Folgen für die Gewinne bleiben kann. Gleichzeitig mit der Streichung der Investitionssteuer sind bestimmte Abschreibungserleichterungen wieder eingeführt worden, die ebenfalls gewinnsteigernd wirken [40]). Die Abschreibungen auf Anlagen — also die in den Bilanzen ausgewiesenen Posten für die Abnutzung der Anlagen — dürfen durch derartige Verordnungen höher ausgewiesen werden, als sie in Wirklichkeit sind. Die ausgewiesenen Kosten werden dadurch größer als die tatsächlichen, die ausgewiesenen Gewinne kleiner als die tatsächlichen. Die Ersparnis an Gewinnsteuern, die das Unternehmen aufgrund dieser gesetzlich erlaubten Heruntermanipulierung der Gewinne macht, wirken wie Barsubventionen des Staates, erhöhen die Liquidität und die realen Gewinne der Unternehmen. — Gegenwärtig wird von den Unternehmerverbänden eine weitere Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und vor allem die Möglichkeit eines Verlustrückertrags gefordert, durch den Verluste eines Jahres auf Gewinne früherer Jahre verrechnet werden können, wodurch sich für die Unternehmen eine Steuerrückzahlung ergäbe [41]).

Alle drei Maßnahmen erfüllen zwar das oberste Gebot der Gewinnsteigerung, sind aber in ihrer Wirksamkeit bzw. ihren Nebenwirkungen nicht unproblematisch: Während die Wirkung der Diskontsenkungen bei einer relativ hohen Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen ohnehin als gering veranschlagt werden muß, entziehen die beiden steuerlichen Gewinnbegünstigungen dem Staat durch Steuermindereinnahmen Mittel, die zur Durchführung staatlicher Aufgaben notwendig wären. Sie zwingen damit zur Erhöhung seiner Schulden — was inflationär wirken müßte — oder zur Reduktion bestimmter staatlicher Maßnahmen. Diese Reduktion findet gegenwärtig statt durch Verzicht auf gesellschaftspolitische Reformpolitik, sie ist aber prinzipiell nicht auf diesen Bereich beschränkt, sondern betrifft auch Vorhaben, die unmittelbar im Interesse des Kapitals bzw. bestimmter Kapitale (Konzerne) oder Kapitalgruppen (Branchen) liegen.

Angesichts dieser Sachlage erweist sich die *Senkung der Kosten* für das Arbeitskapital als der sinnvollste und direkt zum Erfolg führende Weg der Stabilitätspolitik. Zum wichtigsten Faktor der Wiedergewinnung der Stabilität wird damit — darin sind sich Wissenschaftler, Regierungspolitiker und Unternehmensverbände einig — die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften: „Was die

37) Vgl. „Wirtschaftswoche", 45, v. 1. 11. 1974, S. 19.
38) Vgl. „Der Spiegel", 52, v. 24. 12. 1973, S. 17.
39) Vgl. SZ v. 27. 11. 1974, S. 21.
40) Wie unter 38.
41) Beides forderte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff v. Amerongen, auf der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Vgl. SZ v. 22. 11. 1974, S. 21.

mittelfristigen Ertragsaussichten anlangt, muß die Besserung von der Ertragsseite kommen" [42]).

Im Klartext: Damit es allen etwas besser geht, muß es den Arbeitnehmern etwas schlechter und den Unternehmern erheblich besser gehen. Oder noch einfacher: Wenn die Arbeitslosigkeit gebannt werden soll, müssen die Löhne real zumindest stagnieren, muß die Lohnquote sinken.

Dies ist auch der Grund, weshalb die Regierung so lange zögert, mit einem tatsächlichen Sonderprogramm einzugreifen. 1967 war ein Sonderprogramm in Höhe von 2,5 Mrd DM schon im Januar beschlossen worden, ehe die Arbeitslosigkeit den Stand erreicht hatte, den sie im Oktober 1974 hatte. Jetzt jedoch wird befürchtet, daß eine „überstürzte" Belebung der Nachfrage den Erfolg der Roßkur in Frage stellen würde, den die werktätige Bevölkerung gegenwärtig durchzumachen hat. Die beste Stabilitätspolitik besteht in der Tat darin, möglichst wenig möglichst spät zu tun, die Arbeitslosigkeit sehr hoch werden zu lassen und dadurch die Gewerkschaften zu Tarifabschlüssen zu zwingen, durch die die gewünschte Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Gewinne durchgesetzt wird. Die disziplinierende Macht des Arbeitsmarktes ist der reale Hintergrund, auf dessen Wirken die Politiker und Wissenschaftler setzen, wenn sie davor warnen, den Erfolg der Stabilitätsbemühungen der Regierung durch verfrühte Konjunkturbelebungsmaßnahmen zu gefährden.

Manipulationen mit der Lohnquote

Die Offenheit der Verzichtsforderung an die Arbeitnehmer ist allerdings so unverblümt, daß sie einer Legitimierung bedarf, die den Konsumverzicht als zumutbare und im Grunde gerechte Angelegenheit erscheinen läßt. Diese Legitimation soll in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion die These liefern, daß in den letzten Jahren die Verteilung jeweils zugunsten der Arbeitnehmer verlaufen und es daher nur recht und billig sei, wenn unter den gegebenen krisenhaften Umständen jetzt einmal der Trend umgekehrt, die Unternehmereinkommen bevorzugt würden: „Erwartungen, die auf stabilitätskonforme Lohnabschlüsse gehen, stützen sich auch darauf, daß die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in dem Bewußtsein eines großen Umverteilungserfolges seit 1969 handeln können und daher keine Schwierigkeiten haben sollten, allenfalls an eine mittelfristige Konsolidierung, nicht an den Ausbau ihrer Position zu denken" [43]).

Wie ist dieses Argument einzuschätzen? Es beschränkt sich nicht umsonst auf die letzten Jahre, in denen die Verteilung tatsächlich geringfügig zugunsten der werktätigen Bevölkerung verändert wurde. Anders sieht die Entwicklung aus, wenn wir sie langfristig, seit Beginn der Bundesrepublik, betrachten: 1950 betrug der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen 68,5 %, der Anteil ihres Einkommens am Volkseinkommen 58,5 % [44]). Im Jahre 1973 — wir beziehen also die für die Werktätigen so günstigen letzten Jahre in die Betrachtung mit ein — war der Anteil der Unselbständigen auf 85 % der Erwerbstätigen, der Anteil ihres Einkommens auf 69,9 % des Volkseinkommens gestiegen [45]). Die Quote der Unselbständigen stieg also von 68,5 auf 85 %, also um 16,5 Prozentpunkte oder 24,1 %. Wären nun die Verteilungsverhältnisse 1973 gleich geblieben wie 1950, dann hätte die Lohnquote — d. h. der Anteil der Einkommen der Unselbständigen

[42]) JG 74, Ziffer 334.
[43]) JG 74, Ziffer 338.
[44]) JG 73, S. 206 und 214.
[45]) Gemeinschaftsgutachten, S. 387.

am Volkseinkommen — ebenfalls um 24,1 %, also von 58,5 auf 72,25 steigen müssen. In Wirklichkeit ist sie nur auf 69,9 % gestiegen, also um 2,3 Prozentpunkte oder 3,2 % weniger als bei konstanten Verteilungsverhältnissen.

Die Manipulationen und irreführenden Behauptungen des Sachverständigenrates über die steigende Lohnquote müssen also zurückgewiesen werden: die Einkommensverteilung hat sich in der gesamten Entwicklung der BRD nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Unselbständigen verändert, und es besteht für die Gewerkschaften durchaus Anlaß, diesen Trend durch verstärktes Beharren auf Forderungen nach nachhaltigen Lohnerhöhungen endlich umzukehren und ihre Grundsätze der aktiven Lohnpolitik zu verwirklichen.

Wenn der Sachverständigenrat einem solchen Bemühen vorsorglich mit der der Unternehmerpropaganda entnommenen Behauptung entgegentritt, daß die Verteilungsrelationen durch Einkommenspolitik ohnehin langfristig nicht geändert werden könnten, dann ist diese Behauptung durch die reale Entwicklung widerlegt: In der BRD sind die Verteilungsrelationen langfristig um immerhin 3,2 % verändert worden, allerdings zugunsten der Unternehmer. Die These von der Unveränderbarkeit der Verteilungsrelationen kann also nur dazu dienen, die faktische Veränderung zuungunsten der Lohn- und Gehaltsabhängigen zu verschleiern.

2.3. Prognose: Anhaltende Stagnation trotz Gewinnsteigerung

Gewinnsteigerung ist zwar die notwendige Bedingung, um die Investitionsneigung zu heben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wenn die Gewinne aber tatsächlich gesteigert werden und das Einkommen zugunsten der Gewinne umverteilt wird, dann bedeutet das noch lange nicht, daß dann die Investitionen auch tatsächlich verstärkt werden, die Produktion auch tatsächlich ausgedehnt wird. Diese verblüffende Tatsache spricht das Gemeinschaftsgutachten in aller Offenheit aus:

„Treffen die Annahmen über die Lohnentwicklung („Deutlich unter 10 %") [46]) zu, so wird sich der Lohnkostendruck merklich vermindern; hinzu kommt eine Verlangsamung im Anstieg anderer Kosten, insbesondere der Rohstoffkosten. Andererseits werden die Unternehmen die Besserung der Absatzlage wohl nutzen, um ihre stark geschrumpften Gewinnmargen wieder auszuweiten und damit ihre Finanzierungsbasis für zusätzliche Investitionen zu konsolidieren." Was dies bedeutet, fügt das Gemeinschaftsgutachten in aller Offenheit hinzu: „Insgesamt kann nur mit einer allmählichen Verlangsamung des Preisauftriebs gerechnet werden" [47]).

Halten wir uns die wichtigsten Prognosezahlen exemplarisch anhand der Gemeinschaftsdiagnose vor Augen (wobei der Sachverständigenrat im Trend eine gleiche Prognose macht), so sind vor allem folgende Hauptergebnisse bedeutsam (s. Tabelle auf S. 1253):

a) Die Entwicklung der Verteilung: massive Umverteilung zugunsten der Gewinne

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wird 1975 um 8,5 % wachsen, das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 13 %. Diese Ungleichheit wird das Ergebnis der staatlichen und privaten Nachfragebelebung, der staatlichen Kostensubventionen und der lohnpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften sein, die das Gemeinschaftsgutachten voraussetzt.

[46]) Ebd., S. 385.
[47]) Ebd., S. 385/86.

Die wichtigsten Voraussagen des Gemeinschaftsgutachtens

A. Einkommensentstehung (Verteilungsentwicklung)

	Mrd DM			Veränderungen gegen Vorjahr in %		
	1973	1974	1975	1973	1974	1975
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	499	547	594	13,5	9,5	8,5
Nettolohn- und Gehaltssumme	311	335	357	8,8	7,5	6,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	219	224	253	9,0	2,5	13
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	169	173	202	4,9	2,5	17
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	717	771	847	12,1	7,5	10
Abschreibungen	103	118	134	10,3	14	13
Indirekte Steuern, abzüglich Subventionen	110	113	118	8,6	3	4,5
Bruttosozialprodukt	930	1002	1098	11,5	7,5	9,5
B. Einkommensverwendung						
a) in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	497	534	587	10,2	7,5	10
Staatsverbrauch	169	194	217	15,1	15	12
Anlageinvestitionen	230	229	238	5,8	— 0,5	4
Ausfuhr	226	303	343	18,9	34	13
Einfuhr	201	259	293	14,9	29	13,5
b) in konstanten Preisen						
Privater Verbrauch	338	338	349	2,9	0	3
Staatsverbrauch	80	83	85	4	3,5	2,5
Anlageinvestitionen	152	141	139	1,1	— 7,5	— 1,5
Ausfuhr	197	229	239	16,2	16	4,5
Einfuhr	181	190	202	9,8	4,5	7
C. Preisentwicklung						
Veränderungen des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr						
Privater Verbrauch	7,0	7,5	6,5			
Staatsverbrauch	10,7	11	9			
Anlageinvestitionen	4,6	7	5,5			
Ausfuhr	2,3	15,5	8			
Einfuhr	4,6	23	6			

Quelle: Gemeinschaftsgutachten, S. 387,388.

— Die Nettolohn- und -gehaltssumme der Unselbständigen wird weniger stark, nämlich um 6,5 %, die Nettoeinkommenssumme der Unternehmer dagegen sehr viel stärker, nämlich um 17 %, zunehmen. Diese Verschärfung der ungleichen Entwicklung ist das Ergebnis staatlicher Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals mit Hilfe der Steuerpolitik.

— Der Gesamteffekt wird ein Sinken des Anteils der Nettolöhne und -gehälter am Volkseinkommen von 43,4 % im Jahre 1973 auf 42,1 % im Jahre 1975 sein, also um 1,3 Prozentpunkte oder 3 %.

b) Der gesamtwirtschaftliche Effekt: Andauern von Stagnation und Arbeitslosigkeit

Insgesamt wird das Bruttosozialprodukt 1975 nach der Prognose des Gemeinschaftsgutachtens real — d. h. hier in Preisen von 1962 — schwach, nämlich um 3 %, zunehmen. Dies wird in erster Linie auf die immer noch — wenn auch schwächer wirkende — Zunahme der Ausfuhr um 4,5 %, in zweiter Linie auf die durch Rentenerhöhung und Steuerreform bewirkte Zunahme des privaten Verbrauchs um 3 % und schließlich auf die Steigerung des Staatsverbrauchs um 2,5 % zurückzuführen sein.

— Im Gegensatz dazu werden die Investitionen im kommenden Jahr nicht zunehmen, sondern — nach einem realen Rückgang für 1974 um 7,5 % — erneut um 1,5 % abnehmen.

— Aufgrund dieser unverminderten Investitionszurückhaltung der Unternehmen wird sich „der Abbau der Beschäftigung zunächst unvermindert fortsetzen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen".

c) Die Preiswirkungen: Andauern der Inflation

Angesichts der leicht steigenden Nachfrage werden die Unternehmer also nicht ihre Investitionen, sondern ihre Preise erhöhen, nämlich beim privaten Verbrauch um 6,5 %, beim Staatsverbrauch um 9 %, bei den Investitionen um 5,5 % und bei der Ausfuhr um 8 %.

Mit anderen Worten: Die Gewinne werden zwar erheblich im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern steigen, aber der Zweck der ganzen Übung, die Investitionsbelebung, findet nicht statt, oder, mit den Worten des Gemeinschaftsgutachtens: Die Gewinne „werden 1975 voraussichtlich zunehmen, doch ist zweifelhaft, ob in ausreichendem Maße, um die Unternehmen nach einer langen Pause schrumpfender Gewinnspannen zu verstärkter Investitionstätigkeit zu veranlassen" [48]).

Die geforderte lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften — von den wissenschaftlichen Sachverständigen als wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Krisen empfohlen — zahlt sich schon nach den Angaben eben dieser Sachverständigen nicht aus: sie wird weder die Arbeitslosigkeit beseitigen, sondern weiter anwachsen lassen, noch die Inflation beseitigen, sondern solange zu weiteren Preissteigerungen führen, wie die Unternehmer es für nötig halten, „ihre Finanzierungsbasis für zusätzliche Investitionen zu konsolidieren".

Zusammengefaßt prognostiziert das Gemeinschaftsgutachten: Die Entwicklung des nächsten Jahres bringt

— für die Unternehmer außerordentliche Gewinnsteigerungen,

— für die Arbeitnehmer höhere Arbeitslosigkeit bei stagnierenden Realeinkommen,

— für den Staat höhere Verschuldung und Steuerausfall,

— für die Gesamtwirtschaft weiteren Rückgang der Investitionstätigkeit.

Die Rede vom gemeinschaftlichen Interesse aller an hohen Gewinnen ist also — legt man nur die Daten des Gemeinschaftsgutachtens zugrunde — irreführend und falsch: von der Entwicklung, die die lohnpolitische Zurückhaltung herbeiführen kann, profitieren weder die Arbeitnehmer noch die Gesamtheit, sondern ausschließlich die Unternehmer.

48) Ebd., S. 384.

Angriff auf die Tarifautonomie

In dieser Hinsicht besteht also keinerlei Anlaß für die Gewerkschaften, sich lohnpolitische Zurückhaltung aufzuerlegen, wie es der Sachverständigenrat fordert, wenn er schreibt: „Kaum mehr streitig ist, daß die Tarifabschlüsse für das Jahr 1975 bescheidener sein müssen, als sie 1974 waren. ... Steigerungsraten in der unmittelbaren Nachbarschaft von 10 % gelten vielfach schon als Zurückhaltung. Dies ist beunruhigend. Denn es bahnt sich möglicherweise ein neuer Irrtum hinsichtlich dessen an, was der Markt hergibt" [49]).

In diesen Äußerungen könnte man — wie es der DGB getan hat — eine Einmischung in die Auseinandersetzungen der Tarifparteien, also eine Geringschätzung der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie sehen. Der Sachverständigenrat würde eine solche Vermutung zurückweisen, denn grundsätzlich bejaht er die Tarifautonomie. Allerdings:

„Damit das Vernünftige — und das heißt durchaus: das wohlverstandene Eigeninteresse — eine bessere Chance habe als 1974, halten wir allerdings für dringlich, daß die Regierung versucht, die Einkommenserwartungen der Bevölkerung für das Jahr 1975 sehr viel stärker, als dies bisher schon geschehen ist, von den Steigerungsraten des Jahres 1974 zu lösen" [50]).

Sollten sich die gewerkschaftlichen Organisationen dennoch einer derartigen regierungsamtlichen Gehirnwäsche nicht voll unterziehen wollen, so wäre wohl ein Ton schärfer anzuschlagen; denn „es machte keinen Sinn, wollte man verlangen, die Öffentlichkeit und der Staat sollten gespannt zwar, doch gleichsam sprachlos das Ergebnis dieser nichtöffentlichen Entscheidungsprozesse, das alle angeht, wie ein Naturereignis auf sich zukommen lassen" [51]).

Um diese Lasten der antigewerkschaftlichen Propaganda aber nicht allein dem Staat und der „Öffentlichkeit" aufzubürden, beugt der Sachverständigenrat Mißverständnissen vor:

„Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß die Verantwortung für diesen Irrtum selbstverständlich beide Tarifpartner zugleich trifft, diejenigen, die gefordert haben, und diejenigen, die gewährt haben. Wenn die Arbeitgeber Lohnsteigerungen zugestehen, die so hoch sind, daß sie die Produkte ihrer Unternehmen nicht mehr lohnend verkaufen können, daß sie nicht mehr erwarten können, bei Investitionen auf ihre Kosten zu kommen, daß sie aufgrund dessen Arbeitnehmer freisetzen, Investitionen unterlassen und einen Teil der Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft brachliegen lassen müssen, so haben sie ihre gesamtwirtschaftliche Funktion in der Lohnpolitik nicht erfüllt, die eben darin besteht, Bedingungen zu verteidigen, unter denen die Produktivkräfte der Volkswirtschaft erhalten, ausgebaut und genutzt werden können" [52]).

Das Mißverständnis sollte damit ausgeräumt sein: wer noch glaubte, in dem Sachverständigenrat ein um wissenschaftliche Wahrheit bemühtes, wenn auch irrendes und wissenschaftlich kurzschließendes Gremium sehen zu können, muß ihn hier erkennen als gesellschaftspolitisch ganz eindeutig ausgerichteten ideologischen Einpeitscher für die Unternehmerinteressen, der nicht nur diese Interessen als gesamtgesellschaftliche zu rationalisieren, sondern darüber hinaus mit massiver antigewerkschaftlicher Propaganda die bevorstehenden Tarifrunden zu beeinflussen versucht. Dies aber muß als „unerträgliche Einmischung in die Tarifautono-

[49]) JG 74, Ziffer 338.
[50]) JG 74, Ziffer 336.
[51]) Ebd., Ziffer 337.
[52]) Ebd., Ziffer 337.

mie" (DGB-Stellungnahme zum JG) [53] und damit als die ideologische Vorbereitung des Versuchs, die demokratische Errungenschaft, die die Tarifautonomie in der BRD darstellt, zu beschneiden, erkannt und entschieden zurückgewiesen werden.

3) Die politische Stoßrichtung der herrschenden Krisendiskussion: Entdemokratisierung

Die in scheinwissenschaftlichen Veröffentlichungen und Politikerreden gegenwärtig besonders breitgetretene These, die Überwindung der gegenwärtigen Krise erfordere vor allem eine Belebung der privaten Investitionsneigung der Unternehmer, ist aber nicht nur der propagandistische Hebel für die massive ökonomische Erpressung, die mit der Forderung nach Umverteilung im Interesse des höheren Ganzen, aber auf Kosten der Arbeitnehmer und zugunsten der Unternehmer verbunden ist. Sie ist darüber hinaus ein Instrument zur ebenso massiven politischen, insbesondere gesellschaftspolitischen Erpressung: Die Investitionsneigung kann natürlich auch dann zurückgehen, wenn das „gesellschaftspolitische Klima" nicht im Sinne der Unternehmer ist, wenn etwa eine „exzessive Sozialpolitik" oder eine Verbesserung der Mitbestimmung die bisher so gut wie unbeschränkte Dispositionsfreiheit der Unternehmer — d. h. die Freiheit einer kleinen Minderheit der Gesellschaft, über den gesamten gesellschaftlichen Produktionsapparat zu verfügen — spürbar einschränken.

Angesichts der gegenwärtigen Krise und der zunehmenden Beliebtheit, der sich das Argument der zu belebenden Investitionsneigung in der offiziellen Propaganda von Regierung und Unternehmerverbänden erfreut, wird dieses Argument als Hebel des gesellschaftspolitischen Roll back verstärkt: Stabilisierungspolitik bedeute natürlich auch Stabilisierung der Gesellschaftspolitik, Abstandnehmen von leichtfertigen und teueren gesellschaftlichen Reformvorstellungen wie vor allem breiterer Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. All dies verunsichere die Unternehmer und behindere daher ihre Investitionsneigung. So heißt es in einem Bericht über eine Sitzung der Präsidenten der sechs Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets: „Eine Rückkehr der Investitionsbereitschaft hängt aber nach Darstellung der Kommunen im wesentlichen von drei Voraussetzungen ab: Gesicherte Rechtsbasis in punkto Umweltschutz, bessere Ertragslage und keine weiteren Einschränkungen in den Verfügungsrechten der Eigentümer und Manager. Dabei scheinen die Rechtsunsicherheiten und langen Genehmigungsverfahren in Sachen Umweltschutz die größten Gewichte zu haben" [54].

Wenn Bundeskanzler, Finanzminister und Wirtschaftsminister nicht müde werden, die private Investitionsbereitschaft zu beschwören und ihre Belebung durch ein „Zurechtrücken der Verteilungsrelationen" (Friderichs im Fernsehen) erkaufen wollen, dann ist es nur folgerichtig, wenn Wirtschaftsminister Friderichs am 25. November öffentlich bezweifelte, ob sich die Vermögensbildungspläne der Regierung angesichts der unternehmerischen Ertragslage verwirklichen ließen [55], und wenn der CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, die Regierung auffordert, zur Anregung der Investitionsneigung zunächst und vor allem ihre Gesellschaftspolitik mit der Konjunkturpolitik in Einklang zu bringen [56].

53) Vgl. SZ v. 22./23. 11. 1974, S. 2.
54) Vgl. SZ v. 27. 11. 74, S. 22.
55) Vgl. „Weserkurier" v. 26. 11. 1974, S. 2.
56) Ebd.

Gegenüber einer Regierung, die auf den angeblichen Sachzusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichem Wohlstand und privater Investitionslust eingeschworen ist, muß das Argument in der Tat stechen; daß es sticht, sieht man zum einen an der zunehmenden reaktionären Verhärtung der staatlichen Politik, für die die Berufsverbote das deutlichste Zeichen sind, man sieht es zum anderen an dem deutlichen Rechtsruck innerhalb der SPD als tragender Regierungspartei.

Die Grenze der Wirksamkeit eines solchen akzeptierten Arguments ist nicht absehbar; absehbar ist nur, daß es immer weiter zur Entpolitisierung und Entdemokratisierung aller gesellschaftlichen Ebenen und Prozesse drängt. Deutlich kommt dies in dem Entwurf einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen" der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zum Ausdruck, die im Dezember 1974 offiziell verabschiedet werden soll, und in der es heißt: „Die pauschale Übertragung demokratischer Kontrolle auf die gesellschaftlichen Institutionen mit vornehmlich unpolitischen und unterschiedlichen Sachzwecken muß zur Politisierung nicht politischer Sachverhalte und damit zu einer geistigen Entleerung führen" [57]). In Wirklichkeit sei die Forderung nach Demokratisierung und Politisierung im Kerne verfehlt: „Auch kommt gegenüber den Vorstellungen von Demokratisierung und Politisierung der Gedanke zu kurz, daß es zu den Freiheitsrechten des Menschen ebenso gehört, von den politischen Rechten keinen Gebrauch zu machen" [58]).

Materielle Umverteilung zugunsten des Kapitals, Entpolitisierung der Bevölkerung und Entdemokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse sind die Stabilisierungsstrategien, die eine ökonomisch und politisch in die Enge gedrängte Klasse zur Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft einschlagen muß: Wenn aufgrund der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und der Veränderungen der Kräfteverhältnisse in der Welt zu seinen Ungunsten die Grundbedingungen für eine längerfristige ökonomische Prosperität immer weniger realisiert werden können — die oben zitierte gesellschaftspolitische Grundsatzerklärung der Unternehmer spricht von einem „verkleinerten Wachstumsspielraum in der Zukunft" [59]) —, wenn weltweite und nationale Engpässe, Disproportionen und umfassende Krisen vielmehr in immer stärkerem Maße das allgemeine Bild der kapitalistischen Entwicklung bestimmen werden, dann drückt sich das in abnehmenden Profitraten aus und wird natürlich aufgrund der ausschließlichen Gewinnorientierung der Unternehmen zum Sinken der Investitionsneigung führen. Um diese wiederzubeleben, wird es immer größerer und weiterreichender Konzessionen von seiten der werktätigen Bevölkerung bedürfen, die allgemein verschlechterten Verwertungsbedingungen müssen in stärkerem Maße auf ihre Schultern abgewälzt werden. Dies erfordert eine sich weiter verschärfende *Umverteilung* des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der großen Kapitale; damit diese aber ohne großen Widerstand durchgesetzt werden kann, ist die Sicherung des uneingeschränkten Macht- und Herrschaftsanspruchs des Kapitals sowohl in den Betrieben als auch in der gesamten Gesellschaft erforderlich. Diese weitere Entdemokratisierung der gesellschaftlichen Prozesse stützt sich auf dasselbe Argument, das der Umverteilungsforderung zugrundeliegt und im Begriff der Investitionsneigung so trefflich personalisiert ist, nämlich auf das Argument eines angeblich gesetzmäßigen Sach- und Funktionszusammenhanges, der in Wirklichkeit nur die Heiligsprechung bestimmter ökonomischer und politischer Herrschaftsverhältnisse ist.

57) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Entwurf. Köln 1974, S. 20.
58) Ebd., S. 21.
59) Ebd., S. 45.

Demokratisierung als Alternative

Hier zeigt sich deutlich, daß wirtschaftliche Verbesserungen und politische Demokratisierungen für die Mehrheit der Bevölkerung zwei Seiten derselben Medaille sind und auch von den Unternehmern als solche gesehen werden: Beides kann nur auf Kosten der weiteren exzessiven Ausdehnung der Gewinne erreicht werden und kühlt daher ganz natürlicherweise die Investitionsneigungen der Unternehmer ab.

Die aus diesem Tatbestand gefolgerte Behauptung, also müßten ökonomische Verbesserungen für die Werktätigen und gesellschaftspolitische Demokratisierungsprozesse unterbleiben und in der Krise sogar zurückgenommen werden, um die „gesamtwirtschaftliche Stabilität" zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, ist aber absolut kurzschlüssig:

Umfassende Demokratisierung bedeutet ja gerade Zurückweisung des Anspruchs, daß die private Investitionsneigung zentraler Regulator der ökonomischen Entwicklung sein müsse. Die Durchsetzung einer derartigen Demokratisierung eröffnet vielmehr die Möglichkeit, daß es nicht mehr ausschließlich auf die private Investitionsneigung ankommt, daß wirtschaftliche Entwicklung, d. h. Investition und Produktion, auch dann noch stattfinden, wenn die private Investitionsneigung geringer wird. Demokratisierung entzieht die privaten Investitionen der ausschließlichen Verfügung der privaten Kapitalbesitzer und verschafft den Werktätigen und ihren Organisationen — Belegschaften und Gewerkschaften — unmittelbaren Einfluß auf die Investitionen und damit auf Art und Umfang der gesellschaftlichen Produktion. Die private, ausschließlich am Maximum des erreichbaren Profits ausgerichtete Investitionsneigung wird dann zurücktreten müssen gegenüber einer an den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichteten Mitbestimmung, einer Produktions-, Absatz- und Versorgungsplanung.

Das Argument: Steigende Löhne und Demokratisierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen sind schuld an der Krise, und die Behebung der Krise erfordert eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Unternehmer und eine Entdemokratisierung gesellschaftlicher Prozesse — dieses Argument sticht nur dann, wenn man die zentrale Rolle der privaten Investitionsneigung als Motor aller gesellschaftlichen Entwicklung akzeptiert. Steigende Löhne und demokratische Entscheidungsstrukturen führen nicht zur Krise, *weil* die private Investitionsneigung von Natur aus das Zentrum aller wirtschaftlichen Entwicklung ist, sondern sie führen nur dann zur Krise, *wenn* durch gesellschaftliche Organisation und gesellschaftliches Kräfteverhältnis die private Investitionsneigung als Motor aller wirtschaftlichen Entwicklung akzeptiert und durchgesetzt ist.

Setzt man an diesem Punkt an, weist diese zentrale Rolle der privaten Investitionsneigung als ökonomisch und gesellschaftspolitisch ungerechtfertigt zurück, dann bricht auch das Argument zusammen, das den steigenden Löhnen die Schuld an der Krise gibt. Ansetzen an der zentralen Rolle der privaten Investitionsneigung heißt aber gerade, den Prozeß der Demokratisierung vorantreiben, gesellschaftliche Mitverfügung über die gesellschaftlichen Produktionsmittel und die Produktion fordern. Die umfassende Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen ist damit nicht nur kein Hindernis für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen, sondern geradezu eine Voraussetzung dafür; denn sie setzt den als Sachzwang auftretenden — und im Hinblick auf die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus als gesell-

schaftlichem Herrschaftsverhältnis tatsächlich einen Sachzwang darstellenden — Herrschaftsmechanismus zumindest teilweise außer Kraft, der die Verbesserung der Lage der Werktätigen und damit die relative Senkung der Profite des Kapitals mit ökonomischer Krise beantwortet.

4) Kurzfristige Erfordernisse der Krisenbekämpfung

Die dringendsten Probleme der gegenwärtigen Krise in der BRD sind zweifellos die hohe Arbeitslosigkeit und die Inflation. Es ist das gleichzeitige Auftreten dieser beiden Probleme in der Stagflation, das den Einsatz von staatlichen Sonderhaushalten zur Konjunkturbelebung in den Augen der Sachverständigen und vor allem der Politiker aus dem Wirtschaftsministerium problematisch erscheinen läßt: erstens könne eine Nachfragebelebung, wenn sie zur Produktionsbelebung führe, auch Wirkungen auf den Arbeitsmarkt haben und die erwünschte lohnpolitische Disziplinierung der Werktätigen, die Entwertung ihrer Arbeitskraft und damit den in der Krise und durch die Krise angestrebten Umverteilungseffekt gefährden. Zweitens muß auch — wie oben gezeigt — ganz immanent bezweifelt werden, daß die Unternehmer die von den Sonderhaushalten ausgehenden Nachfragewirkungen zu Produktionsausweitungen nutzen werden; es steht vielmehr zu erwarten, daß sie stattdessen vor allem die Preise weiter erhöhen werden.

Das *erste Argument* richtet sich offen gegen die Interessen der Werktätigen, indem es die Stabilisierung der Unternehmergewinne durch Destabilisierung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards der Werktätigen fordert. Es muß von den Werktätigen und ihren Organisationen entschieden zurückgewiesen werden; und die Kritik der Gewerkschaften an den Sachverständigengutachten und am Zögern der Regierungspolitik betreffen ja auch in erster Linie diesen Punkt; ihre Forderungen richten sich schon seit dem Spätsommer auf die Verabschiedung eines Konjunkturbelebungsprogrammes, das aus der Konjunkturrücklage — die immerhin zu einem großen Teil aus Abzügen von der Lohn- und Einkommenssteuer aufgebaut worden ist — finanziert werden könnte [60]). Die Bundesregierung versucht dagegen, nach dem Minimalprogramm für die Bauindustrie vom September 1974 (950 Mio DM) weitere nachfragebelebende Schritte möglichst weit hinauszuschieben.

Dabei könnte ein konjunkturelles Belebungsprogramm durchaus systemimmanent stabilisierend wirken: Zusatzausgaben etwa in der Höhe der beiden Konjunkturprogramme von 1967 (7,8 Mrd DM) könnten ebenso wie 1967 eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Bruttoproduktion von ca. 27 Mrd DM bewirken [61]) und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität beleben, wenn auch — wegen des niedrigeren Anteils dieser Beträge als Anteile der Gesamtproduktion und wegen der geringeren Impulse aus dem Ausland im Vergleich zu 1967 — nicht in dem Maße wie 1967 zur Anheizung eines Booms führen. Es könnte Arbeitsplätze sichern und Spielräume für höhere Löhne lassen.

Wie sich ein solches Programm allerdings wirklich auswirken würde, hängt nun aber vor allem davon ab, ob und in welchem Umfang von vornherein das *zweite Argument* berücksichtigt wird, mit dem die Sachverständigen ja in der Tat einen dem Kapitalismus immanenten Sachverhalt, wenn auch keinen naturgesetzlichen Sachzwang ansprechen. Die Tendenz, zusätzliche Nachfrage — besonders unter unsicheren Stabilitätsbedingungen — weniger in höherer Produktion als in höhe-

60) Vgl. z. B. SZ v. 8. 8. 1974, S. 5.
61) Vgl. dazu: Abschlußbericht der Bundesregierung über das Erste Konjunkturprogramm und das Zweite Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68, BT-Drucksache V/3630, S. 18 und 39.

ren Preisen zu absorbieren, wird um so größer und realistischer, je umfassender die Märkte konzentriert und je größer die Macht der Konzerne auf den Märkten ist. Daß in dieser Hinsicht eine rasche Entwicklung seit der Krise von 1967 vor sich gegangen ist, belegt der im Sommer dieses Jahres erschienene Bericht des Bundeskartellamts [62]).

Damit die Preistreiberei, die die Wissenschaftler der deutschen Forschungsinstitute in aller Unbefangenheit prognostizieren, nicht zustandekommt, müßte parallel zu einem konjunkturellen Sonderhaushalt zur Arbeitsplatzsicherung eine Preiskontrolle eingeführt werden, die zumindest bei den in Produktion und Vertrieb konzernabhängigen Gütern die Form eines Preisstopps annehmen sollte.

Eine derartige Maßnahme wäre zunächst ein weit weniger drastischer Eingriff in den kapitalistischen Funktionsmechanismus, als man auf den ersten Blick annehmen möchte: er erzwingt nur den Prozeß der Mengenkonjunktur, der bei weniger konzentrierten und weniger dem Wettbewerb entzogenen nationalen Märkten ohnehin das Resultat einer Nachfragebelebung bei Unterbeschäftigung sein müßte: Konjunkturbelebende Staatsausgaben bei Preiskontrolle bzw. Preisstopp bedeuten, daß die allenthalben brachliegenden Kapazitäten stärker ausgenutzt werden, daß ohne größere notwendige Zusatzaufwendungen für fixes Kapital die Produktion ausgedehnt und zu stabilen Preisen abgesetzt werden kann. Eine derartige Mengenkonjunktur läßt sogar Spielraum für steigende Gewinne, allerdings nicht für derartige Steigerungen, wie sie mit einem Sofortprogramm ohne Preiskontrolle und ohne Ausdehnung der Produktion möglich wären.

Ein konsequent durchgeführtes Sofortprogramm durch Staatsausgaben bei gleichzeitigem Preisstopp würde ganz systemimmanent dreierlei bewirken:

1) Es würde durch die erzwungene Ausdehnung der Produktion die Sicherung der vorhandenen und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen erreichen können;

2) es würde durch die Erhöhung der Löhne die zusätzliche Nachfrage, die Massenkaufkraft, die für den Absatz der zusätzlich zu stabilen Preisen angebotenen Gütern nötig ist, schaffen;

3) es würde durch — wenn auch maßvolle — Steigerung der Gewinne in der Mengenkonjunktur die für die längerfristige Weiterentwicklung von Produktion und Produktionsanlagen nötigen Investitionsspielräume für die Erweiterung der Produktionskapazitäten und damit das wirtschaftliche Wachstum schaffen.

Natürlich würden die Gewinne nicht in dem Maße weiter steigen, wie das in den letzten Jahren vor allem bei den großen Konzernen aufgrund ihrer monopolistischen Preissetzungsautonomie der Fall war [63]); folglich würden Preiskontrollen und Preisstopp auf den erbitterten Widerstand der von der Preissetzungsfreiheit alleine profitierenden Konzerne stoßen. Dieser Widerstand würde sich mittelfristig — kurzfristig ist das wegen des in den Produktionsanlagen gebundenen Kapitals nicht ohne weiteres möglich — in Strategien der Produktionseinschränkungen, der Verlagerungen und der Kapitalflucht ausdrücken, deren wissenschaftliches Alibi die sinkende Investitionsneigung ist.

---

[62]) Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, BT-Drucksache 7/2250, S. 35 ff.

[63]) Hierzu nur ein Hinweis: Die gewiß linker Sympathien nicht verdächtige Berliner Handels-Gesellschaft — Frankfurter Bank schätzt in ihrer September-Ausgabe der Reihe „Ausgewählte Daten zur Bewertung deutscher Aktiengesellschaften" beispielsweise folgende Gewinnraten für einige Aktiengesellschaften (Gewinn bezogen auf das Aktienkapital): BASF 56 % — Bayer 38 % — Hoechst 52 % — Siemens 58 % — AEG 22 % — Thyssen 30 % — Kaufhof 30 % — Karstadt 52 %.

Mittelfristig müßten daher die Kräfte, die jetzt ein konjunkturelles Sonderprogramm und einen Preisstopp für die wichtigsten konzernabhängigen Güter des Massenverbrauchs propagieren, sich dann auch mit dem Gedanken vertraut machen, die nächsten Schritte zu gehen, die Strategien zur Verhinderung der ersten Schritte ihrerseits zu verhindern, die Kapitalbewegungen ins Ausland zu kontrollieren und gegebenenfalls zu beschränken und maßgeblichen Einfluß auf die Investitionen zu nehmen.

Hier wird der Zusammenhang zwischen Verbesserung der ökonomischen Lage und der Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungen wieder unmittelbar sichtbar: Eine Politik, die jetzt im Interesse der materiellen Sicherung der Werktätigen ein konsequentes konjunkturelles Sofortprogramm, d. h. einen Sonderhaushalt bei Preiskontrolle, verabschieden wollte, würde zwar das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht abschaffen, würde aber, um den ökonomischen Zweck der Maßnahmen zu sichern, sich veranlaßt sehen müssen, den demokratischen Einfluß auf die Produktion und die Verfügung über die Produktionsmittel auf mittlere Sicht zu verstärken und damit natürlich die ausschließliche Verfügungsgewalt der Unternehmer über die gesellschaftlichen Produktionsmittel einzuschränken. Konsequente Durchsetzung voller paritätischer Mitbestimmung wäre eine unerläßliche Voraussetzung und ein Schritt auf dem Weg zu dieser gesellschaftlichen Verfügung über die gesellschaftlichen Produktionsmittel und die gesellschaftliche Produktion; Investitionskontrolle, Ausdehnung des demokratisch kontrollierten öffentlichen Sektors durch Verstaatlichungen bestimmter Kernbereiche der gesellschaftlichen Produktion wären die folgenden Schritte. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik fängt gegenwärtig an, diese Schritte wieder verstärkt zu diskutieren, und es ist zu hoffen und nach Kräften darauf hinzuarbeiten, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, daß es keine Alternative gibt: Um die materiellen Interessen der werktätigen Bevölkerung entscheidend und langfristig zu verbessern und zu sichern, muß man ihre politische Lage und ihre demokratischen Rechte erweitern, und das heißt, ihnen die demokratische Selbstbestimmung in den Bereichen erkämpfen, die gegenwärtig voll unter der Profitregulierung der Unternehmer, in erster Linie der großen Konzerne, stehen.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

14 Berufsverbote durch Gesetz? Wortlaut und Kritik des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" (Doppelband)

15 Matthiessen, Rüstungseskalation und Abrüstungsperspektiven (Doppelband)

16 Walter Volpert, Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft

17 Grossner/Schierholz, Projekt MRCA. Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte (Doppelband)

18 Krusewitz/Kade, Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung

Einfachband DM 4,–, Doppelband DM 6,–

Pahl-Rugenstein

Die Weltwirtschaft des Kapitals

Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

Wettlauf zweier Krisen

In unserer letzten Vierteljahresübersicht [1]) sprachen wir von der „fundamentalen Unordnung" der kapitalistischen Weltwirtschaft und schrieben: „Was sind heute international die äußeren Kennzeichen dieser fundamentalen Unordnung auf dem Gebiete der Wirtschaft? Es sind vor allem die verschiedenartigen, schon seit Beginn der 70er Jahre so offenbaren Krisen wie die Währungskrise, die Inflationskrise, das Ungleichgewicht im Außenhandel und im Staatshaushalt, die gegenwärtig auch zu einer ständigen Malaise der meisten Regierungen und vor allem zu einer heftigen Zuspitzung der Klassenkämpfe geführt haben. Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die unser Jahrhundert in der Welt des Kapitals charakterisiert und schon mit zwei Weltkriegen gebrandmarkt hat, ist mit den 70er Jahren in eine neue Phase getreten."

Diese äußeren Kennzeichen der fundamentalen Unordnung sind in den letzten Monaten noch stärker hervorgetreten.

Während ich diese Zeilen schreibe, kommen aus den Metropolen der Finanz Nachrichten über neue Währungsschwierigkeiten: das englische Pfund und der amerikanische Dollar fallen, während Bundeskanzler Schmidt erklärt, er habe nichts dagegen, wenn der Wert der Mark (durch die internationale Devisenspekulation) höhergetrieben werde. Die rapide Steigerung des Goldpreises in London, Zürich, Paris und Frankfurt am Main zeigt an, daß das internationale Finanzkapital sich auf neue „Währungswirren" vorbereitet.

Das Tempo der Inflation hat sich weiter intensiviert:

Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr

	1969	*1973*	*1974 *)*
USA	*5,4*	*6,2*	*12,1*
Japan	*5,2*	*11,7*	*25,9*
BRD	*2,7*	*6,9*	*7,1*
England	*5,6*	*9,2*	*17,1*
Frankreich	*6,4*	*7,1*	*14,7*
Italien	*2,6*	*10,8*	*24,6*
*Durchschnitt **)*	*4,9*	*8,2*	*16,2*

*) Letzter Monat, für den Daten veröffentlicht.
**) Gewichtung nach der Bevölkerung der einzelnen Länder.

Das Tempo der Inflation hat sich in dem einen Jahr 1974 mehr intensiviert als in den vorangehenden vier Jahren zusammengenommen. Ein Inflationstempo von 16,2 % bedeutet, daß sich die Preise in 5 Jahren mehr als verdoppeln.

Wir hatten in unserer vorangehenden Übersicht erklärt, daß die Hauptursache der Inflation die ständig steigenden Ansprüche der Monopole an den Staat sind, die diesen zwingen (da die Steuern nicht ausreichen), sich immer stärker zu ver-

[1]) Vgl. „Blätter", 9/1974, S. 900 ff.

schulden, wobei die Ausgabe von Schuldverschreibungen den Staat wieder zwingt, für „Kreditflüssigkeit" zu sorgen, das heißt, ganz primitiv formuliert, Papiergeld zu drucken. In diesem Zusammenhang sind zwei Entwicklungen von Interesse. Man rechnet in der Bundesrepublik damit, daß 1975 die Steuereingänge aufgrund der Krise um 14½ Mrd DM sinken werden und infolgedessen die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden, die sich 1974 bereits auf 27 Mrd DM belaufen wird, 1975 auf 55 bis 60 Mrd Mark steigen wird. Gleichzeitig rechnet man in den USA damit, daß das 1975er Budget von vornherein ein Defizit von 75 Mrd DM vorsehen wird — wozu noch, wie fast immer in den USA, weitere Milliarden im Verlaufe des Finanzjahres kommen werden.

Es ist darum sehr unwahrscheinlich, daß das Inflationstempo 1975 nachlassen wird — zumal gerade, was die Lebenshaltungsstatistiken betrifft, ein erheblicher „Nachholdruck" vorliegt. Man vergleiche doch z. B. für England — in anderen Ländern ist die Situation ganz ähnlich — folgende Zahlen für Oktober 1974:

Steigerung der Rohstoffpreise gegenüber dem Vorjahr:	*38 %*
Steigerung der Fertigwarenfabrikpreise gegenüber dem Vorjahr:	*26 %*
Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr:	*17 %*

Das heißt, die bisherigen Preiserhöhungen für Rohstoffe und Fertigwaren haben sich noch nicht nach unten voll durchgesetzt.

*

Neben der allgemeinen Systemkrise, die auf dem Gebiet der Wirtschaft in Inflation, Währungsunsicherheit usw. ihren Ausdruck findet, läuft aber noch eine zweite Krise, die zyklische Überproduktionskrise, über die wir in unserem vorangehenden Bericht schrieben: „Die zyklische Überproduktionskrise wird verursacht durch den Grundwiderspruch zwischen der zu ständiger Erweiterung drängenden Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, die infolge des Privateigentums der Kapitalisten an den Produktionsmitteln (welches eine ständige Bedrückung der Kaufkraft der Werktätigen beinhaltet) eine entsprechende Ausweitung der Produktivkräfte immer wieder behindern. Dieser Grundwiderspruch kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die Produzenten von Produktionsmitteln mehr produzieren, als die Produzenten von Konsumgüterwaren kaufen können, und daß die Produzenten von Konsumgütern mehr produzieren, als die Werktätigen kaufen können. Darum sprechen wir auch von Überproduktionskrisen. Sie führen zu Stockungen im Verkauf der Waren, zur Anhäufung von unverkäuflichen Warenlagern und zu steigender Arbeitslosigkeit mit allen ihren sozialen Folgen." Es ist diese Krise, die, im Winter 1973/74 ausgebrochen, sich in den letzten Monaten ganz besonders verschärft hat. Sie wurde, als wir unseren letzten Bericht schrieben, vor allem noch von der US-Regierung und der Regierung der BRD für ihre Länder abgeleugnet. Die Wende in diesen beiden Ländern kam Ende Oktober/Anfang November, als sowohl Präsident Ford wie Bundeskanzler Schmidt mit Erklärungen an die Öffentlichkeit traten, die die Existenz einer solchen Krise anerkennen mußten — vor allem unter dem Druck der steigenden Arbeitslosigkeit.

In allen entwickelten kapitalistischen Ländern hat die Arbeitslosigkeit 1974 sehr beträchtlich zugenommen. In Italien beträgt zum Beispiel die Zahl der amtlich

ausgewiesenen Arbeitslosen über 1 Million. In den USA sind es allein 1½ Millionen mehr als im Vorjahr, nämlich 5½ Millionen. In Dänemark hat sich der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr versechsfacht. Besonders eindrucksvoll war die Entwicklung in der Bundesrepublik — wir geben die von der Deutschen Bundesbank berechneten saisonbereinigten Prozentzahlen:

Arbeitslosigkeit in der BRD 1974

Januar	*1,7 %*	*Juni*	*2,7 %*
Februar	*1,8 %*	*Juli*	*2,9 %*
März	*2,1 %*	*August*	*3,1 %*
April	*2,4 %*	*September*	*3,4 %*
Mai	*2,5 %*	*Oktober*	*3,6 %*

Geradezu schicksalhaft unaufhaltsam hat die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat zugenommen. Und was die Produktion betrifft, so gibt es kein großes kapitalistisches Land, in dem sie nicht unter dem Niveau des Vorjahres liegt — mit Ausnahme von Frankreich, das auch in der großen Krise von 1929/33 im Verfall der Industrieproduktion den anderen Ländern hinterherhinkte.

Das Dilemma der Krisenbekämpfung

Die Monopole wie ihre Regierungen können nicht die Krisen beseitigen. Dazu ist kein Kapital und keine Regierung des Kapitals in der Lage. Wohl aber können sie durch kluge Maßnahmen die Auswirkungen der Krisen auf wirtschaftlichem Gebiet in dieser oder jener Beziehung ein wenig mildern. Was sie aber nicht gleichzeitig mildern können, das ist die Inflation und die Arbeitslosigkeit. Alle Milderungsmittel des Monopolkapitals für die Inflation müssen die Arbeitslosigkeit steigern, und alle Milderungsmittel gegen die Arbeitslosigkeit müssen die Inflation erhöhen. Darum kann auch nur eine *Regierung gegen die Monopole* beide Krisen gleichzeitig zu mildern suchen.

Untersuchen wir das etwas näher. In den USA hat soeben eine Meinungsumfrage festgestellt, daß rund 55 % der Befragten die Inflation für das größte gegenwärtige Übel halten, während 45 % die Arbeitslosigkeit so bezeichnen. Es ist nicht verwunderlich, daß unter diesen Umständen Präsident Ford die Inflation zum „Hauptfeind" erklärt hat. Was für „Kampfmaßnahmen" hat nun Ford gegen den „Hauptfeind" ergriffen? Er hat die Bevölkerung zur Sparsamkeit aufgerufen, sie soll den „Gürtel enger schnallen". Das heißt, sie soll weniger kaufen. Der Einzelhandel, der sowieso schon durch eine bisher siebenprozentige Senkung der realen Löhne und Gehälter getroffen ist, wird dann seine Lager noch langsamer räumen können, seine Bestellungen bei der Industrie werden noch weiter zurückgehen, und entsprechend wird die Produktion von Konsumgütern weiter sinken und die Arbeitslosigkeit steigen. Das heißt, die amerikanische Regierung beabsichtigt, die Inflation mit steigender Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Den umgekehrten Weg beabsichtigt die Bundesregierung zu gehen. Bundeskanzler Schmidt hat erklärt, daß, wenn die Zahl der Arbeitslosen wirklich die Million erreicht, die Regierung eine „Zehn-Milliarden-Mark-Konjunktur-Reserve" einsetzen würde. Das heißt, die Regierung beabsichtigt, 10 Mrd DM in die Wirtschaft zu pumpen und dadurch natürlich die Inflation anzuheizen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber weder Ford noch Schmidt haben bisher irgendwelche Erfolge gehabt. Man vergesse nicht, daß die BRD-Regierung bereits im Sommer

1 Mrd DM zur Stützung der Bauwirtschaft aus ihrer „Konjunkturreserve" freigegeben hat, ohne daß das der Zahl der Arbeitslosen oder der Bauwirtschaft anzumerken ist. Im Gegenteil kam das Münchener „Ifo-Wirtschaftsinstitut" erst kürzlich zu Schlußfolgerungen, die „Die Welt" (6. November) in folgender Überschrift zusammenfaßte: „Bauproduktion sinkt 1975 weiter". Außerdem hat aber Schmidt auch Sympathien für die Linie von Präsident Ford, die er darin zum Ausdruck brachte, daß er sich an ganz Westeuropa mit der Aufforderung zum „Konsumverzicht auf 2—3 Jahre" wandte.

Tatsächlich ist ein solches Schwanken zwischen „Kampf gegen dauernd sich intensivierende Inflation" und „Kampf gegen dauernd steigende Arbeitslosigkeit" typisch für die Regierungen der großen kapitalistischen Länder, die im Grunde nur verschiedene Strömungen innerhalb des Monopolkapitals repräsentieren. Faktisch ergibt sich dann aus diesen Schwankungen, daß bald die Inflation, bald die Arbeitslosigkeit intensiviert wird. Statt, was durchaus in der Macht des Monopolkapitals liegt, die Inflation oder die Arbeitslosigkeit ein wenig zu mildern, werden auf die längere Dauer beide angeheizt.

In den USA läßt sich zum Beispiel folgendes beobachten: Die Demokraten und die hinter ihnen stehenden Monopole neigen im allgemeinen mehr dazu, sinkende Produktion und steigende Arbeitslosigkeit zu mildern, die Republikaner und die hinter ihnen stehenden Monopole sind mehr für eine Senkung des Inflationstempos. Im Parlament sitzen weit mehr Demokraten als Republikaner. Die Regierung aber ist rein republikanisch. Bedenkt man dazu, daß eine ganze Reihe einflußreicher Monopole beide Seiten unterstützen, dann kann man sich vorstellen, was als endgültige „Krisenbekämpfungspolitik" herauskommt.

In der Bundesrepublik ist die Situation im Augenblick noch eine andere. In den letzten zwei Jahren hat sich die Inflationsbekämpfungslinie in hohem Maße durchgesetzt. Die Lebenshaltungskosten sind 1974 kaum schneller gestiegen als 1973. Entsprechend ist die Arbeitslosigkeit laufend heraufgegangen — bis sie jetzt ein Ausmaß erreicht hat, das den Monopolen Angst vor „sozialen Unruhen" macht. Es ist darum nicht verwunderlich, daß in der letzten Zeit eine Reihe von Monopolisten, an ihrer Spitze der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Franz Heinrich Ulrich, mit der Forderung herausgekommen ist, die „Kreditschraube" zu lockern, das heißt, mehr Geld in den Verkehr zu pumpen, das heißt, der Inflation freieren Lauf zu lassen. Das kann nicht verwundern, wenn die letzten Zahlen für Produktion und Aufträge gegenüber dem Vorjahr lauten:

Produktion	*— 5,5 %*
Aufträge	*— 6,5 %*
davon Inland	*— 8,0 %*
davon Ausland	*— 3,0 %*

Ich glaube, man wird damit rechnen können, daß mit der weiteren Verschärfung der zyklischen Überproduktionskrise die Tendenz, das Inflationstempo zu mildern, immer schwächer werden wird. Sinkende Produktion und steigende Arbeitslosigkeit werden mehr und mehr Regierungen dazu veranlassen, rücksichtslos Geld in die Wirtschaft zu pumpen, um ein allzu starkes Absacken der Produktion und eine allzu schnelle Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Natürlich wird entsprechend den Entwicklungsgesetzen der zyklischen Überproduktionskrise die Produktion noch weiter absinken und die Arbeitslosigkeit weiter steigen — trotz aller „Gegenmaßnahmen"; aber *eine* Wirkung werden diese „Gegenmaßnahmen" mit Sicherheit haben: die Tendenzen zur Intensivierung der Inflation weiter zu stärken.

Zur Lage in den USA — Prognosen

Etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukts der entwickelten kapitalistischen Länder wird in den USA produziert. Die Entwicklung der Wirtschaft in den USA hat darum besondere Bedeutung für die gesamte kapitalistische Welt. Beginnen wir mit einer Untersuchung der Industrieproduktion.

Industrieproduktion 1973 und 1974
1967 = 100

Monat	*1973*	*1974*	*1974 : 1973*
Januar	*122,2*	*125,4*	*+ 3,2*
Februar	*123,4*	*124,6*	*+ 1,2*
März	*123,7*	*124,7*	*+ 1,0*
April	*124,1*	*124,9*	*+ 0,8*
Mai	*124,9*	*125,7*	*+ 0,8*
Juni	*125,6*	*125,8*	*+ 0,2*
Juli	*126,7*	*125,6*	*— 1,1*
August	*126,4*	*125,1*	*— 1,3*
September	*126,8*	*125,5*	*— 1,3*
Oktober	*127,0*	*124,9*	*— 2,1*
November	*127,5*		
Dezember	*126,5*		

Immer ungünstiger wurde die Entwicklung 1974 im Vergleich zu 1973. In den ersten 6 Monaten 1974 lag die Produktion, wenn auch immer weniger, noch über dem Niveau von 1973; in der zweiten Jahreshälfte aber sank sie immer tiefer unter das Niveau des Vorjahres. Wie wird die Entwicklung weitergehen? Die Bank of New York veröffentlicht in ihren monatlich erscheinenden, für die Analyse der Vergangenheit sehr nützlichen „General Business Indicators" zugleich auch Prognosen. Wie schätzt sie nun die künftige Entwicklung der Produktion ein? Wir geben im folgenden die Ist-Zahlen für das dritte Vierteljahr 1974 und die Prognosen der Bank:

Industrieproduktion 1974 und 1975

3. Vierteljahr 1974	*125,4*
4. Vierteljahr 1974	*124,5*
1. Vierteljahr 1975	*125,0*
2. Vierteljahr 1975	*126,5*
3. Vierteljahr 1975	*128,0*
4. Vierteljahr 1975	*130,0*

Ganz abgesehen von dem Unsinn, die Produktion so genau vorausschätzen zu wollen, bringen wir diese Zahlen auch nur, weil sie uns so völlig absurd erscheinen und wir beabsichtigen, in künftigen Übersichten auf sie zurückzukommen. Wie wenig ernst man solche Zahlen nehmen soll, zeigen die Voraussagen der gleichen Bank für das Jahr 1974, die sie im Oktober und November 1973 gab und die wir mit der faktischen Entwicklung vergleichen (vgl. Tabelle auf S. 1267).

Man beachte, wie die Bank ihre Prognose von einem Monat zum anderen grundsätzlich geändert hat und in völligen Pessimismus für das erste Halbjahr 1974, verbunden mit dem lächerlichen Optimismus eines neuen Aufschwungs für das zweite Halbjahr, verfallen ist.

Industrieproduktion 1974

	Ist	Prognose *) vom Oktober 1973	Prognose *) vom November 1973
1. Vierteljahr 1974	*124,9*	*129*	*124*
2. Vierteljahr 1974	*125,5*	*129*	*122*
3. Vierteljahr 1974	*125,4*	*130*	*124*
4. Vierteljahr 1974		*131*	*126*

*) Damals veröffentlichte die Bank noch abgerundete Zahlen.

Jedoch wäre es grundsätzlich falsch, etwa die Bank of New York für besonders ungeschickt in der Prognose zu halten. Der „Financial Digest" des großen Manufacturers Hanover Trust führte den ganzen Spätsommer 1974 hindurch eine Kampagne für Wirtschaftsoptimismus. In seiner Wochenausgabe vom 6. September überschrieb er zum Beispiel seine einleitenden Ausführungen „Befürchtungen einer Depression sind grundlos". Die Ausführungen der Ausgabe vom 1. November jedoch werden durch die Überschrift „Ein unglücklicher Jahrestag" eingeleitet, und im Text heißt es dann: „Der heutige Tag erinnert an den Beginn der nun 12 Monate dauernden wirtschaftlichen Rezession. Das heißt, daß der gegenwärtige Abschwung (slump) jetzt so lange dauert wie die Rezession von 1969/70 und die Durchschnittslänge aller Nachkriegs-Rezessionen übertrifft. Mit der jetzigen Aussicht auf mindestens zwei weitere, wenn nicht gar mehr, Vierteljahre des Abschwungs sieht es so aus, daß die gegenwärtige Rezession die längste seit dem Zweiten Weltkrieg sein wird. Und auch wenn die Erholung etwa um die Mitte des Jahres 1975 einsetzen wird, wird die Wirtschaft dann immer noch langsam vorwärtsschreiten. Wie es jetzt aussieht, wird das Bruttosozialprodukt den vorangehenden Höhepunkt des vierten Vierteljahres 1973 frühestens Mitte 1976 erreichen." Das heißt, die Bank nimmt an, daß das Bruttosozialprodukt drei Jahre nach seinem Abfall wieder die alte Höhe erreicht haben wird — in 3 Jahren eine Steigerung um 0 %.

Marxistische Wissenschaftler würden sich niemals erkühnen, solche Konjunkturprognosen über mehrere Jahre zu geben, da wir wissen, daß in einer anarchischen Wirtschaft solche weitgehenden Konjunkturprognosen unmöglich sind. Wohl aber würden wir niemals solche falschen Analysen der Gegenwart machen wie der Manufacturers Hanover Trust im Spätsommer dieses Jahres. Auch sind wir in der Lage, mit relativ großer Sicherheit die Entwicklung in den nächsten Monaten vorauszusehen und z. B. mit dem Manufacturers Hanover Trust einig darin zu gehen, daß der Winter eine weitere Vertiefung der zyklischen Überproduktionskrise bringen wird.

Im Gegensatz zu den im allgemeinen so grotesken Voraussagen der Konjunkturprognostiker des Kapitals über Jahre hinaus sind wir Marxisten aber in der Lage, recht genaue Voraussagen für die Entwicklung in der Welt des Sozialismus zu machen. So können wir z. B. voraussagen: Wenn die Prognose des Manufacturers Hanover Trust zutreffen sollte, daß das Bruttosozialprodukt der USA im Herbst 1976 wieder die Höhe vom Herbst 1973 erreicht haben wird, dann wird sich folgende Situation ergeben:

Steigerung des Bruttosozialprodukts in 3 Jahren

USA	*0 %*
UdSSR	*16—18 %*

Eine charakteristische statistische Vignette zum Abschluß einer Übersicht über die Wirtschaftslage in der Welt des Kapitals . . .

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung

Zur literarischen Situation in der BRD*)

Von Walter Jens

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung: Das ist, auf den ersten Blick, ein Begriffspaar wie Himmel und Hölle, Feuer und Wasser, Kunst und Natur: Eine kontradiktorische Formel, die auf den alten Kampf zwischen den Anwälten einer zweckfernen, autonomen, gegen soziale Rezeption protestierenden „poésie pure" und den Advokaten jener engagierten Literatur verweist, die zuallererst den Gebrauchswert künstlerischer Produktion betont.

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung: Da wird „Ästhetik" gegen „Politik", „Distanz" gegen „Propaganda", „Verweigerung" gegen „Parteilichkeit", die „totale Negation" gegen die sogenannte „richtige Gesinnung" ausgespielt; da werfen die einen den anderen vor, die These „Kunst ist auf Politik abzustellen" verriete die Kunst, und die anderen antworten den einen, es sei immer noch besser, die Kunst als — durch eine Ästhetisierung des Politischen — den sozialen Auftrag der Literatur zu verraten.

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung: Das ist das Thema des großen Streitgesprächs zwischen Adorno und Lukács (einer Redeschlacht à la Settembrini und Naphta), in deren Verlauf Freunde zu Feinden, Feinde zu Freunden werden: Walter Benjamin, die Identität von authentischer politischer Einstellung und künstlerischer Qualität betonend, widerspricht der Frankfurter These, daß das gesellschaftliche Verhältnis der Kunst auf der Werkimmanenz der Gesellschaft und nicht auf der Gesellschaftsimmanenz des Kunstwerks beruhe; Lukács und Brecht versöhnen sich in gemeinsamer Opposition gegen die kritische Schule; Adorno wiederum erhält Schützenhilfe aus unerwarteter Richtung: stellvertretend für eine Gruppe von revolutionär gesonnenen Sozialdemokraten erklärt Wilhelm Liebknecht, daß die große Kunst, als „Bildnerin" des Volkes, parteilos sei und mit Klassen-Agitation und Propaganda nichts zu tun haben dürfe.

Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung: Das sind, heute so gut wie zu Zeiten von Liebknecht und Mehring, die Parolen zweier linker Fraktionen (die Rechte hält sich heraus), die sich darüber einig sind, daß es die Aufgabe der Kunst sei, denen zu helfen, die gezwungen sind, im wörtlichen und übertragenen Sinne ein kunstloses Leben zu führen: den Deklassierten. Die Frage ist nur — und hier beginnt der Streit —, ob die Kunst eher ihrer Verpflichtung nachkommt, wenn sie, als Kunst, Hilfe verweigert: also den Standpunkt eines „revolutionären" Ästhetizismus bezieht, oder wenn sie, Partei nehmend und „reformerisch", unmittelbar in die politischen Auseinandersetzungen eingreift.

*) Die Rede, die am 16. November 1974 auf dem Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller in Frankfurt/Main gehalten wurde, ist vor allem folgenden Arbeiten verpflichtet: Ernst Bloch, Ästhetik des Vorscheins. Herausgegeben von Gert Ueding, Frankfurt/M 1974. Heinz Brüggemann, Literarische Technik und soziale Revolution, Frankfurt/M 1974. Noam Chomsky, For Reasons of State, New York 1973. Urs Jaeggi, Literatur und Politik, Frankfurt/M 1974. Michael Müller u. a., Autonomie der Kunst, Frankfurt/M 1972. Dieter Richter, Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie; in: „Alternative" 82/1972. Ders., Widerspiegeln oder den Spiegel vorhalten?; in: „Alternative", 94/1974. Bernd Jürgen Warneken, Abriß einer Analyse literarischer Produktion; in: „Das Argument", 72/1972. Ders.: Wie kann sich das Subjekt literarisch entfalten; in: „Das Argument", 86/1974.

Die Fronten, so scheint es, sind klar; die Positionen stehen einander schroff gegenüber: Hier — von der Gegenpartei als Elfenbeinturm etikettiert — der Hort der Ästheten, die darauf pochen, daß in einer Welt der totalen Verwaltung nur noch die große Kunst das Einverständnis mit dem Bestehenden aufkündigen könne: aufkündigen durch ihren Entzug; dort — von den Artisten als eine Agitationszentrale verketzert, deren Methoden den Praktiken der Herrschenden glichen — die Werkstatt der Literaten.

Tertium non datur, so scheint es. Aber es scheint eben nur so. In Wahrheit ist der Gegensatz zwischen Phantasie und gesellschaftlicher Verantwortung, zwischen einer Kunst, die die Partei der Deklassierten ergreift, indem sie sich, auf Autonomie pochend, der Verwertung und Vermarktung zu entziehen sucht, und einer Literatur, die den Markt zur Verteilung von Konterbande und Kassibern benutzt ... in Wahrheit ist dieser Gegensatz illusionär. Auf der einen Seite hat das „autonome Gebilde", wie es die Frankfurter Ästhetik beschwört, allenfalls die Bedeutung einer idealtypischen Fiktion, und es ist bezeichnend, daß Adorno sich gehütet hat, sein „Kunstwerk höchster Dignität" jemals beim Namen zu nennen, ihm eine Geschichte zu geben, seinen Autor zu zitieren und den Rezeptionsprozeß zu analysieren: Dann nämlich hätte sich sehr schnell gezeigt, daß es oft genug die sogenannte „reine" Kunst gewesen ist, die in extremem Maße Politik gemacht hat. Das Beispiel George spricht für sich selbst. Auf der anderen Seite aber zeugt es von Blindheit, wenn nicht nur die Autonomie-Ideologen, sondern auch die Vertreter der Zweckkunst: die Gebrauchskünstler selbst, die spezifisch ästhetische Qualität ihrer Produkte verkennen und nicht bemerken, wie sehr die adressatenbezogene Struktur ihrer Texte jenen rhetorischen Mustern verpflichtet ist, die den „Junius-Briefen", der Miltonschen „Areopagitica" oder Swifts „Bescheidenem Vorschlag" einen Kunstcharakter gibt, der die Agitation nicht verharmlost, sondern verschärft, weil er — nachzuprüfen am „Hessischen Landboten" — der Propaganda die Evidenz des Katechismus verleiht: das Zeichen des so und nicht anders. Unter solchen Aspekten erweist sich die scheinbar kontradiktorische Formel *Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung* als Zeichen, das ein dialektisches Spannungsverhältnis beschreibt. Wer auf Autonomie pocht, bezieht Partei, und wer, als Schriftsteller, politisch wirken will, bedarf jener Phantasie, zu der, mit Hegel zu reden, „zunächst die Gabe und der Sinn für das Auffassen der Wirklichkeit ... sowie das aufbewahrende Gedächtnis für die bunte Welt" gehört. Phantasie, das ist hier zu lernen, hat also nichts mit subjektivistischer Willkür und „selbst gemachten Einbildungen" zu tun — „ein idealistischer Anfang in der Kunst", schreibt Hegel, „ist immer verdächtig ... der Künstler hat aus der Überfülle des Lebens zu schaffen".

So betrachtet, sind autonome und wirkungsintentionale Literatur — einander weniger widersprechend als einander ergänzend — gleichberechtigte Möglichkeiten, um — hier mittelbar, dort direkt, hier distanziert, dort parteiisch — den politischen Status quo zu verändern. Beide Literaturen — deren Gemeinsamkeit auf der Weigerung beruht, der Affirmation bestehenden Unrechts zu dienen — haben ihre Chancen, beide ihre Gefahren. Die *Chance* der einen: Mit Hilfe der Sklavensprache dort Widersprüche sichtbar zu machen, wo kein Widerspruch geduldet wird: unter dem Diktat des Marktes und der Macht. Die Chance der anderen: Den — noch bestehenden — Freiraum der Literatur zu nutzen, um Parolen zu formulieren, die in politischer Praxis einklagbar sind. Die *Gefahr* der einen: Die Aussage so weit zu verschlüsseln: die Utopie so vag zu beschreiben — als irrealen Traum und nicht, im Sinne Blochs — als höchst konkrete Utopie, daß

Literatur die schlechte Praxis nicht widerlegt, sondern — dem Manichäismus der Regierenden zunutze — befördert: Das Leben bitter, angenehm die Kunst; am Tag die Juden vergast, am Abend Gedichte gelesen: Literatur als Alibi. Die Gefahr der anderen: Das Schreiben mit der Aktion zu verwechseln, Wort und Tat zu identifizieren und so die Kluft zu ignorieren, die zwischen dem Gedanken und der Verwirklichung des Gedankens besteht.

Was jeweils politisch durchschlägt oder was sein Ziel verfehlt: in emanzipatorischer Absicht Bewußtsein zu bilden, hängt von der Situation ab. Wenn sie sich wandelt, wandelt sich die Rezeption: Das ist der Grund, warum Kafkas Romane, die man in unseren Gymnasien unter dem Aspekt „Die Autoren-Perspektive und ihre Bedeutung" als Bildungsgut konsumiert, in Liblice politische Sprengkraft gewannen. Das erklärt es, warum sich, auf der einen Seite, Kommerzienräte bei der Dreigroschenoper königlich amüsierten, während, auf der anderen Seite, Wolfgang Borcherts — scheinbar höchst abstraktes, dem O-Mensch-Pathos verpflichtetes — „Manifest" als Dokument der Zersetzung den Bonner Bundestag beschäftigte. Es gibt offenbar Zeiten, in denen sich die Herrschenden so sicher fühlen, daß sie selbst das beklatschen, was bestimmt ist, ihren Untergang zu besiegeln (so machte es einst, anläßlich der Figaro-Premiere, die französische Bourgeoisie), und es gibt andere Zeiten, in denen die regierende Schicht, da sie verunsichert ist, sogar Naturlyriker als Konspirateure verdächtigt ... und wie viel mehr erst diejenigen, deren Credo Brechts Gedicht „Schlechte Zeiten für Lyrik" ist: „In mir streiten sich die Begeisterung über den blühenden Apfelbaum und das Entsetzen über die Reden des Anstreichers. Aber nur das zweite drängt mich zum Schreibtisch."

Kurzum, wir kennen Epochen, in denen die Society es sich glaubt leisten zu können, einem Drama wie dem Vietnam-Diskurs von Peter Weiß zu applaudieren, weil es hier ja nur um Literatur geht, und wir kennen andere Epochen, Zeiten wie unsere — Bundesrepublik Deutschland, Herbst 1974 —, in denen die regierende Klasse demonstrieren will, wer Herr im Hause ist. Dann auf einmal wird nicht mehr geklatscht und nicht einmal mehr toleriert, ja, dann wird das Erwünschte noch nicht einmal auf dem bewährten Weg der Internalisierung durchgesetzt. Dann wird verboten. Dann wird zensuriert.

Noch sind's Einzelfälle: Der Siemens-Konzern setzt sich, mit Hilfe des Gerichts, gegen den Schriftsteller Delius durch. Das Schweizer Kapital verhindert ein eher liberal als klassenkämpferisch akzentuiertes Projekt und hält dem Chef des Hauses Suhrkamp ein Hegel-Kolleg. Phänomenologie des Geistes, Teil IV, Kapitel A: Herr und Knecht.

Noch, wie gesagt, sind's Einzelfälle; aber auch diese bereits könnten genügen, die Selbstzensur, die schon jetzt in unseren Verlagen und Rundfunkhäusern grassiert, so perfekt zu organisieren, daß sich ein direktes Verbot künftig erübrigt. Die Möglichkeiten der Schriftsteller sind geringer geworden, daran gibt's nichts zu deuteln; das Diktat der Macht, ablesbar an den Befehlen von Reinhardt, Siemens und Co., wird ergänzt durch das Diktat des Markts: Im Zeichen des großen Roll back ist linke Literatur nicht mehr gefragt ... wenn überhaupt, dann allenfalls in Memoiren-Form; man muß Böll heißen, um, vor den Kameras, ein Gespräch mit einer Kommunistin führen zu können, man muß die Mutter eines zum Renegaten gestempelten Schriftstellers sein, um sich zur DKP bekennen zu dürfen, man muß anno 74 zu den Prominenten gehören, um nicht als Roter verschrien zu werden, nur, weil man Thesen vertritt, die anno 47 das Ahlener Programm der Christdemokraten bestimmten.

Konservatismus ist wieder en vogue. Ein Mann, der die Stirn hatte, Hitlers Raubkrieg mit dem Satz zu kommentieren: „Das Strittige ist so gehäuft, daß nur das Feuer es aufarbeiten kann": der Schriftsteller Jünger empfängt — so als sei das die selbstverständlichste Sache der Welt — ausgerechnet einen Preis, der den Namen eines bürgerlichen Aufklärers: den Namen Friedrich Schillers trägt. Mag der Name des Preisträgers austauschbar sein: Es ist kein Zufall, daß eine Ehrung wie diese in einer Stunde erfolgt, da die Reaktion im Lande, um endgültig zu triumphieren, im ideologischen Bereich der Dialektik von Gassen-Jargon und feudalem Geplauder bedarf: Auf der Straße den Ziesel und den Jünger im Olymp!

In der Tat, das Aktionsfeld der demokratisch gesonnenen Schriftsteller hat sich, in diesem Lande, verkleinert; der politische Rückhalt der Vielen — das sind die hier Versammelten: die gewerkschaftlich organisierten Autoren — ist geringer, die Machtbasis der Wenigen — zentriert um den Springer-Konzern — größer geworden. Aber auf der anderen Seite ist das Feld, das uns blieb, ein *Aktions*-Feld — und keine Spielwiese mehr. So lange wir Hofnarren waren: Literaten, die gesellschaftlichen Ruhms dann am gewissesten sein durften, wenn sie die Gesellschaft beschimpften, konnten wir tun, was wir wollten. Das ist jetzt anders geworden. In einem Augenblick, wo die sozialen Antagonismen immer deutlicher werden — private Macht und öffentliche Armut, gesellschaftliche Produktion und individuelle Aneignung, hier die Soziale Marktwirtschaft und dort die Kapitalkonzentration, die die Soziale Marktwirtschaft längst außer Kraft gesetzt hat . . . in diesem Augenblick gewinnt die Poesie ihre politische Funktion zurück — und mit dieser Funktion jenes Maß an Relevanz und Einfluß, ohne das sie unverbindlich bleibt. So paradox es klingt: Als die Literatur mächtig zu sein schien — ganze Buchreihen in der Hand von Marxisten! —, war sie in Wahrheit gesellschaftlich ohne Belang. Jetzt, da sie sich in jenes reale Bezugssystem eingepaßt sieht, das unsere Ordnung charakterisiert (Wenige, die viel, und Viele, die wenig besitzen): jetzt, da sie, der Basis näher, die Herrschaft im Wolkenkuckucksheim gegen den Frondienst auf der Erde eingetauscht hat — dem Markt ausgeliefert, von politischer Disziplinierung bedroht —, jetzt, wo sie auf schwachen Beinen steht (und nicht mehr auf Märchen-Stelzen), kommt für sie die Stunde, da sie sich bewähren muß.

Sie hat nun die Wahl: Sie kann — unter dem Vorwand, die Manipulationsmöglichkeit der Kulturindustrie sei so total, der Appell des Markts so unwiderstehlich, daß sich selbst der Widerstand eingeplant sähe — eine Politik der Anpassung treiben: Rückverwandlung in den Einzelgänger; Monologe am Schreibtisch; Retirade aus der Politik; die Begeisterung über den blühenden Apfelbaum bringt das Entsetzen über die Reden der Anstreicher zum Schweigen. Sie kann aber auch jene gesellschaftlichen Widersprüche verstärken und dramatisieren, die, auf ideologischem Feld, die Beschwörung einer Kulturindustrie à la Frankenstein (alles verzerrt, alles verblendet) als Legende enthüllen. Sie kann — in einem Moment, da alle Kunst entweder Bestätigung oder Verweigerung bestehender Herrschaftsverhältnisse, Stützung oder Gefährdung, aber kein unverbindliches Spiel mehr ist — ihre durch die Arbeitsteilung gegebene Autonomie ausschöpfen (mag die auch so bescheiden sein, wie sie will), und sie kann die ihr gewährte Distanz gegenüber gesellschaftlichen Vorgängen dazu nützen, um hinter dem Wirklichen das Mögliche und hinter dem Gegebenen jenes andere sichtbar zu machen, das, weil es uns aufgegeben ist, nicht aufgegeben werden darf. Diesem Auftrag aber — und es *ist* ihr Auftrag — wird die Literatur nur gerecht werden können, wenn sie sich ihrer Grenzen bewußt bleibt: Wenn sie also realisiert, daß sie selber keine Produktivkraft ist. (Das zu behaupten, hieße, man kann es nicht

oft genug sagen, den Unterschied zwischen materieller Produktion und ideeller Verarbeitung der Produktionsweise aus dem Blick zu verlieren.) Sie kann ihn nur erfüllen, den Auftrag, wenn sie begreift, daß sie Politik vertritt, aber nicht die Alternative von Politik ist und daß sie Praxis verändert, aber keine Praxis ist. Auf der anderen Seite aber wird sie, allen vulgärmarxistischen Dekreten zum Trotz, mit Nachdruck darauf verweisen, daß sie — auch wenn sie im Hic et nunc wirkungslos ist — auf die Dauer als bewußtseinsprägende Kraft die Realität nachhaltig verändert: Sie, die die Wirklichkeit nicht reflektiert, sondern verarbeitet! Sie, die die Realität nicht spiegelt, sondern ihr den Spiegel vorhält! Sie, die, dank ihrer Distanz zur ökonomischen Basis: als Anwältin der Ungleichzeitigkeit die Möglichkeit der Stellvertretung des Vergangenen (aber noch Unverzichtbaren) so gut wie die Fähigkeit der Antizipation des Künftigen (aber bereits Realisierbaren) hat: Literatur, die, statt Basis-Phänomene zu verdoppeln, Basis-Phänomene erst zur Kenntlichkeit entstellt und dadurch, wenngleich auf ideologische Weise, Ideologie transzendiert!

Ich denke, es wird hohe Zeit, daß wir uns, in einer nüchternen Bestandsaufnahme, die Grenzen, aber auch die Chancen einer Literatur vergegenwärtigen, die zu schreiben möglich ist. Kein Zweifel, viele von uns — verführt nicht durch Karl Marx, wohl aber durch bornierte Marx-Exegeten — haben sich einschüchtern lassen, haben geglaubt — da sie Bürger seien: ausgegrenzt zwar aus der Gesellschaft und dank ihrer Privilegien entlastet: aber eben doch Bürger! —, sei ihr gesellschaftliches Bewußtsein Rebus sic stantibus notwendig falsches Bewußtsein, und darum gebe es für sie auch keine Möglichkeit, die alltägliche Misere jedenfalls im Spiegel der Literatur aufzuheben, die Vergangenheit, unser literarisches Erbe zumal, mit kritischem Blick zu durchmustern und künftige Lösungen vorgreifend im Sinne jener Brechtschen Sentenz zu imaginieren, die da besagt: „Die Art, auf die Überbau entsteht, ist: Antizipation." Jawohl, viele von uns sind in den letzten Jahren einer Art von ökonomischem Schematismus verfallen; viele haben, mechanistisch denkend: eher dogmatisch als dialektisch operierend, immer wieder darauf verwiesen, daß es die Gesellschaft sei, die den Menschen in seinem Menschsein determiniere, und haben darüber vergessen, daß die Gesellschaft auch durch den Menschen bestimmt wird; viele haben, scheinbar marxistisch: in Wahrheit einem bornierten Idealismus verfallend, „Gesellschaft" und „Individuum" einander gegenübergestellt und dabei — nachzulesen in Marxens Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844 — nicht genügend bedacht, daß der Mensch beides zugleich ist: Besonderes Individuum, individuelles Gemeinwesen und subjektives Dasein der Gesellschaft. Da wurde das Kind mit dem Bad ausgeschüttet; da sprachen diejenigen, die gestern noch die Autarkie der Kunst verteidigten, der ideellen Produktion jede, auch die bescheidenste Selbständigkeit ab; da wurde mit der Autarkie auch gleich die Autonomie exekutiert; da sah sich — ein Beispiel für viele — Franz Kafkas Werk als Ausdruck des verdinglichten Bewußtseins eines kleinbürgerlichen, von Entfremdung ausgezehrten Intellektuellen definiert; da wurde vergessen, daß man eben das „besondere Individuum" Kafka sein muß, um den Satz niederschreiben zu können: „Jemand mußte Josef K. verleumdet haben."

Ein wahrhaft schimärenhafter Dualismus, der „die Gesellschaft" als abstrakten Opponenten des Individuums ausmachen wollte, ohne zu berücksichtigen, daß, wie es in der ersten Feuerbach-These heißt, die Wirklichkeit aus „menschlich sinnlicher Tätigkeit besteht" und „subjektive Praxis" ist: Praxis, in der sich nicht zuletzt Spirituelles realisiert hat — Bewußtsein, das zum Sein geworden ist, realisierte Reflexion . . . ein wahrhaft schimärenhafter Dualismus hat hier gewütet

und seine Opfer gefordert. Und so kam es dann schließlich, daß man den „subjektiven Faktor" im Produktionsprozeß, den gesellschaftlich tätigen, Gesellschaft verändernden Menschen, nahezu ganz aus den Augen verlor. Und die Folge war, daß viele von uns kleinmütig wurden und, einer mechanischen Abbildtheorie verfallend, zu resignieren begannen und sich die Frage vorlegten: Was kann ich schon ausrichten, mit meinem falschen Bewußtsein, das sich aus meiner Klassenzugehörigkeit ergibt? Die Kulturindustrie ist allmächtig; was ich auch tue — alles nützt dem Kapital; eine Möglichkeit, die Ideologie außer Kraft zu setzen: in meinem Werk, gibt es für mich, als bürgerlichen Künstler, nicht: es ist ein Unding, mit Hilfe der bürgerlichen Kunst die bestehende Ordnung transzendieren zu wollen.

Auf Klassen-Determinanten starrend, haben wir — ausgerechnet wir! — jene Eigenart, Individualität und Unverwechselbarkeit künstlerischer Positionen unterschätzt, deren Signifikanz Lukács am Beispiel der unterschiedlichen Entwicklung dreier Tübinger Stiftler — Hegel, Hölderlin und Schelling — analysiert hat. Der Phantasie mißtrauend: der Phantasie als einer produktiven Kraft, die in der Lage ist, die Welt, in der wir leben, mit den Mitteln des Scheins, auf der Gleichnisebene der Kunst, als Scheinwelt zu widerlegen ... der Phantasie mißtrauend, skeptisch gegenüber der Fähigkeit der Literatur: Bestehendes zu transzendieren, skeptisch gegenüber der von Ernst Bloch beschworenen — utopischen — Funktion der Poesie und skeptisch gegenüber dem Vorgriffs-Charakter der Kunst überhaupt, haben wir, historisch unbewandert, nicht genügend bedacht, daß es sehr wohl möglich ist, eine Literatur zu entwickeln, die, weil sie, wortwörtlich überschüssig ist, dem Gesetz der Zeit radikal widerspricht: Marx hat es am Beispiel des Homerischen Epos, Bloch und Eisler haben es am Exempel der großen, in der Verfallsphase der bürgerlichen Gesellschaft entstandenen Kunst vorexerziert.

Und was damals galt, gilt auch noch heute: Der Verblendungszusammenhang ist nicht total; es gibt Widersprüche, die ausnutzbar sind; die Literatur, die sich progressiv und politisch versteht, hat eine Chance. Sie kann Gegen-Modelle entwickeln — Modelle, die deutlich machen, daß das auf der Fiktionsebene Realisierte in Wirklichkeit noch nicht realisiert worden ist. Das heißt: Statt Ersatz-Lösungen anzubieten — der Glanz von innen versöhnt mit dem Dunkel da draußen — und von der Wirklichkeit abzulenken, macht die Literatur Ansprüche sichtbar, die einklagbar sind, und verweist auf eine Gesellschaftsordnung, in der sich materialisiert, was jetzt nur Vorschein ist. So betrachtet, bringt die Poesie, mit Benjamin zu reden, begründete Nachfragen auf den Begriff, die noch nicht bedient werden können, und fordert dazu auf, eine Welt in Besitz zu nehmen, in der das Wolfsgesetz außer Kraft gesetzt ist und das Vergnügen, wie Brecht es formuliert hat, sich nicht mehr auszuweisen braucht. Das ist die Aufgabe, die uns gestellt ist: Ein Anspruch, dem wir nur dann nachkommen können, wenn wir — Möglichkeiten von aufklärerischer Literatur hier und heute bedenkend — uns die gesellschaftliche Rolle vor Augen führen, die wir in diesem Land spielen. Machen wir einander nichts vor: Wir sind keine politische Avantgarde. Wir — die überwältigende Mehrheit der Schreibenden — sind Bürger: privilegiert, weil wir über die Sprachkraft und die Reflexionsfähigkeit verfügen, die bürgerliche Bildung uns gegeben hat, und weil wir, die bürgerlichen Schriftsteller in einer bürgerlichen Gesellschaft, von Kind an gelernt haben, wie man mit Kulturgütern umgehen kann. In der Tat, darauf verstehen wir uns, wir Schriftsteller bürgerlicher Provenienz ... und es ist wichtig: es ist unabdingbar, daß wir uns darauf verstehen — wichtig für diejenigen nämlich, die bis heute ausgeschlossen sind von dieser Kultur: die Unterprivilegierten, die von uns Solidarität und Hilfe erwarten und dar-

auf vertrauen, daß wir, statt von Überdruß und Langeweile zeugende Autodafés zu veranstalten, ihnen behilflich sind, unter emanzipatorischen Aspekten eine Literatur zu beerben, die von der Bourgeoisie selbst längst verramscht worden ist. Verramscht zugunsten jener kleinen, kaum zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentierenden Schicht, die, mit Hilfe der von ihnen usurpierten bürgerlichen Ideologie, den proletarisierten achtzig Prozent einreden möchten, sie seien noch Bürger. Nicht um die Verleugnung also, sondern um die Innovation des kulturellen Erbes: um seine Verteidigung zugunsten der Abhängigen handelt es sich — um die demokratische Universalisierung einer Kultur, die, so Brecht, „immerhin die letzte Etappe darstellt, die die Menschheit überhaupt erreicht hat — einer Kultur, in der alles steckt, was jemals erzeugt worden ist".

Einer Kultur, die ihre Klasse überleben wird — schon jetzt ist die Bourgeoisie längst nicht mehr das gesellschaftliche Subjekt, das sie trägt ... (Ganz zu schweigen von den Monopolisten, die sich in Ermangelung eigener, ihre Herrschaft legitimierender Gedanken eine Art von obsoleter Lehen-Ideologie angepaßt haben.)

Einer Kultur, deren Methoden und Techniken revolutionär beerbbar sind. Benjamins Traum von der plebejischen Umschmelzung der bürgerlichen Literatur war eine Phantasmagorie: Die Kunst des Sozialismus, man schaue sich um, ist, was die Form angeht, bürgerlich durch und durch; aber das spricht nicht gegen den Sozialismus, sondern allenfalls für eine Kunst — und nicht zuletzt für eine Literatur —, die, so bürgerlich beschränkt sie sich über weite Zeitläufe gab, doch immer wieder — und nicht nur in ihrer sogenannten „heroischen Phase" — über sich selbst hinausgewiesen hat.

In einer Situation, in der das Adjektiv „bürgerlich" mehr und mehr den Charakter einer pejorativen Leerformel annimmt, ist es die Aufgabe der Schriftsteller, die sich als Radikaldemokraten begreifen, mit Nachdruck daran zu erinnern, daß auch die bürgerliche Gesellschaft ihre konkrete Dialektik besitzt und neben dem Bornierten, das ins Auge fällt, eine utopisch-revolutionäre Komponente enthält: ein Jakobiner-Element, das aus dem Blick geraten ist. Wer diesen Tatbestand leugnet; wer den roten Schimmer in der Trikolore nicht wahrnehmen will; wer bestreitet, daß Paris auf Petersburg verweist, und wer stattdessen eine gerade Linie zwischen der Französischen Revolution und der Machtergreifung des Faschismus zu ziehen versucht; wer unter dem Oberbegriff „bürgerlich" Kant und Schiller, Flick und Krupp wenn nicht in einem, so doch in zwei Atemzügen nennt, der operiert in einem geschichtsfernen Raum. (Nachzulesen bei Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Kapitel: Aporie und Erbe an der Trikolore. Kapitel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.)

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Es hat — auch bei uns! — eine progressive, dem Citoyen-Gedanken verpflichtete Tradition gegeben, deren Vertretern Freiheit mehr als Freiheit der Wirtschaftssubjekte und Gleichheit mehr als die normale Gleichheit vor dem Gesetz war. Es *hat* sie gegeben, die Schriftsteller — und es waren nicht einmal wenige —, die hierzulande unter Freiheit die freie Assoziation der arbeitenden Menschen und unter Gleichheit Gleichheit des Vermögens verstanden. Aber wer kennt sie schon? Ist es wirklich Zufall, daß es ein Amerikaner war, Noam Chomsky, der, am Beispiel Wilhelm v. Humboldts, jene antikapitalistische Komponente aufgedeckt hat, die es im Liberalismus, unter anderm, hierzulande auch noch gab?

Dies alles zu bedenken, heißt nicht: Nostalgie und Rückblick in Wehmut. Es heißt im Gegenteil: Formulierung eines Programms. Es heißt: Die Citoyen-Ideologie mit

der Bourgeois-Realität zu konfrontieren. Es heißt: Die Trinitätsformel der Französischen Revolution einer Wirklichkeit gegenüberzustellen, in der die wenig Freien den vielen Gleichen einzureden versuchen, daß man brüderlich miteinander verkehre. Es heißt: Unseren Staat an seinem eigenen Anspruch zu messen und die Frage zu stellen, was ihn berechtigt, sich, bei gebotenem Anlaß, ausgerechnet auf jene Aufklärer bürgerlicher Provenienz zu berufen, deren Maximen seine Praxis Jahr für Jahr mehr widerspricht. *Lessing und Berufsverbot, Humboldt und Triumph des Siemenskonzerns, Thomas Mann und Antikommunismus: Das geht nicht zusammen. Das sind Antithesen.* Da sieht sich eine Tradition preisgegeben, eine Vergangenheit an den Pranger gestellt, vor der man sich fürchtet . . . und diese Furcht zu befördern, ist unseres Amtes. Das Amt von Schriftstellern, die, so glaube ich, ihrem politischen Auftrag in dieser Gesellschaft nur dann gerecht werden können, wenn sie jene Versprechungen der großen bürgerlichen Revolution, die liberale Freiheits- und die sozialistische Gleichheitsverheißung, einklagen, die nicht abgegolten, sondern verraten worden sind. Das aber heißt nun freilich, sich zu einer Sentenz bekennen, die besagt, daß die Demokratie „heute nur noch in der Gestalt des Sozialismus eine moralische Existenz" hat.

Das ist kein Satz von Rosa Luxemburg. Das ist ein Satz von Thomas Mann. Das ist eine Maxime, die heute weit weniger staunenswert klänge, wenn wir Schriftsteller, statt, als Verbalradikalisten Revolutionäre zu spielen, jene von Thomas und mehr noch von Heinrich Mann artikulierten Thesen fortgeführt hätten, die auf die Erweiterung, Universalisierung und, schließlich, Aufhebung der bürgerlichen Kultur (Aufhebung im Hegelschen Sinne) abzielten.

Hier gilt es anzuknüpfen: *Hier,* wo von republikanisch gesonnenen Schriftstellern, Sympathisanten der Volksfront zumeist, mit dem Pathos bürgerlicher Humanität dargestellt wurde, daß eine kapitalistische Demokratie so gut ein Widerspruch in sich selbst sei wie eine sozialistische Republik, in der man die Freiheit von Schrift und Rede nicht duldet. Hier gilt es anzuknüpfen. Hier und nirgendwo anders.

Dies ist, was uns Schriftsteller angeht, nicht die Stunde jener Konvertiten aus den Kreisen der Jeunesse d'orée, die, von Denkerstörung gequält, das Proletariat fetischisieren und für plebejische Frische ansehen, was in Wahrheit kleinbürgerlicher Kultur-Abhub ist. (Sie täten besser daran, die Konvertiten, Trotzkis These zu beherzigen: „Der Idealist kann, wenn er sich dem Proletariat zuwendet, einen Reichtum an menschlicher Erfahrung, Wissen, Talent, kurz alle Schätze, die ihm die Menschheit dieses Jahrhunderts anvertraut hat, in die Waagschale werfen.")

Dies ist nicht die Stunde derer, die ein Sacrificium intellectus hinter sich haben und, als unsichere Kantonisten, niemals bündnis- und aktionsfähig sein werden. Dies ist schon gar nicht die Stunde gewalttätiger Ultras, der Agents provocateurs wider Willen und Helfershelfer der Reaktion. Dies ist, die Hetzkampagne gegen Böll hat's bewiesen, die Stunde der Rebellen im eigenen Lager.

Ihr Realitätssinn, ihre Intelligenz, ihre Phantasie wird gebraucht.

Wissenschaft und Verantwortung (II)

Von Thomas Neumann

III

Die Verantwortungsfähigkeit der Wissenschaftler, der wissenschaftliche Humanismus, ist keine moralische Qualität, die den Wissenschaftlern zufällt im Unterschied zu anderen Menschen, sie spiegelt objektive Gesetzmäßigkeiten ihres Handelns und seiner Einordnung in die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse wider.

1) Gegen alle Verschrobenheiten, Hemmnisse und Rückschläge, die das wissenschaftliche Denken durch den Einfluß idealistischer Spekulationen aller Art erfährt, ist es geleitet von einer materialistischen Grundanschauung. Durch die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und ihre praktische Anwendung in der Industrie wird das gesellschaftliche Bewußtsein immer aufs neue und gegen die Interessen der bürgerlichen Ideologie mit dem Materialismus durchsetzt. Für die marxistische Philosophie ist die Bedeutung der Naturwissenschaften für die Beweisführung der Materialität der Welt unbestritten. „Die wirkliche Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität, und diese ist bewiesen nicht durch ein paar Taschenspielerphrasen, sondern durch eine lange und langwierige Entwicklung der Philosophie und der Naturwissenschaft" [11]).

2) Der systematische Einsatz der Wissenschaften in der Produktion, ihre ebenso systematische Stimulierung durch die Produktion vermittelt ihnen die objektive Motivation zu gesellschaftlicher Planung, die subjektiv in sehr unterschiedlichen Vorstellungen ihren Ausdruck findet und durch die ebenso systematisch entfalteten ideologischen „Ablenkungen" behindert wird. Dennoch macht jeder Schritt in den Naturwissenschaften klarer, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse etwa der BRD ihrer Entfaltung im Wege stehen, „werden wir bei jedem Schritt", wie ebenfalls Engels schon bemerkte, „daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht — sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können" [12]).

3) Schließlich führt der systematische Einsatz der Wissenschaften in der Produktion nicht nur zu entfernteren „gesellschaftlichen Wirkungen", die sich der Einsicht des einzelnen Wissenschaftlers stets entziehen, sondern immer mehr zu unmittelbaren gesellschaftlichen Wirkungen, auf die er praktische Antworten geben kann, an denen „nur" die Produktionsweise, ihre für ihn erfahrbaren Beschränkungen ihn hindern. Und auch dies ist schon von Engels deutlich ausgesprochen worden: „Als die Araber den Alkohol destillieren lernten, ließen sie sich nicht im Traume einfallen, daß sie damit eines der Hauptwerkzeuge geschaffen, womit die Ureinwohner des damals noch gar nicht entdeckten Amerikas aus der Welt geschaffen werden sollten. Und als dann Kolumbus dies Amerika entdeckte, wußte er nicht, daß er damit die in Europa längst überwundene Sklaverei zu neuem Leben erweckte und die Grundlage zum Negerhandel legte".

11) Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 41.
12) MEW 20, S. 453, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen.

Sie wußten es nicht und konnten es nicht wissen. Dagegen wissen sie heute sehr genau, daß die Wissenschaften selbst die Mittel liefern, die ihnen zugeschriebenen Folgen ihrer produktiven Anwendung zu verhindern. Die „natürlichen Wirkungen" und die „gesellschaftlichen Wirkungen" der wissenschaftlichen Arbeit sind inzwischen so eng aneinander gerückt, in der eigenen Gesellschaft so unmittelbar zu erfahren, daß bereits die wissenschaftliche Einsicht in die natürlichen Folgen selbst schon Hinweise auf die gesellschaftlichen Wirkungen gibt. Von dieser Seite nähern sich die Wissenschaftler den Interessen der arbeitenden Menschen, können in deren Interessen an sie gestellte Aufgaben erkennen und so auch die Behinderungen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben. Durch die kapitalistische Produktionsweise ist die Beziehung zwischen wissenschaftlicher Arbeit und ihren langfristigen Wirkungen auf die unmittelbare Gegenwart zusammengeschrumpft. Denn „die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt — soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt — tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder" [13]).

Das sind objektive Gesetzmäßigkeiten naturwissenschaftlicher Entwicklung, die das Handeln und Denken der Wissenschaftler nachdrücklich bestimmen. Betrachten wir sie etwas genauer:

Zu 1): Der „naive" Materialismus, der sie als Grundanschauung in ihrer Tätigkeit leitet, ist auch denen selbstverständlich, die sich gegen die Ausbreitung solcher Denkweise bemühen. Die immer aufs neue gelieferten Beweise der Materialität der Welt durch die Fortschritte der Naturwissenschaften sind im direkten Angriff auf diese Einsicht gar nicht mehr zu berühren. „Man braucht nur an die extremen Anforderungen an Präzision zu denken", schrieb Heisenberg in einem Versuch, die Naturwissenschaften mit einer religiösen Ethik auszustatten, „die eine Mondlandung erfordert, an das fast unvorstellbare Maß an Zuverlässigkeit und Genauigkeit, das hier demonstriert wird, um zu erkennen, auf einer wie festen Grundlage der Wahrheitsanspruch der neuzeitlichen Naturwissenschaft ruht" [14]). Noch deutlicher wird der durch sein konservativ-reaktionäres gesellschaftspolitisches Engagement „berühmt" gewordene Karl Steinbuch bezüglich der immer noch lebendigen Diskussion, ob die modernsten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse nicht im Widerspruch zur Materialität der Welt stünden: „. . . aus der Tatsache, daß sich die Atome nicht als die letzten Bausteine der Materie erwiesen, wurde in der ideologischen Auseinandersetzung oft der Schluß gezogen, die Materie ‚verschwinde'. Damit wird aber die Problematik nur verdunkelt: Die Materie verschwindet nicht, sie zeigt nur bei genauerer Betrachtung andere Eigenschaften als bei oberflächlicherer Betrachtung. Es stimmt nicht, daß ein Stück Materie nach neueren Erkenntnissen kein Stück Materie mehr sei, sondern beispielsweise etwas ‚Geistiges' " [15]). Die ingenieurwissenschaftliche Verarbeitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bestärkt und verbreitet diese Grundanschauung durch die praktische Anwendung, die erneute Vergegenständlichung der erkannten Gesetze tagtäglich. Die materialistische Grundanschauung und Denkweise ist aber zutiefst humanistisch, ist die humanistische Grundhaltung allen wissenschaftlichen Denkens, weil zu ihren Prinzipien die Erkennbarkeit und die bewußte Veränderbarkeit der Wirklichkeit gehören. Die politische Bedeutung

[13]) Engels, ebd., S. 455.
[14]) Naturwissenschaft und religiöse Ethik, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 24. 3. 1973.
[15]) A. a. O., S. 59.

und Sprengkraft des naturwissenschaftlichen Denkens kann keinem Zweifel unterliegen. Obwohl dies in der BRD von der herrschenden Meinung eingestanden und immer aufs neue unter Beweis gestellt wird — durch den umfassenden Apparat einer ausgeklügelten Gegenideologie, die sich der traditionellen Plumpheiten nicht mehr ohne weiteres bedienen kann —, hat diese Ebene der politisch-ideologischen Auseinandersetzung für die demokratischen, sozialistischen Kräfte bisher kaum nennenswerte Bedeutung erlangt. Dabei ist daran zu erinnern, daß Marx, Engels und Lenin in ihren grundlegenden erkenntnistheoretischen Arbeiten vom naturwissenschaftlichen Materialismus und seinen bürgerlichen Entstellungen ausgehen, daß die Vermittlung naturwissenschaftlich-technischer Kenntnisse und die ihnen entsprechende Grundanschauung in der Erziehung zu einem fortschrittlichen Denken zentrale Bedeutung haben — und vor allem auch darum in der BRD immer wieder unterdrückt werden —, und schließlich, daß unsere modernen „Empiriokritizismen" durch die sich humanistisch gebende, aber ganz und gar inhumane Psychologisierung des Denkens der philosophischen und moralischen Konsequenzen der auch nur in Ansätzen entwickelten materialistischen Anschauung systematisch entgegenarbeiten. Daß in der Geschichte politisch fortschrittlicher Aktivitäten der Wissenschaftler die Naturwissenschaftler eine so bedeutende Rolle spielen, hat ja seinen Grund auch darin, daß sie zu ihren Erkenntnissen stets größeres Vertrauen und über deren technische Wirksamkeit, ihren praktisch-revolutionären Charakter stets mehr Gewißheit hatten als etwa Sozialwissenschaftler, deren Arbeit mehr der Interpretation für unveränderbar gehaltener Zustände der Gesellschaft gilt.

Zu 2): Die objektive Motivation zur Planung, d. h. zu einer gesellschaftlichen Leitung der Produktion, tritt in besonders widersprüchlicher Form an den Tag. Sie wird darum nicht selten schon im Ansatz als das Produkt kapitalistischer Integrationsbemühungen mißverstanden, und das um so mehr, als die Notwendigkeit der Produktionsplanung und die prinzipielle Unfähigkeit, sie zu verwirklichen, von seiten der Großunternehmer in eine nur ihr Profitinteresse schützende Staatsaufgabe bzw. in ein staatliches Versagen uminterpretiert werden. Typisch für diese Verkehrung argumentierte der Aufsichtsratsvorsitzende der Farbwerke Hoechst, Karl Winnacker, auf der „Achema 1970": „Gerade die diesjährige Achema demonstriert wiederum, wie eng alle unsere Industriezweige miteinander verwachsen sind und wie sehr sie in ihrer wirtschaftlichen Gesundheit voneinander abhängen. Über allem Optimismus ... liegen in diesem Jahr dunkle Wolken einer allgemeinen Unsicherheit. In der Bundesrepublik führt eine problematische Wirtschaftspolitik zu einer Exportverteuerung, einer Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten und der Ertragsaussichten. ... Es wäre bedauerlich, wenn äußere Hindernisse dazu führen sollten, daß die großen Möglichkeiten der naturwissenschaftlichen und technischen Entwicklung und speziell der chemischen Industrie nicht in vollem Umfang genutzt werden können" [16]). Die „Frankfurter Allgemeine" selbst kommentiert diese Klage mit der an den Staat adressierten Überschrift: „Chemie-Wachstum braucht langfristige Planung" [17]). Mit dem genau entgegengesetzten Argument: dem Staat die Möglichkeiten des Eingriffs in die Industrieentwicklung zu nehmen, verhinderte derselbe Winnacker die Errichtung bzw. die ursprüngliche inhaltliche Zielsetzung des „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt", das sogenannte Weizsäcker-Institut in Starnberg. Laut Protokoll des erweiterten Verwaltungsrats der Max-Planck-Gesellschaft wandte Winnacker

[16]) Karl Winnacker, Achema — Spiegel der chemischen Technik, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 20. 7. 1970.
[17]) Ausgabe v. 20. 7. 1970.

gegen Weizsäckers Vorhaben ein: „Wird sie (die von Weizsäcker geplante Forschungseinrichtung) aber zur Grundlage wichtiger Entschlüsse in Staat und Gesellschaft, so muß man sich der Gefahr bewußt sein, die hier bei Informationsirrtümern oder personeller Fehlbesetzung ... auf uns zukommt ... Er warnt vor der Autorität, die ein Gutachten eines MPI unter der Leitung von Herrn von Weizsäcker bekommen könnte. Er weist auch darauf hin, daß auch große Industrieunternehmen Prognose-Abteilungen unterhalten" [18]). Und noch deutlicher bekannte Winnacker in einem Interview: „Ich möchte nicht hoffen, daß die Philosophen über die Ergebnisse der Naturwissenschaften urteilen ... wir Chemiker möchten nicht gern eine Institution haben, die uns sagt, was wir tun müssen" [18a]).

Selbstverständlich sind das nicht nur Worte, sie kündigen konkrete Aktionen zur Umleitung und Ablenkung objektiver Erfordernisse wissenschaftlicher Produktionstätigkeit an. Das hindert aber nicht, daß gerade in dieser Auseinandersetzung sich in den Naturwissenschaften ein „Kritizismus" entwickelt, der diese Tendenzen und die ihnen entgegenstehenden Widersprüche widerspiegelt. Allen S. Weinrub, Physiker an der Harvard-Universität, kommentierte auf der „Jahrestagung der Amerikanischen Gesellschaft für die Förderung der Wissenschaften" die Planungswiderstände: „Die Entscheidungsgremien in der Regierung ... können die Bewertung technologischer Entwicklungstrends nur nach denselben Kriterien vornehmen wie die Planungsstäbe der Wirtschaft, auf deren Rat die Politiker angewiesen sind. Auf diese Weise ... gibt es im gesamten Entscheidungsapparat dieses Landes keine Stelle, an der soziale Bedürfnisse den Interessen der Konzerne übergeordnet würden; das Interesse der Konzerne am technologischen Fortschritt aber kann nur auf die Maximierung der Gewinne und Erhaltung von Marktanteilen ausgerichtet sein" [19]).

Gerade innerhalb der industriellen Forschung, in den sogenannten „Denkfabriken" des Kapitals, bildet sich in Verbindung mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Arbeit eine Tätigkeit aus, „deren Ziel und Funktion die Bestimmung der sozialen Probleme und Perspektiven in Zusammenhang mit den inneren Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Technik ist" [20]). Zu dieser Entwicklung und ihrer kritischen Verarbeitung wird in der sowjetischen Analyse hervorgehoben, „daß jeder Typus von Tätigkeit, dessen Entstehung im System der Arbeitsteilung durch objektive soziale Mechanismen bedingt ist, nicht mit dem konkreten institutionellen Rahmen (Denkfabriken, d. Verf.), aber auch nicht mit der praktischen Nutzung dieses Typus unter den sozialökonomischen und sozialpolitischen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den USA, mit seiner militärischen Orientierung gleichzusetzen ist. Eine solche Identifizierung ist ... für das kritische, besonders für das linksradikale Denken kennzeichnend. Deshalb bleibt das kritische Bewußtsein, das mit einigen Forderungen und Formulierungen der Praxis der ‚schwerfälligen' sozialen Institutionen vorauseilt, in anderen Fragen hinter den Veränderungen zurück, weil es nicht die objektive soziale Bedeutung und Zukunftsträchtigkeit einiger Formen und Typen der Tätigkeit erfaßt, die im Rahmen der traditionell entstandenen sozialen Wechselwirkungen auftreten. Noch seltener findet man in der kritischen Literatur, u. a. in der soziologischen Fachliteratur, konkrete Analysen der objektiven Veränderungen im System und in den Strukturen der menschlichen Tätigkeit" [21]).

---

18) „Der Spiegel" v. 21. 12. 1970.
18a) Ebd.
19) „Der Spiegel" v. 5. 1. 1970.
20) N. W. Motroschilowa, Wissenschaft und Gesellschaft, Fazit der amerikanischen Wissenschaftspolitik der 60er Jahre, in: „Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 4/1973, S. 393.
21) Ebd., S. 394.

Zu 3): Es ist keine Frage, daß mit solchen Veränderungen neue Formen der „Verantwortung der Wissenschaften" gegeben sind, deren Kennzeichen eine engere Verbindung mit dem Produktionsprozeß ist. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung zeigt sich vor allem in den Forderungen nach einer von kapitalistischen Widersprüchen freien, gesellschaftlich planmäßigen Produktionsentwicklung — neuerdings in sehr unterschiedlichen, oft selbst widersprüchlichen Formen. Der Konflikt zwischen der notwendigen gesellschaftlichen Veränderung und den ihr entgegenstehenden Hindernissen wird für die Wissenschaftler aber da am meisten sichtbar, für sie greifbar, wo die Wirkungen der industriellen Verwertung ihrer Erkenntnisse sie direkt zu den sie bestimmenden ökonomischen Prinzipien führen, d. h. zu dem Punkt, wo sie aus ihrer eigenen Erfahrung, ihrer eigenen Tätigkeit Beurteilungskriterien für die bürgerliche Weisheit von der Einzigartigkeit der „freien Marktwirtschaft" an die Hand bekommen. Das geschieht am Problem des „Umweltschutzes". Die industrielle Verwertung der Wissenschaft macht die Frage der sie begleitenden Umweltveränderungen zum zentralen Thema wissenschaftlicher Produktion — auch im Sozialismus. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen werden im Kampf um die Umweltschutzgesetzgebung die Grenzen der Ökonomisierung der Wissenschaften, die das Kapital setzt, sichtbar. Unter den Bedingungen des Kapitals wird der Einsatz industriemäßiger Forschung extensiv betrieben, d. h. zur Erzeugung von immer neuen Produkten, für die oft künstlich Bedürfnisse erst erzeugt werden müssen. Dieser extensive Einsatz der Wissenschaften im kapitalistischen Verwertungsprozeß ist „eine Besonderheit der modernen monopolistischen Konkurrenz", deren „wichtigstes Instrument die Erzeugung und der Absatz immer neuer Produkte ist" [22]). Er macht das wissenschaftliche Wachstum aufwendiger, als selbst das Investitionsvolumen der profitgierigsten Monopole es auf Dauer ermöglicht, und verlangt darum zugleich nach einer ständigen Kürzung der Ausgaben für die Wissenschaften, soweit sie sich den natürlichen Wirkungen zuwenden, die ihrem eigenen Einsatz folgen. Hinzu kommt, daß die monopolistische Verwertung der Wissenschaften sie unter die Ungleichmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung zwingt und ihnen bei einer ständig wachsenden extensiven Ausbreitung zugleich die kontinuierliche Weiterentwicklung erschwert. Dieses ganze umfangreiche „Geschäft" mit der Wissenschaft wird obendrein noch staatlich subventioniert.

Der Kampf um die Umweltschutzgesetzgebung, der vorläufig noch relativ unkoordiniert von einer Vielzahl örtlicher Bürgerinitiativen gegen diese Entwicklung geführt wird, erhält darum eine prinzipielle Bedeutung, weil die Forderung nach einer solchen Gesetzgebung im Kern einen Wissenschaftseinsatz einschließt, der entgegengesetzten ökonomischen Prinzipien entspricht. Eine wirksame Umweltschutzgesetzgebung setzt einen intensiven, statt den extensiven Wissenschaftseinsatz voraus. Ein intensiver Einsatz der Wissenschaft in der Produktion, d. h. ihre nicht nur durch die Produktion, sondern durch die gesamte gesellschaftliche Entwicklung systematisierte Entfaltung und Kontinuität ist aber eine Forderung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.

Im Bereich der Energieversorgung, die ja nicht zufällig gegenwärtig von den Organen des Großkapitals problematisiert wird, hat sich dieser Konflikt aufs äußerste zugespitzt. Wie seinerzeit die Nixon-Administration in den USA, so argumentieren Regierung und „Wirtschaft" in der BRD nach wie vor, daß die Energieversorgung in Zukunft sich nur durch das Abwenden von „übertriebenen oder unsachlichen Umweltschutz-Interessen" [23]) realisieren ließe, obwohl unbe-

[22]) Die Entwicklung der Produktivkräfte im kybernetischen Zeitalter, in: „Sowjetunion heute", 14/15 1973, S. 23.
[23]) BDI-Stellungnahme zur Energieversorgung, in: „Süddeutsche Zeitung" v. 7. 7. 1973.

stritten ist, daß die staatlich subventionierten Programme im Bereich der Atomenergie gegen jede wissenschaftliche Vernunft Projekte fördern, die „Milliarden verschlingen und schließlich wegen Unwirtschaftlichkeit doch auf dem Müll landen" werden [24]).

Eine Umweltschutzgesetzgebung widerlegt die scheinbar ausweglose Alternative zwischen Energieversorgung und ausreichendem Schutz der Bevölkerung, die das Kapital behauptet, und gibt dagegen der antikapitalistischen Theorie recht, die diese Zwangsläufigkeit bestreitet. Die Parallele zum Kampf um den Zehnstundentag drängt sich hier auf, wenn auch nach wie vor der aktive Lohnkampf im Zentrum des ökonomischen Klassenkampfs steht. Zu diesem Kampf schrieb seinerzeit Marx: „Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufschreckender Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse im hellen Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse" [25]). Die Erfahrung lehrt die Wissenschaftler heute, daß die Möglichkeiten des Umweltschutzes, daß die intensive Entwicklung der Wissenschaften und der Technik geistig ebenso wie materiell gegeben sind. Und diese Erfahrung lenkt sie zu den Prinzipien der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. In der Umweltschutzgesetzgebung stellt sich für die Wissenschaftler die Frage nach dem Auftraggeber, die Frage, auf welcher Seite sie stehen, und damit überhaupt die Frage der Klassenauseinandersetzungen, des Klassenkampfs innerhalb ihrer eigenen Arbeit. Kein Ingenieur, kein Naturwissenschaftler wird sich davon überzeugen lassen, daß Chemieunfälle, wie sie sich massenhaft neuerdings z. B. bei der Stader Dow Chemical durch Chlorleckagen ereignen, nur dadurch zu beheben sind, daß die Betroffenen sich „möglichst querab zur Windrichtung entfernen. Bei einem Aufenthalt in Häusern die Fenster und Türen schließen und die höher gelegenen Räume aufsuchen. Ein nasses Tuch vor Mund und Nase halten" [26]). Ebensogut könnte man ihnen zumuten, einen Computer mit einem Steinbeil zu reparieren.

IV.

Nichts kann die objektiven Tendenzen des wissenschaftlichen Humanismus aufhalten. Aber die mangelnde Einsicht kann ihren Durchbruch verlangsamen. Und die Zurückhaltung, bisweilen auch Abwehr der Diskussion mit den Wissenschaftlern seitens politischer demokratischer Kräfte findet nicht selten ihren Anlaß in den sehr widersprüchlichen Vorstellungen, die Wissenschaftler sich von ihrer Stellung und Tätigkeit machen — die durch den ununterbrochenen Einsatz reaktionärer Ideologien bestärkt werden und die es gerade zu korrigieren gilt. Die bürgerliche Gesellschaft bringt heute keinen einzigen Ansatz wissenschaftsfördernder Anschauung mehr zutage, wie sie sich ohne Zweifel im aufklärerischen Denken der Vergangenheit fanden. Ihr ideologisches Arsenal ist nur noch Abwehr der Konsequenzen wissenschaftlichen Denkens, im Kern also Abwehr des

[24]) Kurt Rudzinski, Zur Finanzierung der Natrium-Kernkraftwerke: Das Milliardenspiel, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 7. 2. 1973.
[25]) MEW 16, S. 11, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation.
[26]) Merkblatt für das Verhalten bei Chemieunfällen, in: „Stader Tageblatt" v. 23. 8. 1973.

Materialismus, des Marxismus. Sehr einsichtsvoll erkannte Marion Gräfin Dönhoff diese Borniertheit: „Im Westen", so bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1971, „ist in den letzten hundert Jahren keine politische Philosophie und keine politische Partei neu entstanden, die sich nicht in Pro- oder Antireaktion auf Karl Marx definieren ließe" [27]). Aber gerade weil es so ist, verbirgt jeder Versuch der Abwehr des anderen wissenschaftlichen Denkens seitens der bürgerlichen Ideologie immer schon eine Anpassung an sozialistische Verhältnisse. Die neubelebte Staatsdoktrin, die der Erkenntnis „gesellschaftlicher Bedingungen" entgegengehalten wird, muß den Staat dennoch als Planer, als Planungsorgan anbieten. Die Verteidigung des Monopolkapitals wird mit der Behauptung der organisatorischen Kraft großer Industriebetriebe kaschiert. Die idealistischen Spekulationen einer ausufernden Technik verkleiden sich in Szientismus und Rationalismus. Die Verlagerung der Verantwortung für die monopolistischen Auswüchse auf die Wissenschaftler nehmen die Formen von „Wachstumsideologien" an. Nur *ein* Band hält dieses Gebäude heruntergewirtschafteter ideologischer Konstruktionen noch zusammen: der Antikommunismus in der Form des Antisowjetismus. Das um das Tausendfache verstärkte, an sich wirre und unverständliche Räuspern eines Sacharow bringt ganze wissenschaftliche Akademien um ihren politischen Verstand. Und dennoch ist auch dieses Band schon so zerschlissen, daß es keinen Wissenschaftler mehr davon abhalten kann, die wissenschaftlichen und technischen Leistungen der sozialistischen Gesellschaften uneingeschränkt anzuerkennen. Auch darin wird die Wirkung objektiver Gesetzmäßigkeiten sichtbar.

Es sei noch einmal an den Appell der französischen Gewerkschaften erinnert, in dem es heißt: „Die Wissenschaft ist nicht für die Ignoranz verantwortlich, sie fordert vielmehr, allgemein geistig aufgenommen zu werden und ihren rechtmäßigen Platz in Bildung und Kultur einzunehmen. Im übrigen wird man vergebens glauben, der Fortschritt könnte gestoppt werden." Fortschrittlich im Sinne einer menschlichen Gesellschaft und ihrer Weiterentwicklung, einer praktischen Verantwortung sind darum alle jene Forderungen, die diese objektiven Tendenzen zum Ausdruck bringen. Sie drängen zu einer Gesellschaftsordnung, die den planmäßigen Einsatz, die planmäßige Entwicklung aller schöpferischen Kräfte möglich macht, einer Gesellschaftsordnung, in der das gesellschaftliche Eigentum Voraussetzung jeder Entscheidung ist.

An erster Stelle dieser Forderungen steht das Verlangen nach Frieden und politischer Entspannung. Die friedliche Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist die Grundvoraussetzung jeder kontinuierlichen wissenschaftlichen Arbeit, wie überhaupt Frieden die Voraussetzung zur Sicherung der Arbeit und das grundlegende Interesse aller arbeitenden Menschen ist. Auffällig ist, daß unter den häufiger werdenden Appellen an die Verantwortung der Wissenschaften, wie sie vom Großkapital lanciert werden, diese Seite regelmäßig fehlt. Die Forderung nach Frieden und politischer Entspannung kann unterschiedlich motiviert sein, sie kann „allgemein-menschlich, ethisch-humanistisch, demokratisch, pazifistisch und oft auch religiös motiviert (sein). Diese Unterschiedlichkeit und die politische Differenzierung der Gelehrten hat vor allem klassenmäßige und gnoseologische Wurzeln" [28]). Im Kern ist sie immer gegen die Politik des Großkapitals gerichtet. In dieser Forderung ist die Grundlage des Bündnisses aller demokratischen Kräfte gegeben. Und es ist kein Zufall, daß da, wo diese Forderung im Mittel-

[27]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 18. 10. 1971.
[28]) F. Köhler, Frieden, Wissenschaft und die Verantwortung des Gelehrten, Zur demokratischen Bewegung der humanistischen Wissenschaftler in der Bundesrepublik, Berlin (DDR) o. J., S. 20.

punkt der demokratischen Aktivitäten der Wissenschaftler steht, die Orientierung an und mit der Arbeiterklasse am weitesten entwickelt ist. In der Geschichte der demokratischen Bewegung der Wissenschaftler in der BRD, die ihren bisherigen Höhepunkt in der Antiatombewegung hatte, kam es dort zum erstenmal zu einem Appell von Professoren an die Gewerkschaften. Dieser Appell „berücksichtigte die Erfahrungen des vorangegangenen Widerstandes und zeugte von der wachsenden Einsicht bestimmter Kreise der Intelligenz in die Kraft der werktätigen Massen und die Klassenorganisation der Arbeiter" [29]).

Die Forderung nach Frieden ist auch das Band der internationalen Zusammenarbeit demokratischer Wissenschaftler, wie sie es seit jeher für die Arbeiter war. Die „Botschaften des Friedens und der Freundschaft", die sich Arbeiter während des deutsch-französischen Krieges aus beiden Ländern zusandten, galten schon der ersten Internationalen Arbeiterassoziation als eine „einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, (die) die Aussicht auf eine hellere Zukunft eröffnet. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit!" [30])

Die zweite zentrale Forderung, ebenfalls ein Ausdruck der Entwicklungstendenzen einer produktiven Wissenschaft, ist die Mitbestimmung in wissenschaftlichen Arbeitsprozessen und ihrer Leitung. Auch hier begegnen sich Wissenschaftler und die ganze arbeitende Bevölkerung. „Über die Zunahme von Wissen und Können entscheiden Kriterien der Machtausweitung", schreibt Helmut Krauch, „während gesellschaftliche Ziele, die aus der Diskussion einer aktiv debattierenden Öffentlichkeit hervorgegangen sind, kaum zum Tragen kommen. Die technischen Möglichkeiten werden daher weniger in bezug auf die vielfältigen gesellschaftlichen Situationen entfaltet als vielmehr im Spannungsfeld des wirtschaftlichen Wettbewerbs oder des auf Gewaltanwendung zielenden Machtkampfs. Soll jedoch der technisch zivilisierte Fortschrittsprozeß aus dieser gleichsam naturwüchsigen Interessengebundenheit gelöst werden, so muß die Umsetzung des technisch Möglichen in die politische Handlung und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit als ein und derselbe Prozeß angesehen und in einem einzigen Zusammenhang gesehen werden" [31]).

Das gilt ebenso auch für *die dritte zentrale Forderung,* die Forderung nach freiem Austausch der Erkenntnisse. Auch sie ist eindeutig gegen die Interessen des Großkapitals gerichtet. Bereits Lenin schrieb in der Analyse des Imperialismus: „In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grad der Antrieb zum technischen und folglich auch (!) zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die *ökonomische* Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten" [32]). Diese Erkenntnis wird immer aufs neue bestätigt, und auch die bürgerliche Ökonomie kann sich ihr nicht mehr verschließen. In den „technologischen Kartellen" werden heute Vereinbarungen getroffen, „Entwicklungsarbeiten über diese Grenzen hinaus nicht vorzunehmen, entweder mit Rücksicht darauf, daß parallele Entwicklungsarbeiten bereits stattfinden, oder gar mit dem Ziel, diese weiter gesteckte Entwicklung selbst zu verhindern. In diesen Zusammenhang gehört auch die Vereinbarung der zeitlichen Verteilung

29) Köhler, a. a. O., S. 109.
30) Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, 1870, MEW 17, S. 7.
31) Helmut Krauch, Die organisierte Forschung, Neuwied 1970, S. 261.
32) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22, S. 281.

der Vornahme der Arbeiten, wodurch sich Verzögerungen der Entwicklung ergeben können, die durch die Interessen der beteiligten Unternehmer bedingt sind" [33]).

Viertens steht im Zentrum der Forderungen nach demokratischen Alternativen die wissenschaftlich gesicherte Ausbildung, eine wissenschaftliche Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Ihre Voraussetzung ist, daß die vom Großkapital okkupierte Produktionspraxis gesellschaftlich zugängig wird, daß die Erfahrungen der Produktion in einer der Gesellschaft allgemein verfügbaren Weise in die Gestaltung der Bildung, der Pädagogik und Didaktik eingehen können. Das Problem der Weiterqualifikation trifft die Wissenschaftler vor allem in der Industrie und führt, wo es, wie in der Regel, nicht gelöst ist, unmittelbar zur Arbeitsplatzunsicherheit.

Und schließlich sind *fünftens* die von der „Weltföderation der wissenschaftlichen Arbeiter" erhobenen Forderungen in diesem Katalog zentraler Aufgaben einer demokratischen Wissenschaftsentwicklung aufzunehmen. Es sind dies: Das Recht auf Arbeit, das Recht auf wissenschaftliche Tätigkeit unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und politischer Anschauung und das Recht auf Verteidigung der eigenen Interessen. Sie entsprechen den lebensnotwendigen Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

Die Wahrnehmung der Verantwortung für den erfolgreichen Kampf um die fortschrittlichen, humanistischen Interessen in der Gesellschaft ist für jeden einzelnen Wissenschaftler notwendiger denn je, aber auch komplizierter geworden. Das Wesen dieser Verantwortung besteht in ihrem politischen Charakter. Aber die eigene Tätigkeit dem Primat der Politik zu unterstellen, ist schwierig. Das setzt Einsichten voraus, die auch bei den Wissenschaftlern nicht aus der Erfahrung und auch nicht aus politischen Appellen unmittelbar zu gewinnen sind.

Die wissenschaftliche Intelligenz ist in Bewegung geraten. Die Richtung dieser Bewegung ist durch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Möglichkeiten vorgegeben. Die wissenschaftliche Intelligenz ist ein wichtiger Bündnispartner der Arbeiterklasse, der keineswegs nur zum Mitlaufen animiert werden soll, sondern der Arbeiterklasse durchaus auch Einsichten vermitteln und politische Kraft geben kann. Dabei werden die Wissenschaftler dieser Verantwortung dann am besten gerecht, wenn sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Und darin brauchen sie Unterstützung.

33) Heinrich Kronstein, Das Recht der internationalen Kartelle, Berlin (West) 1967, S. 46.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 304 S. DM 19,80

50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80

52 *Kramer,* Freizeit, Reproduktion der Arbeitskraft und Selbstverwirklichung im Kapitalismus. ca. 200 S. ca. DM 12,80

55 *Abendroth / Fülberth / Hofschen / Ott / Stuby,* Sozialdemokratie und Sozialismus. August Bebel und die Sozialdemokratie heute. ca. 300 S. ca. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Zum Artikel von E. Berliner: Das monopolkapitalistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel*)

Die vollkommene Selbstenthüllung eines Anonymus

Von Alfred Sohn-Rethel

In ihrem Februar-Heft stellten sich die „Blätter" einem Anonymus, „E. Berliner", zur Verfügung für ein Schriftstück „Das monopolistische Problem der Massenbasis, die ‚Deutschen Führerbriefe' und Alfred Sohn-Rethel, Anmerkungen und Dokumente zu einer unvollkommenen Enthüllung". Man kann sich nur wundern, wie das Machwerk Eingang in diese Zeitschrift gefunden hat. Es muß sich irrtümlicherweise jemandem in der Schriftleitung als ein Stück sachlicher Polemik zu einem historisch-politischen Thema empfohlen haben. Das ist es aber keineswegs, der Fall liegt völlig anders.

E. Berliner — wer und von welcher Anzahl das nun sein mag — vertritt eine These. Um diese These glaubhaft zu machen, muß er beweisen, daß ich ein Lügner bin. Die These bezieht sich auf einen Artikel von mir im „Kursbuch 21" (vom Oktober 1970), worin ich mich als Verfasser eines vielbeachteten Doppelartikels „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" in den „Deutschen Führerbriefen" vom 16. und 20. September 1932 zu erkennen gab und einen „Kommentar nach 38 Jahren" hinzufügte. Durch die so bekanntgemachten Tatsachen wurde die bis dahin weitverbreitete Auslegung des Doppelartikels als Selbstzeugnis des Finanzkapitals über seine geheimen Erwägungen und Pläne zur Errichtung einer faschistischen Diktatur zunichtegemacht. Das will der E. Berliner unter keinen Umständen akzeptieren, und zum Zwecke der Abwehrung dieser Konsequenz ist ihm jedes, aber auch jedes druckfähige Mittel recht. Es muß ihm freilich seine Müh und Not gekostet haben, wenn er mehr als drei Jahre zur Herausbringung des jetzigen Giftpräparates benötigt hat. Er bezieht sich darin auf „Forschungsergebnisse von DDR-Historikern" und sonstige Spezialerkundungen und kommt trotz alledem nur zu „einer unvollkommenen Enthüllung", unter die er nicht seinen Namen zu setzen wagt. Mit gutem Grunde. Es hätte ihm sonst eine Verleumdungsklage eingebracht. Wie die Sache jetzt liegt, muß ich ihn aus Gründen meiner Selbstverteidigung als den Lügner entlarven, der er ist. Da er ein Lügner vom Kaliber dummdreister Unverschämtheit ist, macht die Entlarvung freilich keine Mühe.

Die These, die er verficht, lautet: „Die Darlegungen Sohn-Rethels lassen zwar seine Behauptung, der Verfasser des ‚Führerbrief'-Artikels zu sein, als durchaus glaubwürdig erscheinen. In hohem Grade unglaubwürdig bis nachweislich falsch und deshalb korrekturbedürftig sind jedoch seine Angaben über die Motive und Absichten, von denen er sich bei Abfassung des Artikels leiten ließ, sowie seine Selbstvorstellung als Marxist ... Die Autorschaft Sohn-Rethels bestätigt — angesichts der Position, die Sohn-Rethel damals einnahm — die Einschätzung des ‚Führerbrief'-Artikels als eines Dokumentes aus dem inneren Keis der Finanzoligarchie" (S. 156).

In meiner Selbstdarstellung der Motive hieß es in dem „Kursbuch"-Aufsatz: „So kommen wir noch einmal auf die Frage zurück, die damals und seither so viel Erstaunen erweckt hat: Wie kann ein Artikel von so eindeutig marxistischem Inhalt zu jenem kritischen Augenblick ausgerechnet in die ‚Deutschen Führerbriefe'? Ein Artikel, dem zu diesem Zeitpunkt gar nichts anderes zuteil werden konnte, als von Ende September bis zum 6. November der kommunistischen Partei als Hauptpropagandamaterial zu dienen? Die Lösung des Rätsels ist denkbar einfach: Der Artikel war von mir einzig zum Zweck dieses Wahlkampfes für die Kommunisten verfaßt worden. Nicht daß die Kommunistische Partei ihn etwa bestellt hätte. Die Partei wußte weder von der Abfassung noch von dem Verfasser etwas. Ich schrieb ihn aus eigener Initiative und schickte, nachdem er ... erschienen war, ein Exemplar an die ‚Rote Fahne' " (S. 32/33).

Man begreift ohne weiteres, daß zur Widerlegung dieser Selbstdarstellung und zur Glaubhaftmachung jener These meine politische Charaktervernichtung erforderlich ist. Solche Charaktervernichtungen sind durch Goebbels und durch den amerikanischen Senator McCarthy in den 50er Jahren in Gebrauch gekommen, sie setzen aber zum Erfolg

*) In „Blätter", 2/1974, S. 154 ff.

voraus, daß die Opfer mundtot gemacht sind. An dem ist es aber in der BRD heute nicht, da hier noch unabhängige journalistische Institutionen existieren wie etwa diese „Blätter". So weise es von seiten des E. Berliner war, daß er vorzog, anonym zu bleiben, so töricht war es von ihm, sich mit seinem Vorhaben in eine solche Zeitschrift einzuschleichen. Das Register der Unwahrheiten kommt seitens E. Berliners in allen Varianten zur Verwendung. Da es mir auf die Gruppierung nicht ankommt, lassen sie sich unter dem kommensurierenden Namen von „Wanzen" in beliebiger Folge aneinanderreihen.

Wanze 1, Verhehlung. In der Vorbemerkung zu meinem Buch über den deutschen Faschismus (Oktober 1973) erwähne ich meine Zusammenarbeit „bis zu meiner Auswanderung aus Deutschland (1936) nacheinander mit drei illegalen sozialistischen Widerstandsgruppen" (S. 29) und führe dazu die Namen einiger noch verfügbarer Hauptzeugen an (dazu muß ich übrigens hinzufügen, daß Dr. Rudolf Küstermeier durchaus noch unter den Lebenden weilt und daß meine gegenteilige Annahme erfreulicherweise irrig war). — Wie denken die Leser darüber, daß dieses relevante Faktum von E. Berliner glatt verschwiegen wird?

Wanze 2, Promenadenmischung. Die Tatsache dieses Buches ist dem E. Berliner überhaupt höchst unbequem. Am liebsten hätte er es auch einfach unterschlagen. Erst nachträglich hat er eine Fußnote „9a" eingeschoben, worin er das Buch wenigstens notdürftig erwähnt, aber natürlich nur im Wege seiner Verächtlich- und Unkenntlichmachung und einer Akzentverschiebung aufs Unwesentliche. Man lasse mir die Genugtuung, das Stilgebilde und Gesinnungsdokument im Wortlaut vorzuführen: „9a) Inzwischen hat Sohn-Rethel den ‚Führerbrief'-Artikel ein zweitesmal zum Nachdruck gebracht in dem in der Reihe ‚edition suhrkamp' erschienenen Buch ‚Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus' [Untertitel ‚Aufzeichnungen und Analysen' und Erscheinungsdatum, das ihm für seine Lappalisierung des Buches besonders peinlich sein muß, sind ausgelassen, d.Verf.], zusammen mit einigen Niederschriften, die er nach seiner Emigration nach England [N.B., d. Verf.] für seine neuen, englischen Freunde und Auftraggeber verfaßt hatte. In der Umgebung dieser Arbeiten, die für antideutsche [sic!, d. Verf.] und antinazistische Kreise der englischen Großbourgeoisie [N.B., d. Verf.] geschrieben wurden, nimmt sich der Rekonsolidierungs-Artikel seltsam und fremd aus [gegenüber jeder Großbourgeoisie, ob deutschen oder englischen, nimmt er sich seltsam und fremd aus, d. Verf.]; er macht unübersehbar, daß der Autor zwischen 1932 und 1936/37 einen deutlichen Standortwechsel vorgenommen hat."

Mit der Zielsetzung verbunden, meinen politischen Charakter in sein Gegenteil umzulügen, spürt man die Angst, mein Buch könnte gelesen werden. Er ist sorgsam darauf bedacht, auf die dort veröffentlichten Aufzeichnungen inhaltlich nicht einzugehen, damit sich seine Leser über den Charakter dieser Aufzeichnungen nicht selbst ein Urteil bilden können. Nun handelt es sich aber bei dem Buch gar nicht um das übliche Theoretisieren über den Faschismus, sondern um viel Handfesteres. Neues, wesentliches Tatsachenmaterial wird ans Licht gebracht, neue Gesichtspunkte werden, unter eindeutig marxistischer Frageweise, fürs Verständnis der Zusammenhänge geltend gemacht. Es ist eine Art von Buch, wie es von Historikern gar nicht ignoriert werden kann, auch in der DDR und bei Pahl-Rugenstein nicht. Dort gibt es ja auch Historiker und historisch Interessierte, und zwar solche von Bedeutung. Wenn meine Angreifer und der famose E. Berliner darüber anderer Meinung sind, so sollen sie doch auf den Inhalt des Buches eingehen und in sachlicher Kritik ihren ablehnenden Standpunkt begründen. Daß sie das nicht tun, darin sehe ich ein Zeichen der Schwäche.

Jedenfalls enthält das Buch in voller Ausführlichkeit die Darstellung, zu der der „Kursbuch"-Artikel nur ein skizzenhafter und magerer Vorgriff ist. Der ganze Angriff von E. Berliner müßte sich überhaupt auf das Buch und nicht auf diese fragmentarische Skizze stützen, um seinen Gewichtsanspruch vertreten zu können. Stattdessen läßt er das Buch in der Versenkung einer gerade noch angehängten und grimassierenden Fußnote verschwinden. Welchen Stellenwert Urteilsfähige dem Buch beimessen, dazu die folgenden wenigen Sätze: „Was einer materialistisch-dialektischen Analyse von der stofflichen Seite her fehlt, ist . . . das Gegenstück zum Staatsarchiv: die ebenso dokumentarische Ausweisung des informellen Prozesses. . . . Um so wichtiger ist es, wenn es gelingt, diese Lücke durch authentische Einblicke von Einzelpersonen an zentralen Punkten des Umschlags von ökonomischen Interessen in politische Entscheidungen zu füllen, wie dies in den Aufzeichnungen von Sohn-Rethel der Fall ist. So gesehen ist es einer der folgenreichsten Zufälle für die Faschismus-Forschung, daß ein marxistisch geschulter Wissenschaftler . . . Einblick in wichtige interne Vorgänge und politische Überlegungen verschiedener Kapitalfraktionen erlangte . . ."

Zu diesem Urteil sind Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, also drei der kenntnisreichsten Faschismus-Forscher irgendwo, gelangt, als sie meine „Aufzeichnungen und Analysen" herausgaben [1]).

Doch es ist Zeit, daß wir uns den weiteren „Wanzen" zuwenden, denn es sind ihrer so viele, und ihre Zerquetschung erfordert ein solches Einsteigen in die Tatsachen, daß aller verfügbare Raum nötig ist, um mit ihnen fertig zu werden. Ich zähle etwa 14 Tatsachenentstellungen und -unterdrückungen, glatte Erfindungen und Fehldarstellungen auf S. 157 innerhalb ebensovieler Zeilen, strenggenommen auf 13, zusammengedrängt. Ich kann den Text von E. Berliner darum nicht im Zusammenhang behandeln, sondern muß ihn stückweise vorknöpfen. Dabei beginne ich mit Zeile 7 bzw. 9, wo es mit den angeblichen Tatsachen beginnt, um auf die unmittelbar vorangehende Insinuation nachher zurückzukommen. Zwischen Zeile 7 und 9 findet sich einleitend zu den Faktenverfälschungen, abzüglich der Ausschmückungen, die Feststellung: „In dieser Kontaktstelle [gemeint ist der MWT, d. Verf.] ... wirkte Sohn-Rethel von Anfang der 30er Jahre [genau gesagt von September 1931, d. Verf.] bis zum Jahre 1936 [im Februar, d. Verf.] mit."

Wanze 3. Ich muß, wie gesagt, den Wanzenkönig in Stücke schneiden und die Wanzen einzeln zerkleinern. „Dann verließ er etwas eilig, aber immerhin mit einem Empfehlungsbrief von Poensgen an den Chefredakteur der ‚Times' versehen, Deutschland ..." — „verließ er etwas eilig". Ich verstehe nicht, wie man es mit einer Charaktervernichtung so dumm anfangen kann. Es kann doch jeder in meinem Buch S. 29 nachlesen: „daß ich die Position, in der ich mich befand, wegen des ungewöhnlichen Interesses, das sie bot, niemals verlassen hätte, wenn ich mir die Verhaftung durch die Gestapo, als sie drohte, sozusagen hätte leisten können. Sie drohte aus relativ trivialen Gründen ..., aber die Untersuchung wäre zweifellos zu anderen Dingen vorgedrungen, die zu einem Todesurteil mehrfach genügt hätten."

Warum unterschlägt der Anonymus also diese drohende Verhaftung durch die Gestapo schlankweg und hüllt stattdessen mein Verlassen Deutschlands in einen Verdachtnebel ein? Dieselben Dinge habe ich auch in einer Radiosendung im April 1973 erwähnt, die er anführt, natürlich in einem diffamierenden Sinne, also kennt er sie wohl doch. Es gibt da aber noch weiteres von Interesse hinzuzufügen. Die Warnung vor der Verhaftungsgefahr wurde mir durch Max Hahn im Auftrage von Frh. v. Wilmowski, dem Vorsitzenden des MWT, und Schwager von Krupp, zuteil. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen besaßen in der Gestapo ihren speziellen Vertrauensmann, Dr. Ludwig Grauert, der vorher Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes „Arbeit Nord-West" gewesen war; durch ihn konnten sie aus der Gestapo das sie persönlich Betreffende erfahren und entsprechend in die Gestapo hineinwirken. Wilmowski ließ mich wissen, daß er mir unbedingt zum Verlassen Deutschlands rate, und ich vertraute Dr. Hahn an, daß ich für diesen Fall seit längerem in der Schweiz Vorsorge getroffen habe. Wie lange ich denn wohl zur Abwicklung in Deutschland brauche, fragte er mich, und als ich drei Monate angab (wir waren im November 1935), versprach er, Wilmowski zurückzuberichten, da er wisse, dieser könne die Verhaftung zwar verzögern, aber nicht verhindern. Die Tatsache des Interesses von Wilmowski an der Vermeidung meiner Verhaftung war weiter nicht verwunderlich, da ein solcher Eingriff der Gestapo in seine Sphäre empfindliche Nachteile für die Industrie hätte nach sich ziehen können. Speziell Hahn hätte alles eher zugelassen als das. Jedenfalls, zwei Tage später erfuhr ich, der erbetene Verzug sei genehmigt worden. Meine Erkundigung nach dem Grunde der Verhaftung aber blieb vergeblich. Daß er nicht schwerwiegend sein konnte, war offenkundig. Wahrscheinlich war er wirklich nur der von mir als „trivial" bezeichnete, der mit den Rivalitäten zwischen Partei (genauer Martin Bormanns „Gau Ausland") und Großindustrie (nämlich Krupp) um die „Ägyptische Handelskammer für Deutschland", deren Geschäftsführer ich damals war, zusammenhing. Aber ich wußte nicht, was über mich bei der Gestapo bekannt war und was nicht. Erst später in der Schweiz erfuhr ich durch einen leitenden deutschen KP-Funktionär (der mir seinen Namen als Bergmann angab, aber den richtigen nicht nennen wollte) aus Prag, daß die Gestapo mich die ganzen Jahre hindurch als Kommunisten geführt hatte, aber unter dem Namen Hans-Joachim statt Alfred. Das war der Name meines Bruders, eines völlig unpolitischen und politisch ahnungslosen Malers, der Artist geworden und in Berlin in dem prononciert antinazistischen Kabarett „Die Katakombe" aufgetreten war und im Spätherbst 1932 nach Holland emigrierte. Das heißt, ich hatte ohne alles Wissen einfach von dem Saudusel meiner Personenverwechslung mit meinem Bruder durch die Gestapo profitiert. Das erklärte mir einiges. Ich war nämlich im Dezember 1933 im Zuge einer Razzia und Haussuchung tatsächlich einmal verhaftet worden (wegen gefundener Schriften

1) Die zitierte Stelle findet sich auf S. 9 meines Buches.

und Exzerptheften), und Max Hahn ließ durch Grauert nachforschen, ob mir die Gestapo ihr „non onlet" ausstelle, bevor er für mich intervenierte. Daß die Gestapo das tat, hatte mich immer aufs höchste verwundert.

Wanze 4. Wie steht es nun mit dem Empfehlungsbrief von Poensgen an den Chefredakteur der „Times"? Diesen Brief hat es überhaupt nicht gegeben, er ist eine glatte Erfindung des E. Berliner. Ich habe mit gar keinem Empfehlungsbrief Deutschland verlassen, weder einem von Poensgen noch von Wilmowski. Das ist das erste. Aber warum soll er gerade an den Redakteur der „Times" gegangen sein? Das hängt mit einer anderen fälschlichen Behauptung zusammen. Abgesehen davon, daß mir Poensgen die Stelle im MWT, die nichts mit Journalismus zu tun hatte, und nicht meine lose Teilnahme an den Redaktionskonferenzen der „Führerbriefe" verschafft hatte, war er mit diesen, entgegen der Behauptung von E. Berliner, durchaus nicht liiert. Er hat mich niemals darauf angesprochen, und ich weiß von einer solchen Liierung absolut nichts. Aus welcher Quelle will denn E. Berliner davon wissen? Journalismus war Ernst Poensgen in jeder Form gänzlich fremd. Mir ist nicht bekannt, daß er die „Führerbriefe" überhaupt bezogen hat, und ich glaube kaum, daß Reuter und Meynen ihn persönlich gekannt haben. Das ist das zweite.

Wanze 5. Aber warum gerade an den Chefredakteur der „Times"? Ich emigrierte ja gar nicht nach England, sondern in die Schweiz, und hatte keinen Gedanken an England dabei, schon deshalb nicht, weil ich so gut wie kein Englisch konnte. Wie es schließlich zur Niederlassung in England kam (im Oktober 1937), möchte ich aber doch erwähnen, weil mein Weg dorthin so himmelweit von den Vorstellungen absticht, die E. Berliner darüber hat und verbreiten möchte.

In dem 1971 bei der EVA erschienenen Buch „Warenform und Denkform, Aufsätze", findet sich ein längeres Stück „Zur Liquidierung des Apriorismus, eine materialistische Untersuchung" (März/April 1937) mit Randnotizen von Walter Benjamin. Diese Arbeit war in Paris als Resumee eines viel größeren Manuskriptes verfaßt worden, das ich in Luzern zwischen Februar und August 1936 fertiggestellt hatte, unter dem Titel einer „soziologischen Theorie der Erkenntnis" (es hieß soziologisch statt materialistisch oder marxistisch, weil ich damit rechnete, daß ich ein Exemplar an Freunde in Deutschland schicken müßte) [2]. Ich nahm darin die 1931 unterbrochenen theoretischen Arbeiten wieder auf, denen sowieso mein ganzes Denken gehörte, von denen ich nun aber überdies erhoffte, daß sie mir möglicherweise zu einer sinnvollen Existenzgrundlage etwa beim Institut für Sozialforschung, bei der New School of Economics (beide damals in New York) oder andernorts verhelfen könnten. Ich schickte das Manuskript an Horkheimer, an Adorno und an Lukács (an letzteren übrigens durch den vorerwähnten „Bergmann" aus Prag) und begab mich Ende August nach Paris, von wo ich im November 1936 von meinem Freund Franz Hering für vierzehn Tage nach England eingeladen wurde. Das Manuskript war aber mit seinen enggetippten 133 Seiten viel zu lang geraten, und Horkheimer erbat sich darum ein Resumee, für das Benjamin als Gutachter walten sollte. Auf Anraten Adornos, der damals in Oxford war, sandte ich es auch an die „Society for the Protection of Science and Learning" in London, eine Hilfsorganisation für die aus Deutschland vertriebenen Wissenschaftler und Gelehrten, zum Zwecke der Einholung von Gutachten über das in dem Resumee vorgewiesene Forschungsprogramm. Professor John Macmurray reagierte darauf mit einer nachdrücklichen Empfehlung, und die Society erwirkte mir daraufhin eine Genehmigung zur Niederlassung in England, nachdem sie und das Institut für Sozialforschung sich für den Aufwand zu einem sehr geringfügigen Stipendium von 250 Pfund für ein Jahr zu teilen geeinigt hatten, da ich ja mittellos war [3]. Dies also war die Art und Weise meiner Niederlassung in England (ab Oktober 1937 in London), die E. Berliner als eine Weiterreichung meiner Agentenperson von der deutschen zur englischen Großbourgeoisie ausmalt. Nachdem mein Stipendium abgelaufen war, fand sich eine Quaker-Familie, die mich in „hospitality" aufnahm. So gelangte ich, nachdem ich meine Londoner Wohnung an Oskar Kokoschka vermietet hatte, nach Birmingham, wo ich jetzt noch ansässig bin. Von meiner Frau und Tochter wurde ich bis auf wenige gemeinsame Monate in London durch diese Notzustände getrennt; sie konnten gottseidank in der Schweiz bei unseren Freunden leben. Leuten, die wirklich von der Großbourgeoisie in England gestützt wurden, passierte es auch nicht, daß sie wie ich im Juni 1940 als „feindliche Ausländer" auf der Isle of Man in Zivilinternierung kamen, von wo ich überdies noch mit größerer Verzögerung als die meisten anderen, nämlich erst im Januar 1941 statt Oktober-November 1940, freikam.

---

[2] Übrigens ist es unveröffentlicht geblieben.

[3] Während der Pariser Zeit unterstützte mich mein schon genannter Bruder, der weiterhin als Kabarett- und Varietéartist auftrat, darunter lange auch bei der von den Nazis meistgehaßten „Pfeffermühle" von Erika Mann, womit er meine Personenverwechslung durch die Gestapo nachhaltig gefördert haben muß.

Wanze 6. Eigentlich gehört ein inhaltliches Eingehen auf meine theoretische Arbeit nicht hierher. Da aber der E. Berliner sich in seinen Anwürfen auch daran vergeht, will ich ihm die Antwort nicht schuldig bleiben. Er hat dies zu sagen: „Und wer gar Sohn-Rethels Gipfelleistung, sein Buch über die geistige und körperliche Arbeit, zur Hand genommen hat, der weiß endgültig, daß dieser Mann nicht Marxist, sondern ‚Marxologe' ist, d. h. ein intellektueller Bürger, der nicht etwa Marx' Lehre in die Tat umsetzen, sondern den Nachweis führen will, daß diese Lehre veraltet und in unserer Gegenwart unanwendbar ist." Das soll er glauben, wie er lustig ist. Das Buch ist nicht geschrieben, damit es von Leuten seines Kalibers zur Hand genommen, geschweige denn gelesen und selbstredend nicht begriffen wird. Nicht alle werden aber die Definitionsherrschaft seines und ähnlichen Unverständnisses über das, was „marxistisch" und was „marxologisch" sei, zu akzeptieren gewillt sein. Zur Kennzeichnung des Unverständnisses sei bloß angemerkt, daß mit der Geschichtsbedingtheit der philosophischen Denkform, die ich nachweise, auch die der Naturwissenschaften und der Mathematik, vor allem aber die der ganzen Scheidung von Geistes- und Handarbeit verständlich wird und daß ohne ein solches Verständnis im Zeitalter der „Verwissenschaftlichung der Produktion" (Marx) für die Umsetzung der Marxschen Lehre in die Tat wesentliche theoretische Voraussetzungen fehlen. Einer geschichtsmaterialistischen Theorie der mit der Warenproduktion von Grund auf verknüpften Scheidung von Kopf- und Handarbeit muß ja doch eine erhebliche praktische Bedeutung für die Verwirklichung des Sozialismus zufallen, da diese nach Marx erst möglich wird, „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist" (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 21). Aber es ist wohl unsinnig, zu jemandem vom Kaliber dieses Anonymus von der Sache des Marxismus reden zu wollen.

Wanze 7. E. Berliner identifiziert meinen Denkstandpunkt mit dem der Frankfurter Schule. „Seinen ‚Marxismus' hat er [Sohn-Rethel, d. Verf.] nicht bei Marx, sondern bei der Frankfurter Schule gelernt, und das ist ja bekanntlich ein ‚Marxismus', der seinen geschworenen Feinden und den Feinden der Arbeiterbewegung noch nie weh getan hat; im Gegenteil." Erstens stimmt das rein biographisch nicht. Mein Studium von Marx, und zwar Marx' „Kapital", Marx an der Quelle, hat lange vor meiner Bekanntschaft mit der Frankfurter Schule begonnen, und ebenso hat es an der Frankfurter Schule vorbei und weit über sie hinausgeführt. Meine Herleitung der begrifflichen Denkform (seit den Griechen) aus den von Marx aufgewiesenen im Warenverkehr enthaltenen Abstraktionen vollbringt die kritische Liquidierung des Immanenz-Postulates der Philosophie. Urteilsfähigere als E. Berliner wissen, daß das Immanenz-Postulat die Klippe war, über die die Frankfurter Schule nie hinweggekommen ist. Andere ebenso klare Unterscheidungsgründe werden weiter unten noch Erwähnung finden.

Wanze 8. „Der marxistenfeindliche SFB wußte sehr genau, weshalb er in seiner Sendung vom 6. April 1973 Sohn-Rethel zu Wort kommen und ihn dort die Schlußfolgerungen seines ‚Marxismus' verbreiten ließ." Man mag es gerade als Marxist für töricht halten, die Gelegenheit zu Rundfunksendungen abzulehnen, wenn sie sich bieten. Vielleicht ist das für E. Berliner noch nicht der Fall gewesen.

Wanze 9. Bei E. Berliner folgt nun, *was* ich über den SFB „verbreiten ließ". Man kann sich leicht vorstellen, welche Entstellung er sich dabei leistet: „daß nämlich die Arbeiter, bevor sie sich vom Kapitalismus befreien könnten, sich zuerst von ihren Klassenorganisationen und ihren Gewerkschaften befreien müßten." Wovor ich sie tatsächlich warnte, war, „Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie" als Organe der Spaltung der Arbeiter und als Mittel der Kettung an den Staat agieren zu lassen. Ihre Auslegung, die Sie mir unterschieben, ist eine bewußte und böswillige Fälschung des von mir tatsächlich Gesagten.

Wanze 10. Was hat es aber mit meinem Verhältnis zu Ernst Poensgen, damaligem stellvertretenden Generaldirektor (übrigens nicht etwa Finanzier) des Stahlvereins, auf sich, aus dem E. Berliner für seine unvollkommene Enthüllung so viel Kapital schlägt? Diese Beziehung stammte aus meiner Kindheit, als Familie Poensgen mich von 1908 bis 1911, also von meinem 9. bis zu meinem 12. Lebensjahr, als Pflegekind aufnahm, da meine Eltern als Künstler in Frankreich lebten, mich aber für Deutschland erzogen wissen wollten. So war also Ernst Ploensgen mein Pflegevater und sein einziger Sohn mein etwa gleichaltriger Pflegebruder [4]). Vater Poensgen hatte mir stets eine industrielle Karriere zugedacht, zumal sein eigener Sohn dazu keinerlei Neigung und Begabung zeigte (er ist Kunsthistoriker geworden), und meine unzähligen Besuche und Wanderungen durch seine Werke mit ihm und einzelnen Arbeitern (er war noch ein Unternehmer der alten, inge-

[4]) Er ist als Prof. Dr. Georg Poensgen in Heidelberg zu meinem großen Kummer letzten Januar gestorben.

nieurstechnischen Art haben meinen Sinn für die Struktur und Bedeutung von industriellen Arbeitsprozessen aufs nachhaltigste gefördert (übrigens ein weiterer, fundamentaler Unterschied zur Frankfurter Schule). Als aber 1919 meine Karriere mit ihm aufs Tapet kam, erteilte ich seinem „Mäzenat" (E. Berliner, S. 156) eine eindeutige Absage. Seit 1916, noch auf der Schulbank, galt mein ganzes Interesse dem Studium des Marxismus (und übrigens einem sehr dramatischen Emanzipationskampf gegenüber meiner Familie [5])), und darin hat es bis heute kein Schwanken und keine Änderung gegeben. Das einzige Mal, daß ich mich an Vater Poensgen mit der Bitte um Hilfe gewendet habe, war im Sommer 1931, als ich ohne Geld und Stellung aus Davos mit Frau und Kind nach Deutschland zurückkam, gerade als die Wirtschaftskrise in ihr Katastrophentief eintrat. Und diesem Hilferuf verdankte ich meine Anstellung im neugegründeten MWT, aber auch das ohne Schwanken und Änderung meines marxistischen Interesses. Ganz im Gegenteil sogar! Hier winkte die praktische ökonomisch-politische Erfahrung, die mir bis dahin gefehlt hatte: ich habe sie mir nicht entgehen lassen. Von meinen marxistischen Interessen wußte Poensgen nichts mehr; für jemand seiner Gesinnung und Stellung war so etwas bei einem bürgerlichen Sprößling wie mir auch gar nicht ernstzunehmen gewesen. Doch nun endlich weiter im Text:

Wanze 11. Zur leichteren Anknüpfung wiederhole ich den Anfang des Anschlußsatzes in Klammern: („Dann verließ er etwas eilig, aber immerhin mit einem Empfehlungsbrief von Ploensgen an den Chefredakteur der ‚Times' Deutschland), um auch in England mit Hilfe Montagu Normans (damaligem Direktor der Bank of England) bald Zugang zu den höchsten Zirkeln zu erhalten, wie z. B. zum Churchill-Kreis, auf dessen Tagungen er hin und wieder die Ergebnisse seiner Sammlung von Informationen über die Entwicklung in Deutschland vortragen durfte." Freundlich und verständnisvoll! Goebbels und McCarthy hätten es auch nicht besser gekonnt. Zunächst Montagu Norman. Ich habe ihn nie gesehen, nie gekannt, nie eine Einführung zu ihm gehabt. Aber die Kombination von Montagu Norman und Churchill ist noch viel ungereimter als die von Poensgen mit dem Chefredakteur der „Times". Montagu Norman war ausgesprochener Parteigänger der Appeasement-Politik der Chamberlain-Regierung und persönlich guter Freund von Schacht, also das Gegensätzlichste zu Churchill, das man sich nur wünschen kann. Welche famosen Nachforschungen auf politischem und historischem Gebiet dem E. Berliner zu Gebote stehen müssen! Auch mit Churchill hat er Pech. Auch ihn habe ich nie gekannt, auch zu ihm keine Einführung gehabt.

Wanze 12. Ferner die „Tagungen". Von solchen habe ich nie gehört und bin mehr als sicher, daß es sie nicht gegeben hat. Aber jedenfalls war ich bei keiner zugegen. Von „vortragen" kann auch keine Rede sein. Was er da als „Sammlung seiner Informationen über die Entwicklung in Deutschland" abtun will, ist nichts anderes als die in meinem Buch über den deutschen Faschismus veröffentlichte Reihe von „Aufzeichnungen und Analysen", die er sich schon vorher bemüht hat, zu lappalisieren, über die aber Urteilsfähigere ganz anderer Meinung sind.

Wanze 13. Aber ich muß ihm nun doch mit positiven Aufklärungen über einen politischen Aktionskreis unter die Arme greifen, auf den er mit seinen Anspielungen auf den „Chefredakteur der ‚Times' " vermutlich hinzielt. Aber bevor ich das tue, muß Einverständnis darüber herrschen, daß zur damaligen Zeit der Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus auf internationaler Ebene spielte und daß die internationale Ebene ganz und gar polarisiert war in diesen Gegensatz. Die illegalen Antinazi-Gruppen in Deutschland, zu denen ich auch gehörte, fühlten sich solidarisch mit den antifaschistischen und Volksfrontkräften in Spanien, in Frankreich, in England und anderenorts. Jemand, der seines Antinazismus wegen Deutschland verlassen mußte und sich in irgendeinem Teil des Auslandes eine antifaschistische Existenzbasis errang, konnte diese neue Existenz gar nicht anders bewerten denn als Fortsetzung des innerdeutschen Kampfes auf außerdeutscher Ebene und unter entsprechend veränderten Bedingungen. Angesichts dieser politischen Sachlage davon zu sprechen, daß der Betreffende hier einen „deutlichen politischen Standortwechsel" von einer nationalen zu einer anders-nationalen Bourgeoisie oder gar Großbourgeoisie vorgenommen habe, das ist eine Falschmünzerei von einer Schäbigkeit, daß sie nicht einmal einem schäbigen Anonymus durchgelassen werden sollte. Und dabei ist seine politische Zurechnung zudem noch verkehrt. Die Großbourgeoisie, d. h. das internationale Finanzkapital, war die profaschistische Macht hinter Chamberlain und wollte noch am 2. September 1939 keinen Krieg gegen Hitler. Chamberlain wurde dazu gezwungen durch den Aufstand im Unterhaus, der darin gipfelte, daß der Labour-Abgeordnete Emanel Shinwell vors Haus hintrat und „für England sprach" („I speak for England!"). E. Berliner denkt heute noch in dem Stil von Vulgärmarrismus,

[5]) Ich habe darüber in der schon erwähnten Radiosendung beim SFB v. 6. 4. 1973 Näheres angegeben.

in dem Ribbentrop damals dachte, als er nicht daran glauben wollte, daß die Macht der Großbourgeoisie in England erschüttert werden könne. Am 2. September wurde sie zum erstenmal erschüttert, und als nach dem Fall Norwegens Churchill das Ruder übernahm und nun der Krieg gegen Hitler im Ernst begann, wurde sie das zweitemal erschüttert. Worauf seit 1935 in England alle Antifaschisten hinarbeiteten, war der Sturz der Appeaser, erst Baldwin, dann Chamberlain. Gewiß war Churchill kein Antifaschist und erst recht kein Pro-Marxist, aber so, wie die Dinge in ihrer realen Machtgruppierung damals standen, war er und sein Anhang die einzige politische Potenz, die diesen Regierungsumsturz erzielen konnte. Und derjenige nun, der auf dieses Ziel hin die in England befindlichen ausländischen Antifaschisten, namentlich die deutschen, aktiv mobilisierte und nach ihrem Wissen und Können zur Wirksamkeit brachte, war Wickham Steed, dessen politische Tätigkeit eine ausführliche Biographie wert wäre. Er war von 1920 bis 1930 in der Tat Chefredakteur der „Times" gewesen, Herr Anonymus, und wer alles damals um ihn herum tätig war, darüber überlasse ich die Nachforschung Ihnen. Vielleicht wenden Sie sich damit in London mal an Bernhard Reichenbach, keine unwürdige Quelle; er hat sich noch mit Lenin die Hand geschüttelt. Derjenige, der mich bei Wickham Steed eingeführt hat, war der bekannte Antimilitarist Otto Lehmann-Russbueldt, mit seinem Spitzbart, seinen zerbeulten Hosen und seiner geldlosen Ehrenhaftigkeit eine wahre Prachtfigur von einem Großbourgeois!

Noch sind wir aber mit den „Wanzen" keineswegs am Ende.

Wanze 14. (Anschließend ans vorige Zitat:) „So war es nur natürlich, daß Sohn-Rethel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seine gründlichen Erfahrungen mit dem MWT im Blatt der britischen Besatzungsmacht in Deutschland veröffentlichte." (Dazu Fußnote 9: „Alfred Sohn-Rethel, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in ‚Blick in die Welt', 15/1948, S. 20—23 ....") Gewiß, den Aufsatz habe ich geschrieben. E. Berliner nennt ihn noch eine Seite vorher „einen recht aufschlußreichen Enthüllungsartikel", und er ist auch in meinem Buch wieder abgedruckt. Aber ganz so „natürlich", wie E. Berliner meint, war es 1948 dazu nicht gekommen. Es bedurfte der Anregung und des Drängens des Herausgebers des Blattes, Herrn v. Rynern, ich solle einen Tatsachenbericht verfassen, gemünzt und datiert auf das Nürnberger Verfahren gegen die deutsche Schwerindustrie, das gerade bevorstand.

Wanze 15. Es geht weiter nach dem letzten Satz: „Danach aber war von ihm, der seinen Wohnsitz weiterhin in England behielt, in Deutschland nichts mehr zu hören — bis zu jenem ‚Kursbuch'-Artikel aus dem Jahre 1970." Das Buch „Geistige und körperliche Arbeit", das gleichzeitig oder noch ein wenig vorher erschien, ist bei seinem geistigen Horizont wohl weniger erwähnenswert. Aber seine Angaben stimmen abermals nicht, d. h. seine famosen Nachforschungen haben wieder nicht hingereicht. Es erschien nämlich 1961 in der „Wissenschaftlichen Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin" der Abdruck eines Gastvortrages von mir „Warenform und Denkform, Versuch über den gesellschaftlichen Ursprung des ‚reinen Verstandes' ", gehalten bei der Abteilung des Instituts für allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Ist das nicht interessant, E. Berliner? Und eigentlich auch erwähnenswert, wie die Humboldt-Universität und die Akademie-Zeitschrift nur so ausgerutscht sein können und von dem Sohn-Rethel einen Vortrag nicht nur angehört, sondern dann auch noch abgedruckt haben, über ein so „marxologisches" Thema wie den gesellschaftlichen Ursprung des „reinen Verstandes". Auf solche unabhängigen marxistischen Gedanken zu verfallen, ist ein Malheur, das dem E. Berliner bestimmt nicht passieren könnte. Freilich verstehe ich auch das Wort „marxologisch" anders als er. Ich verstehe darunter solche Marxisten, für die die Geschichte fortgehen und sich verändern kann, nur nicht der Marxismus. Der bleibt sich immer gleich.

Wanze 16. (Immer noch anschließend). „Dieser Artikel verschaffte ihm in der Bundesrepublik den Ruf eines Marxisten; ..." Im Vertrauen gesagt, E. Berliner, das vorerwähnte Buch, wissen Sie, jene „Gipfelleistung", hat das in noch weit höherem Grade getan. Aber Sie haben auch nicht ganz unrecht. Der Rekonsolidierungsartikel ist an den unzähligen Stellen, an denen er seit seinem Erscheinen zitiert und kommentiert worden ist, ohne eine einzige mir bekannte Ausnahme als eine marxistische Analyse verstanden worden, auch von Ihren Genossen, E. Berliner, denn nur deswegen hat er in Anbetracht seines Erscheinungsortes ein solches Aufsehen erregt. Der marxistische Charakter ist dem Aufsatz erst von dem Augenblick vergangen, da bekannt geworden ist, daß er von mir stammt.

Wanze 17. „.. ; nicht lange nach Erscheinen dieses Artikels erfolgte seine Übersiedlung in die BRD." Wieder gefehlt! Eine Übersiedlung von mir in die BRD ist gar nicht erfolgt.

Ich bin nach wie vor in England ansässig. In Bremen habe ich lediglich eine zeitweise Niederlassungsgenehmigung, da ich nämlich seit dem Wintersemester 1972 eine Gastprofessur für „Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie" an der Universität ausübe. Das hat mit der, nun schon zum Überdruß erwähnten, „Gipfelleistung' zu tun, die mich instandsetzt, den inneren Entwicklungszusammenhang der Naturwissenschaften mit dem ökonomischen Gesellschaftsprozeß bis in die Gegenwart durchzuverfolgen. Das steht noch nicht bei Marx, kann also für einen Marxologen unmöglich marxistisch sein. In Bremen eröffnet das aber die Möglichkeit eines interdisziplinären Studiums gemäß dem „Bremer Modell". —

Hiermit endet die „Wanzenkolonie" innerhalb der geschlossenen 13 Zeilen auf S. 157. Und ich möchte hinzufügen, daß es mir eigentlich leid tut, daß ich so bissig gegen meinen Diffamator gewesen bin, da jemand, der es mit einer Charaktervernichtung so dumm anstellt, damit doch nur bezeugt, daß er für ein solches Vorhaben zu gut ist. Wenn nicht, so sollte er dieses Handwerk erst einmal gründlich lernen, bevor er sich wieder daranmacht.

Bevor ich mich aber von den Personalien abwenden und dem politischen Teil der Diffamation zuwenden kann, ist es unbedingt nötig, Angaben über meine Tätigkeitsweise innerhalb des MWT zu machen, da E. Berliner gerade darüber die allerirreführendsten Vorstellungen erweckt.

Wanze 18. Eigentlich müßte ich zu diesem Punkt etwa 10 Zeilen Text von S. 156 bis 157 oben zitieren, aber es genügt, wenn ich meine tatsächliche Tätigkeitsweise beschreibe; dann kann jeder sich die dortige Darstellung heraussuchen und mit meinen Angaben vergleichen. An erster Stelle muß ich mein monatliches Gehalt von RM 250,— anführen; das wird das Meiste dazu beitragen, alle übertriebenen und abwegigen Illusionen zu zerstreuen. Dies auch damals wirklich jämmerliche Gehalt ist mir niemals erhöht worden. Ich hatte ein kümmerlich ausgestattetes Zimmer nach hinten inne, ohne Telefon, an Teppich nicht zu denken. Meine Spezialbeschäftigung war die tägliche Verfolgung ausländischer Zeitungen, von Statistiken und einschlägiger Literatur. Auch eine eigene Sekretärin hatte ich nicht. Der aktuelle Grund für meine Anstellung war der von Dr. Max Hahn gehegte Plan einer öffentlichen Ausstellung zur Propagierung und Popularisierung seines Mitteleuropa-Gedankens, in Nachahmung einer sehr erfolgreichen Ausstellung über die Reparationen (Dawes- und Young-Plan), die er in Düsseldorf zwei Jahre vorher für den Langnamverein organisiert hatte. Die bildlichen Darstellungen sollten von einem Maler (demselben wie in Düsseldorf) übernommen werden und die Statistiken und sachlichen Zusammenhänge von mir. Meine Anstrengungen und Leistungen zu dem Projekt waren aber so minimal, daß die Sache niemals zustandekam. Dr. Hahn war recht unzufrieden damit und beklagte sich via Dr. Schlenker bei Ernst Poensgen über meine „vollständige Nutzlosigkeit", wegen deren ich denn von Poensgen auch prompt zur Rede gestellt wurde. Da Hahn sich weigerte, mein Gehalt zu erhöhen (mit der Ausrede, ihm sei eine Erhöhung des Beitrages des Stahlhofes verweigert worden), verwies er mich auf journalistischen Zusatzverdienst, u. a. die „Führerbriefe". Meine anderweitigen Tätigkeitsfelder, wie beim Deutschen Orient-Verein und für die Ägyptische Handelskammer, waren von seiten Hahns Abwimmelungen. Meine Karriere *fürs* Finanzkapital war also keine gloriose. Ich tat nur gerade das Nötigste, um mir *beim* Finanzkapital die Kanäle für mein Beobachtungsstudium offen zu halten, was mir nur innerhalb enger Grenzen gelang (das wird auf S. 35 meines Buches angedeutet). Vieles erfuhr ich aus direkten Gesprächen mit Hahn, fast mehr noch indirekt durch Dr. Hugo Richarz, Vertreter der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, der viel mit Dr. Hahn zu tun hatte und mit dem ich sehr befreundet war. Höchst ergiebig war die Verknüpfung von MWT und „Führerbriefen" für mich, der Umstand, daß ich mit einem Bein in diesen und mit dem anderen in jenem war.

Wanze 19. Unter einem anderen Gesichtspunkt wird es doch nötig, einen ganzen Teil des ausgesparten Textes zu zitieren. „Alle Gruppen des Finanzkapitals, die im Weimarer und im faschistischen Deutschland an Expansion und Aggression in Richtung Ost- und Südosteuropa interessiert waren, trafen sich unter dem gemeinsamen Dach des MWT, wo die strategischen und taktischen Pläne für das innen- und außenpolitische Vorgehen und der notwendige Ausgleich divergierender Interessen beraten und gegebenenfalls auch entsprechende Schritte beschlossen wurden. In dieser Kontaktstelle und Führungszentrale, einem ‚echten Rat der Götter', wirkte Sohn-Rethel von Anfang der 30er bis zum Jahre 1936 mit."

Es ist nicht leicht, den hanebüchen verkehrten Eindruck, der mit diesen Worten erweckt wird, richtigzustellen und auch nur annähernd auf realistische Maße zu reduzieren. Wenn man das liest und die Realität gekannt hat, kriegt man zuerst einfach das Lachen. Und

doch ist es formell ja ganz richtig, daß alle diese Gruppen dem MWT angehörten, und irgendwann müssen ja auch ihre Vertreter zur Jahresversammlung einmal zusammengekommen sein. Wo und wann das war, weiß ich übrigens nicht, da meine Hinzuziehung auch nicht von fern in Frage kam. Nur soviel weiß ich, daß es nicht „unter dem gemeinsamen Dach des MWT" war. Wie stellt sich E. Berliner denn dieses Treffen vor? Die Gespräche und Kontakte, die Hahn führte, waren fast alle mit anderen Verbands- und Vereinssekretären, Leuten aus einem der Donauländer, ganz ausnahmsweise auch mal einem direkten Vertreter einer einzelnen Finanzgruppe, aber dann nicht mehr als einem auf einmal. Und wie denkt der Schreiber sich etwa, daß da die Großen der Finanz und der Monopole als Rat der Götter unterm gemeinsamen Dach gruppenweise nicht etwa Yoga, sondern Interessenausgleich betrieben, sich in ihrer unergründlichen Weisheit wiederum gruppenweise über ihre imperialistische Strategie und Taktik geeinigt und die Resultate möglichst in marxistischer Terminologie, weil ihnen die so geläufig ist, zur Veröffentlichung in den „Führerbriefen" an ihre „im inneren Kreis der Finanzoligarchie" gehorsam wartenden Schreiberlinge weitergereicht haben? Wenn das den bei E. Berliner und seiner Umgebung herrschenden Vorstellungen „der bewußten und planmäßigen Errichtung der nazifaschistischen Diktatur durch das Finanzkapital" (S. 154) entspricht, so mögen die Gläubigen sich das unter Glas rahmen lassen und an die Wand hängen, nur bitte ich dann das über „die Mitwirkung Sohn-Rethels" herauszulassen. Es ist klar, daß man für eine solche Theorie die Voraussetzung braucht, daß die Gegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen und Gruppierungen des Monopolkapitals je nach Wunsch und Wille ausgleichbar sind, aber haben sie solche Gegensätze mal aus der Nähe zu Gesicht bekommen, um zu sehen, ob es stimmt? Und was wird aus der Theorie, wenn es nicht stimmt und, dialektisch gesehen, auch gar nicht stimmen kann?

Damit sollten wir nun endlich zu den politischen Argumenten kommen, denen das eigentliche Gewicht zufällt. Durch die Demaskierung der gehässigen Gesinnung und der gewissenlosen Stimmungsmache gegen mich, die die ganzen Auslassungen des E. Berliner durchtränken, verliert aber auch seine politische Argumentationsweise viel von ihrem sachlichen Wert. Die Vorwegnahme der Personalia war eben deswegen nötig, um das politische Räsonnement, das er gegen mich vom Stapel läßt, ins rechte Licht zu rücken, meinen Aussagen zur Sache gegen seine willkürlichen Verdächtigungen den gebührenden Kredit zu sichern. Denn sehr viel für die politische Urteilsbildung hängt, da das Ganze ja erklärtermaßen ein Streit um Motivationen ist, von der relativen Bewertung seiner und meiner Glaubwürdigkeit ab.

Greifen wir gleich den Hauptpunkt heraus. E. Berliner behauptet, ich hätte den Rekonsolidierungsartikel zur Belehrung des Finanzkapitals geschrieben; ich sage, ich hätte ihn zur politischen Schulung der Arbeiter und als Propagandamaterial zugunsten der KPD für die Wahlen vom 6. November 1932 verfaßt. Wäre ich der Lügner, als den E. Berliner mich hinstellt, und hätte ich seine Charakterverzerrung nicht entkräften können, so würde ich mit meiner Aussage, ganz gleich, wie alle sonstigen Argumente laufen, nicht ins Rampenlicht treten können, ohne Johlen und Pfeifen zu ernten. Das habe ich nun nicht zu befürchten, und die Argumente können zu Worte kommen.

Wie es mit der Logik der gegen mich gezielten politischen Verdächtigung steht, dafür ein kurzes Zitat: „Der Hauptinhalt des Artikels [meines Rekonsolidierungsartikels, d. Verf.] besteht also darin, der deutschen Großbourgeoisie eine bestimmte politische Kombination als günstigste Variante zur Erreichung des erstrebten Zieles einer antiparlamentarischen Diktatur zu empfehlen. Es handelt sich dabei um eine Konzeption, die nicht die Konzeption einer einzelnen Person und eines einzelnen Artikels war, die vielmehr in den ‚Führerbriefen' im Jahre 1932 in zahlreichen Artikeln und Beiträgen erwogen wurde."

Tatsächlich ist das vollkommen richtig. Die Großbourgeoisie bedurfte der Belehrung durch meinen Artikel gar nicht. Es lautet weiter: „Zum Beweise dessen dokumentieren wir in diesem Heft sechs Artikel aus den ‚Führerbriefen', die zwischen Mai und Dezember 1932 erschienen sind. Vier von ihnen sind ebenso wie der Rekonsolidierungsartikel von Sohn-Rethel mit zwei Sternen gezeichnet. Daraus kann geschlossen werden, daß all diese Zweisterne-Artikel von Sohn-Rethel stammen. Unterschiede in der Diktion und in der politischen Akzentuierung legen aber die Vermutung nahe, daß sich hinter den zwei Sternen verschiedene Autoren verbargen ..."

Ich breche das Zitat hier ab, um es nicht zu lang werden zu lassen, obwohl ich mich damit einiger der schmackhaftesten Rosinen beraube, die das ganze Backwerk für mich enthält.

Dafür kann ich dieses beträchtlich verdaulicher machen, indem ich meine Enthüller über die wirkliche Bedeutung aufkläre, die es mit den zwei Sternchen bei den „Führerbriefen"

hatte. Sie wurden für Beiträge verwandt, die von der Redaktion zwar der Veröffentlichung für wert befunden wurden, mit denen sie sich aber nicht identifizieren wollte, die also dadurch als Beiträge von Außenstehenden gekennzeichnet waren. Daher die Vielfalt der so markierten Beiträge und ganz besonders die Sternchen zu meinem Rekonsolidierungsartikel. Auf die Verfasser erlauben die Sternchen nicht den mindesten Rückschluß. Von den im dokumentarischen Anhang aufgeführten Artikeln ist kein einziger von mir. Davon könnten sich auch die Leser ohne Schwierigkeiten überzeugen, wenn ihnen zum Kriterium der Diktion, wonach E. Berliner angeblich urteilt, mein Artikel als Stilprobe vorgelegt worden wäre. Aber daß das Publikum zum Zeugen angerufen wird über etwas, wofür ihm das Zeugnis vorenthalten wird, gehört zur Technik der Charaktervernichtung.

Da nun zwischen E. Berliner und mir volle Einmütigkeit darüber besteht, daß mein Rekonsolidierungsartikel, was die politische Konzeption betrifft, den Kreisen des Finanzkapitals nichts Neues bedeutete, „vielmehr in den ‚Führerbriefen' im Jahre 1932 in zahlreichen Artikeln und Beiträgen erwogen wurde", so stellt sich doch die Frage, wodurch sich denn mein Artikel von den anderen so unterschied, daß er solches Aufsehen erregen konnte. Da der Unterschied nicht in der Sache lag, so muß er in der Form zu suchen sein. Und was ist das Eigentümliche seiner Form, eigentümlich vor allem in Anbetracht seines Erscheinungsortes? Ich kann getrost auf diejenigen der Leser warten, die bestreiten wollen, daß das Eigentümliche der Form des Artikels seine marxistische Denkweise und Terminologie ist. Wie schon gesagt, ist das bisher allerseits, ohne eine mir bekannte Ausnahme, erkannt und festgestellt worden. Um nun von dort auf die Motivation zurückzuschließen, was folgt aus dieser Tatsache? Soll diese Form etwa dem Finanzkapital zuliebe gewählt worden sein? Weil sie ihm so besonders geläufig war? Ich sage, daß sie nicht nur dem Finanzkapital, sondern selbst dem klugen Franz Reuter so fremd gewesen ist, daß ihm in dieser ungewohnten Form des Pudels Kern entgangen ist und er deshalb nicht erkannt oder erst nachträglich, als es zu spät war, erkannt hat, daß er den Artikel keinesfalls hätte zur Veröffentlichung in den „Führerbriefen" akzeptieren dürfen. Was ihn dazu verlockt hat, das war — ich darf das ohne Übertreibung sagen — sein Journalistensinn für einen aus dem Üblichen herausragenden Beitrag und auch für die Neuartigkeit der Form. Ich habe ihm für seine Korrespondenz, auf die er stolz war, auch noch andere, wenn auch nicht viele und weniger politische „Schmuckstücke" solcher Art geliefert, manchmal ganz ohne Rücksicht auf das Begriffskapé seiner Leser, z. B. einmal einen philosophischen in Antwort auf Alfred Rosenberg und seine Prahlereien über die Beseitigung der Scheidung von Kopf- und Handarbeit. Ich würde mich sogar nicht ärgern, wenn ich das Stück selbst noch hätte.

Was bleibt nun aber übrig von der Beschuldigung des E. Berliner, daß ich 1932 die Rolle des Agenten für das Finanzkapital statt gegen es gespielt habe? Wie er selber sagt, hat von meinem Rekonsolidierungsartikel einzig und allein die kommunistische Presse Nutzen gezogen. Für die rechten Sozialdemokraten und fürs Bürgertum war er so bloßstellend, daß sie jede Erwähnung vermieden haben. Wie man aber nichtsdestotrotz und angesichts der agitatorischen Verwertung des Artikels auch in den Organen Willy Münzenbergs und speziell noch in einer gesamten Nummer des „Roten Aufbau" nur drei Tage vor den Wahlen und vor der Tatsache eines kommunistischen Stimmengewinns von rund 700 000 davon reden kann, daß dieser Artikel im Dienste des Finanzkapitals geschrieben worden sei, dazu gehört schon eine böswillige Verbissenheit und Umwegigkeit des Denkens, wie sie nicht oft zu finden ist. Ohne alle nominelle Bezugnahme auf die KPD wurde durch den Artikel eine Wahlkampagne unter Arbeitern ausschließlich zugunsten einer kommunistischen Stimmabgabe betrieben. Das war die Absicht, und zu ihrer Umdeutung ins Gegenteil kann aus dem Artikel nichts beigebracht werden.

Aber das massive Zentrum der politischen Anwürfe findet sich in dem langen mittleren Absatz auf S. 158, und der belegt das gerade Gegenteil von dem, was er beweisen soll. Aber um das darzutun, muß er leider trotz seiner Länge im Wortlaut vorgenommen werden: „Jeder Kenner der politischen Situation von 1932 kann nur den Kopf schütteln über eine solche kuriose Situationsbeschreibung [6]). Lassen wir einmal beiseite, daß Sohn-Rethel sich offenbar bis heute noch nicht darüber schlüssig geworden ist, ob die proletarische Revolution damals eine praktische oder eine theoretische Alternative zum

[6]) Die von ihm zitierte Stelle in meinem „Kursbuch"-Artikel, auf die sich dies bezieht, lautet: „Wenn man überhaupt wirksame marxistische Propaganda treiben, der Arbeiterschaft die drohende Spaltungsgefahr [wieso nur drohende, fragt E. B. dazwischen, womit er recht hat; es sollte heißen: die aus der Spaltung drohende Gefahr, d. Verf.] vor Augen stellen wollte, so konnte es am besten auf diesem Umwege [über die „Führerbriefe", d. Verf.] geschehen. Und auf demselben Umwege konnte man auch der kommunistischen Partei [gemeint ist: Parteileitung, d. Verf.] ins Gewissen reiben, wie notwendig es war, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen als einzig mögliche praktische Alternative zur faschistischen Diktatur ... Revolution mit nachfolgender industrieller Plangemeinschaft mit der SU wenigstens theoretisch eine Alternative ..."

Faschismus gewesen sein soll [7]); entscheidend ist, daß mit absoluter Gewißheit gesagt werden kann: was Sohn-Rethel in diesen Sätzen als Motiv für seinen Artikel ausgegeben hat, kann niemals das wirkliche Motiv und die wirkliche Absicht gewesen sein, weil es überflüssiger war, der KPD ‚ins Gewissen zu reiben', daß die einzige Alternative zum Faschismus die proletarische Revolution sei, als Holz in den Wald zu tragen."

Ja, wirklich, Herr Anonymus? Sie wissen da vielleicht nicht ganz, was Sie sagen. Lesen wir nur einfach weiter: „Gerade in den — später korrigierten — Thesen des 12. EKKI-Plenums, das vom 27. August bis 15. September tagte, wurde z. B. als aktuelle Grundaufgabe für Länder wie Deutschland formuliert: die ‚Vorbereitung der Arbeiterklasse ... auf die bevorstehenden Kämpfe um die Macht, um die Diktatur des Proletariats'. Und besonders im Hinblick auf Deutschland wurde festgestellt: ‚Die Hauptlosung, die die KPD der faschistischen Diktatur (‚Drittes Reich') ebenso wie der Losung der Sozialdemokratischen Partei (‚Zweite Republik') gegenüberstellen muß, ist die Losung der ‚Arbeiter- und Bauernrepublik', d. h. die Losung des ‚Sozialistischen Deutschlands'."

Mein Rekonsolidierungsartikel war noch vor dem Abschluß dieses EKKI-Plenums abgefaßt, und nichtsdestoweniger stelle ich darin genau dieselbe Forderung auf wie die hier zitierte. Und genau so, wie das EKKI-Plenum Grund gesehen hat, diese Forderung betont herauszustellen, so auch ich. Oder muß für Sohn-Rethel unrecht sein, was für das EKKI-Plenum recht ist? Bei derselben Gelegenheit geriet auch die Theorie der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus unter verdiente Kritik. E. Berliner beschuldigt mich, dieser Theorie Vorschub geleistet zu haben. Diesen Vorwurf lehne ich ab. Ich argumentierte nicht, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter in den Faschismus triebe, sondern im Gegenteil, daß der Übergang in den Faschismus der Sozialdemokratie die Grundlage, nämlich die Funktion als Grenzträger der bürgerlichen Herrschaft, entziehen würde. Das ist so ziemlich das Gegenteil der Theorie vom Sozialfaschismus.

Der Kernpunkt meines Artikels in puncto Arbeiterschulung war das Argument: „Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland seit dem Kriege möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterschaft. Jede geschlossene, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt. Auf der gemeinsamen Basis dieser notwendigen Bedingung unterscheiden sich die verschiedenen Systeme der bürgerlichen Konsolidierung nach den zureichenden Bedingungen, die hinzukommen müssen, um den Staat und das Bürgertum bis in breite Schichten der gespaltenen Arbeiterschaft hinein zu verankern."

Natürlich war das nichts sonderlich Neues, neu war nur die Quelle und die Autorität, die das verkündigte. Ebenso die Feststellung: „Zwischen den beiden Möglichkeiten einer Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft und der kommunistischen Revolution gibt es keine dritte", und der Schrecken vor dem „akuten Gefahrenstadium", das eintritt, wenn durch den Fortfall des Spaltungsmechanismus „die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät". Das und überhaupt die Analyse des Spaltungsmechanismus waren für mich die springenden Punkte, auf deren Vermittlung es mir ankam, weil die Vermittlung durch das Sprachrohr der „Deutschen Führerbriefe" erfolgen konnte, ganz an den Parteileitungen der SPD und der KPD vorbei, die damals sagen konnten, was sie wollten, und doch nur die Spaltung weitertrugen und vertieften. Gewiß war es die kommunistische Presse, die den Arbeitern das alles bis ins einzelne zitierte und kommentierte, aber wichtig war, daß das, was sie da zitierte und kommentierte, nicht von ihr stammte und dadurch eine sehr viel durchschlagendere Wirkung auf die Arbeiter hatte.

Ich sagte, das waren die springenden Punkte für mich, es waren auch die riskantesten in bezug auf die persönliche Gefahr, in die ich mich mit dem Unternehmen dieses Artikels begab und die sich von heute aus wahrscheinlich gar nicht mehr abmessen läßt. Wie ich sie überstanden habe angesichts der explosiven Wirkung, die der Artikel auslöste, und zwar augenblicks und weit über das von mir für möglich gehaltene Maß hinaus, ist mir selbst verwunderlich. Es gehörte ein nicht geringes Maß geschickten Lavierens mit Unschuldsmiene und verbindlichster Liebenswürdigkeit dazu, nicht etwa mich dort nur zu halten, sondern mir die Informationskanäle, auf die es mir ankam, unversperrt zu halten.

Nun legen meine Diffamatoren völlige Ungläubigkeit an den Tag, daß eine Aktion von derartiger politischer Wirksamkeit von einem politisch isolierten Alleingänger hätte ausgehen können. Einem Parteigenossen in geregelten Verhältnissen muß das auch wie eine

[7]) Zu dieser absurden und rein rhetorischen Frage wäre er nicht verleitet worden, wäre er statt von dem „Kursbuch"-Artikel von meinem Buch ausgegangen, wo S. 192/93 der Sinn der Bemerkung den nötigen Raum zur Ausführung einnimmt.

reine Unmöglichkeit erscheinen. Die Umstände waren aber damals alles andere als geregelte, es waren für die Partei sowohl wie mich extreme Ausnahmeverhältnisse. Bei mir entsprang der „Führerbrief"-Artikel einer Verzweiflungsinitiative, dem nicht einzudämmenden Verlangen, herauszuschreien, was gespielt wurde, so daß es die Arbeiter erreichte. Dabei spielte meine politische Isolierung eine maßgebliche Rolle, die gerade zu jenem Augenblick so vollkommen war wie nie zuvor und nie nachher wieder. Meine Verbindung mit den Genossen aus dem Hamburger Aufstand riß ab, weil die Kommunikation zu langsam und zu riskant war. Und eine Verbindung mit der KP zu Zwecken konspirativer Arbeit schätzte ich als gleichbedeutend mit Selbstmord ein. Vielleicht war mein Eindruck vom Zustand der Partei damals übertrieben negativ. Aber es fehlte mir nicht an persönlichen Bestärkungen darin. Wir wohnten damals Kreuznacher Straße 34, direkt unter Erich Weinerts Wohnung (unsere Kinder, seine Marianne und meine Brigitte, waren in ihren Straßenaktionen gegen die Nazis unzertrennlich), und andere Parteimitglieder wohnten fast rings um uns herum. Selbstredend hielten sie, etwa Alfred Kantorowicz, fest zur Partei, aber von einer Verbindung mit dieser zu konspirativer Arbeit in einer Position wie der meinen, die so wertvoll war und noch werden konnte, wurde mir von allen abgeraten. Die Partei lag damals auf der Linie einer Massenpartei und nahm fast unbesehen jeden auf, der sich um Mitgliedschaft bewarb. Viele der Funktionäre wußten nicht, wer unter ihnen und in den Parteizellen Kommunist, versteckter Nazi und wer Spitzel war. Der Massenlinie entsprach ein Wettbewerb mit den Nazis um größtmögliche Wahlerfolge, und dem diente wiederum ein übertriebenes Gewicht auf die öffentliche Propaganda. Die kleinsten Betriebserfolge, die die Partei irgendwo zustandebrachte, wurden an die große Glocke gehängt, oft genug ohne die elementare Rücksicht auf die involvierten Betriebsarbeiter, die dadurch ihre unersetzlichen Arbeitsplätze verlieren mochten. Dadurch kam es, daß die Partei mehr und mehr auf die Gefolgschaft der Arbeitslosen und der Gelegenheitsarbeiter zurückgedrängt wurde, während die Betriebsarbeiter sich fernhielten und nach wie vor der SPD anhingen, obwohl ihr Denken kommunistisch sein mochte, aber eben nicht propagandakommunistisch, sondern revolutionskommunistisch. Wer sich die Implikationen dieser Lage zu vergegenwärtigen vermag, wie sie speziell auf mich wirken mußte, der wird meines Erachtens kaum zu einer anderen Schlußfolgerung gelangen können als der, die sich mir damals aufdrängte, nämlich der Nötigung zu einer Einzelinitiative möglichst ohne jedes Wissen und jeden Kontakt mit der Partei, sofern sich zu solcher Initiative eine praktische Gelegenheit bot. Und diese Gelegenheit war durch meine Stellung bei den „Führerbriefen" und meine persönliche Stellung zu Franz Reuter in ganz ungewöhnlicher Weise gegeben. Wie ungewöhnlich und von welcher Reichweite diese Gelegenheit war, davon gab ich mir freilich nur unzureichende Rechenschaft. Doch lassen wir das, und überdies ist in Sachen dieser „Erwiderung" genug, wo nicht übergenug gesagt worden.

Nur noch ein letztes Wort betreffs des E. Berliner. Ich habe eingangs seine Weisheit gepriesen, daß er es vorgezogen hat, anonym zu bleiben. Ich glaube aber, seine Anonymität steht auf schwachen Beinen. So wie er schreibt und die Arme schwenkt wie ein Verkehrsschutzmann der Politik und der Regelung des Marxismus, gebärdet er sich als ein Strohmann für ein größeres anonymes Wir. Solange dieser Schreiber ungenannt bleibt, ist es fast unvermeidlich, daß der Wanzengeruch seiner intellektuellen Unrechtschaffenheit und auch sonstiger Unzulänglichkeit sich verdachtbefleckend über eine unbegrenzbare Vielfalt von Autoren im politischen und historischen Felde verbreitet, und unvermeidlicherweise leider mit besonderer Windrichtung nach der DDR. Und daran möchte sicher Pahl-Rugenstein besonders ungern beteiligt sein. Man kann da nur frei nach Wilhelm Busch den Schlußstrich ziehen: Und die Moral von der Geschicht' / Trau keinem Anonühmus nicht!

Anmerkungen zu Sohn-Rethels Philippika

Von E. Berliner

Wir hatten eine Erwiderung Alfred Sohn-Rethels auf unseren Aufsatz in Heft 2/74 der „Blätter" erwartet und gewünscht. Was wir nicht erwarteten, war, daß Sohn-Rethel statt mit einer sachlichen Entgegnung zu der in Rede stehenden Angelegenheit mit einer unbeherrschten Beschimpfungskanonade reagieren würde.

Sohn-Rethel hat alles persönlich genommen und unterstellt uns, den Aufsatz aus „gehässiger Gesinnung" in der Absicht seiner „politischen Charaktervernichtung" verfaßt zu haben. Das müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen, denn damit wird vom Gegenstand unseres Artikels abgelenkt. Jeder Leser, der ihn damals zur Kenntnis genommen hat, wird wissen oder kann jetzt noch durch Nachschlagen feststellen, daß es in ihm keineswegs um die Person Alfred Sohn-Rethels, sondern um die politische Konzeption einer bestimmten Gruppierung des deutschen Finanzkapitals Anfang der dreißiger Jahre ging, von der am Ende des Aufsatzes ausdrücklich gesagt war, aus welchen aktuellen Gründen ihrer Aufklärung Bedeutung zukommt. Um Sohn-Rethel aber konnte es sich daher auch nur ausschließlich insoweit handeln, wie er Darstellungen zu einem der wichtigsten Dokumente für die politische Konzeption dieser Gruppierung und Urteile über einige weitere zeitgeschichtliche Umstände publiziert hat und damit als Vertreter einer bestimmten Interpretation hervorgetreten ist, die wir anfochten.

Es müßte sich nun eigentlich für jeden wissenschaftlich Arbeitenden von selbst verstehen, daß sich zeitgeschichtliche Streitfragen in keinem Falle auf die Weise diskutieren lassen, daß man den anderen als Lügner bezeichnet, seine Äußerungen als „Wanzen" apostrophiert und ihm mit Verleumdungsklage droht. Bei aller Legitimität, seine Meinung vehement vorzutragen, gilt doch auch auf dem heiklen Felde der Zeitgeschichte, daß nur zweierlei zählt: das Dokument und das sachliche Argument. Nachdem es Sohn-Rethel vorgezogen hat, sich nicht auf dieser Ebene zu stellen, sondern die erstbeschriebene zu wählen, wird man verstehen, daß wir zu einem weiteren Dialog mit ihm wenig geneigt sind, da wir uns unter diesen Umständen hiervon kaum etwas Sachdienliches erhoffen können. Jedenfalls dürfte offenkundig sein, zu welcher unerquicklichen, keiner Zeitschriftenredaktion und keinem Publikum zumutbaren Schlammschlacht es führen müßte, wenn wir uns auf Sohn-Rethels Tonlage einließen. Ginge es nicht, wie wir in unserem Aufsatz betonten, um eine Frage von tatsächlich aktueller politischer Relevanz, wäre daher unsere angemessene Reaktion auf Sohn-Rethels Erwiderung, es mit diesen Bemerkungen genug sein zu lassen und die Auseinandersetzung mit ihm hier abzubrechen. Nur weil es sich um eine solche wichtige Frage politischer Natur handelt, von der wir nicht zulassen können, daß ihre Substanz von einer rhetorischen Suada zugedeckt wird, die nebensächliche Einzelheiten zur Hauptsache aufbauscht, halten wir in den folgenden Punkten noch einmal fest, was die sachlich umstrittenen Fragen sind, um die es allein ging und geht, und wie sich uns nach der Erwiderung Sohn-Rethels das Resumee des Disputs um sie darstellt. Abschließend werden wir dann die Bedingung nennen, unter der für uns irgendein weiterer Wortwechsel mit Sohn-Rethel überhaupt erst wieder in Frage kommen kann.

1) Die beiden einzigen Streitfragen, die in dieser Kontroverse von der Sache her zur Debatte stehen, sind: a) die Frage, ob der Doppelartikel aus den „Deutschen Führerbriefen" vom 16. und 20. September 1932 mit dem Titel „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus", als dessen Verfasser sich Sohn-Rethel in seinem „Kursbuch"-Kommentar bekannt hat, durch diese Enthüllung der Verfasserschaft seinen Charakter als ein authentisches Dokument für die politische Konzeption einer bestimmten damaligen Gruppierung des deutschen Finanzkapitals verloren hat, wie es Sohn-Rethel behauptet, oder nicht, wie wir es behaupten; b) die Frage, ob die in Zusammenhang mit dieser Autorschaftsenthüllung von Sohn-Rethel gegebene Darstellung der Situation in der deutschen Arbeiterbewegung um das Jahr 1932 und insbesondere der damals von der KPD verfolgten Linie zutrifft oder nicht.

2) Zur ersten Frage — die die Hauptfrage in diesem Streit ist — hat Sohn-Rethel in seiner Erwiderung nunmehr expressis verbis bekräftigt, daß nach seiner Ansicht die durch die „Kursbuch"-Veröffentlichung „bekanntgemachten Tatsachen ... die bis dahin weitverbreitete Auslegung des Doppelartikels als Selbstzeugnis des Finanzkapitals über seine geheimen Erwägungen und Pläne zur Errichtung einer faschistischen Diktatur zu-

nichte gemacht" hätten. Man darf dann wohl auch annehmen, daß dieses Zunichtemachen die Absicht der „Kursbuch"-Veröffentlichung war.

Demgegenüber hatten wir mit der Vorlage unserer Dokumentation nachgewiesen, daß die politische Konzeption dieses Doppelartikels sich keineswegs von der auch in zahlreichen anderen „Führerbrief"-Artikeln dieser Jahre vertretenen Konzeption unterschied, sondern völlig der damals von dieser bestimmten finanzmonopolistischen Gruppierung und ihrem Sprachrohr, den „Führerbriefen", verfolgten politischen Linie entsprach und sie nur am klarsten artikulierte. Und dies sagt ja Sohn-Rethel in seiner Erwiderung auch selbst, nämlich wenn er erklärt, sein Artikel sei dem Verlangen entsprungen, „herauszuschreien, was gespielt wurde, so daß es die Arbeiter erreichte". Herausschreien, was gespielt wurde — was kann das denn anderes bedeuten, als öffentlich zu machen, was wirklich gespielt wurde, also was Sohn-Rethel dank seines bevorzugten Beobachterpostens täglich aus nächster Nähe als das wirkliche Spiel dieser finanzmonopolistischen Kreise wahrnehmen und verfolgen konnte. Dann aber ist ein solches Hinausschreien durch einen unmittelbaren Augenzeugen auch ein für dieses Spiel authentisches Dokument, und es ist für seinen Zeugniswert völlig unerheblich, ob dieser Hinausschreier und Augenzeuge in einer unerkannten privaten Zweitexistenz bzw. in seinem Herzen insgeheim Marxist oder was immer war und welche persönlichen Absichten er mit dieser Veröffentlichung verfolgt haben mochte, solange nur das, was er hinausschrie, die von ihm beobachteten wirklichen Intentionen seiner Brotgeber waren und nichts sonst. Und nur daraus, daß auch nach deren eigenem Urteil der Artikel ihren Intentionen entsprach, läßt sich doch die Veröffentlichung durch die „Führerbrief"-Redaktion über zwei Hefte hin erklären. Wir halten daher an der Behauptung des authentischen Zeugniswerts dieses Aufsatzes fest. Sohn-Rethels Erwiderung hat sie in nichts zu entkräften vermocht.

Nach der Konfrontation mit unseren Dokumentenbeispielen gibt Sohn-Rethel nunmehr zu, daß sein Artikel mit der damaligen politischen Linie der „Führerbrief"-Redaktion dekkungsgleich war. Er argumentiert jetzt: da also der Aufsatz, „was die politische Konzeption betrifft, den Kreisen des Finanzkapitals nichts Neues bedeutete" und sie seiner folglich auch gar nicht bedurft hätten, könne er nicht wegen seines Inhalts Aufsehen erregt haben, sondern nur wegen seiner Formeigentümlichkeit, seiner „marxistischen Denkweise und Terminologie". Dem aber wird jeder Zeitgeschichtler entgegenhalten müssen, daß es sich bei dieser von der „Führerbrief"-Redaktion verfolgten konzeptionellen Linie um eine von der damaligen Mehrheit des deutschen Monopolkapitals, insbesondere der Schwerindustrie, abgelehnte Minderheitslinie handelte, die durchaus der unermüdlichen Propagierung mit immer neuen und möglichst immer überzeugenderen Argumenten bedurfte, wenn ihre Interessenten sie durchsetzen wollten. Wir können daher nicht der Version Sohn-Rethels folgen, daß ihm mit der Unterbringung des Rekonsolidierungsartikels in den „Führerbriefen" eine politische Überlistung Franz Reuters und seiner Hintermänner gelungen sei. Für uns wäre auch und beinahe eher vorstellbar, daß sich die „Führerbrief"-Redaktion dieses so vorzüglich in ihre konzeptionelle Gesamtlinie passenden Artikels gerade wegen seines bestechenden analytischen Stils zur Werbung für ihr umstrittenes Konzept bedient hat. Da wir der Auffassung sind, daß für die politische Klassifizierung eines Artikels und die Einschätzung seiner objektiven Wirkung und Funktion allein maßgeblich ist, was in ihm drinsteht, können wir der Rede von einer marxistischen „Form" des Rekonsolidierungsaufsatzes (im „Kursbuch"-Kommentar hatte Sohn-Rethel noch von seinem „eindeutig marxistischen Inhalt" gesprochen) nicht folgen. Der Inhalt dieses Artikels ist das Plädoyer dafür, die Kapitalherrschaft in Deutschland künftig unter endgültiger Abwendung von der Sozialdemokratie und Einbeziehung eines Teils der Gewerkschaften auf den Faschismus zu stützen — und man möge es uns verzeihen, das können wir nicht als marxistisch bezeichnen, weder dem Inhalt noch der „Form" nach.

3) Sohn-Rethels Angaben zufolge ist dieser Artikel nun aber „einzig zum Zwecke des Wahlkampfes für die Kommunisten verfaßt worden". Das mag an sich, solange es um die Authentizitätsfrage geht, sein wie es will, denn es ist für diese Frage, wie wir gezeigt haben, ohne Belang. Nicht ohne Belang für ein richtiges Verständnis der letzten Jahre vor 1933 ist hingegen, welches Bild von der damaligen Politik der KPD gezeichnet wird. Von ihr liefert Sohn-Rethel im Zusammenhang mit der Begründung seines Wahlhilfe-Entschlusses nicht nur ein verzeichnetes Bild, sondern eines, das sich nicht einmal nachvollziehen läßt, weil es voller innerer Ungereimtheiten steckt. Sie seien ihm hier vorgehalten:

Auf der einen Seite identifiziert Sohn-Rethel sich in seiner Erwiderung nun erstmals ausdrücklich mit den später kritisierten falschen Einschätzungen in den Thesen des

12. EKKI-Plenums, die angesichts des drohenden Faschismus nicht den Kampf um die Verteidigung der Weimarer bürgerlichen Demokratie, sondern den Kampf um die Diktatur des Proletariats und ein „Sozialistisches Sowjet-Deutschland" als die aktuell auf der Tagesordnung stehende Aufgabe ausgaben und nicht auf den Kampf um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern in der Abwehr des Faschismus orientierten, sondern die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichneten, indem er sich gegenüber unseren diesbezüglichen Ausführungen mit den Worten rechtfertigt: „stelle ich genau dieselbe Forderung auf" ... „Und genau so, wie das EKKI-Plenum ..., so auch ich" ... „Oder muß für Sohn-Rethel unrecht sein, was für das EKKI-Plenum recht ist?" Auf der anderen Seite aber trägt er diese inhaltliche Bestätigung unseres gegen ihn gerichteten Vorwurfs in einem Tone vor, als sei sie gerade seine Widerlegung. Was soll man davon halten? Und was erst von der Behauptung: „Bei derselben Gelegenheit (also auf dem 12. EKKI-Plenum!! D. Verf.) geriet auch die Theorie der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus unter verdiente Kritik"? Könnte es — *denn wir kommen auf keine andere Deutung — vielleicht so sein*, daß Sohn-Rethel ganz einfach bis heute nicht weiß, was die Linie des 12. EKKI-Plenums war? Was aber hat er dann überhaupt von den damals entscheidenden Auseinandersetzungen innerhalb der KPD und der deutschen Arbeiterbewegung mitbekommen? Inwieweit kann er dann mit ihr in Verbindung gestanden haben?

Weiter: Einerseits lautet Sohn-Rethels Hauptvorwurf an die KPD, daß sie, wie er sich ausdrückt, „propagandakommunistisch" und nicht „revolutionskommunistisch" orientiert gewesen, also mehr auf Wahlerfolge als unmittelbar auf die Revolution ausgegangen sei. Andererseits wirft er ihr vor, „ohne die elementare Rücksicht" darauf gearbeitet zu haben, daß die von ihrer politischen Propaganda erfaßten Betriebsarbeiter „dadurch ihre unersetzlichen Arbeitsplätze verlieren mochten". Demnach also hätte die KPD ihre Mitglieder die Kunst lehren (und sie selbst praktizieren) sollen, revolutionäre Politik zu machen, ohne daß jemand etwas davon merkt (und dies, wohlgemerkt, nicht in der faschistischen Illegalität, sondern in der Weimarer Republik!). Das Rezept dafür dürfte in Sohn-Rethels Alleinbesitz sein.

Aber Sohn-Rethels Kritik an der KPD treibt noch merkwürdigere Blüten. Er ist wohl der Erste, der auf die Idee kam, daß 1932 nur deshalb nicht noch mehr sozialdemokratische Arbeiter sich der KPD zuwandten, weil ihnen diese nicht revolutionär genug war, weil die sozialdemokratischen Arbeiter, im Gegensatz zur KPD, nicht „propagandakommunistisch", sondern „revolutionskommunistisch" dachten! Man muß das wirklich zweimal lesen, um glauben zu können, daß das von dem gleichen Manne geschrieben wurde, der es 1932 besser wußte, als er — in dem in Frage stehenden Rekonsolidierungsartikel — schrieb: „... die lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften ... funktionierten als eine Art Schleusenmechanismus, durch den der beschäftigte und fest organisierte Teil der Arbeiterschaft einen ... erheblichen Niveauvorteil gegenüber der arbeitslosen und fluktuierenden Masse der unteren Kategorien genoß ... Die politische Grenze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus verläuft fast genau auf der sozialen und wirtschaftlichen Linie des Schleusendamms, und die gesamten, jedoch bis jetzt noch vergeblich gebliebenen Anstrengungen des Kommunismus gelten dem Einbruch in dies geschützte Gebiet der Gewerkschaften." Sohn-Rethel 1932 gegen Sohn-Rethel 1974: welch ein politisch-intellektueller Absturz!

Und schließlich, aber nicht zuletzt: Einerseits findet es noch heute rückblickend Sohn-Rethels Mißbilligung, daß sich die KPD, der von ihm verächtlich betrachteten „Massenlinie" entsprechend, in einen „Wettbewerb mit den Nazis um größtmögliche Wahl*erfolge" begab (ein Vorwurf, über dessen politische Intelligenz man wohl nur höflich* schweigen kann). Andererseits aber soll Sohn-Rethels gesamten sonstigen Darstellungen zufolge der „Führerbrief"-Artikel doch „einzig zum Zwecke des Wahlkampfes der Kommunisten" geschrieben worden sein. Was konnte er sich davon versprechen? Die Bekehrung der KPD-Führung zu dem, was er „revolutionskommunistisch" nennt? Und wenn Sohn-Rethel, nachdem schon in seinem „Kursbuch"-Kommentar durchklang, daß es mit seinen damaligen Sympathien zur KPD ja gar nicht so weit her war, jetzt in der Erwiderung auf unseren Artikel sogar noch so weit geht, von sich zu sagen, daß sein „Eindruck vom Zustand der Partei" zu dieser Zeit „vielleicht übertrieben negativ" gewesen, er aber fortwährend in ihm bestätigt worden sei — ist es dann nicht geraten, seinen Anspruch auf die Deutung des Rekonsolidierungsartikels als eines ausschließlich eben dieser KPD zugedachten subversiven Hilfsaktes in wenigstens dem Maße mit einem Fragezeichen zu versehen, in dem er selbst seine damalige politische Nichtübereinstimmung mit der KPD beurkundet?

4) Demgegenüber ist Sohn-Rethels Biographie kein Diskussionsgegenstand, dem von sich aus irgendwelche Relevanz zukäme. Was Sohn-Rethel berichtigend zu einigen beiläufigen Angaben von uns angemerkt hat, nehmen wir daher auch mit Interesse und ohne Widerrede zur Kenntnis, zumal wir mit Genugtuung feststellen konnten, daß seine vielen Dementis in den Details das jeweils Wesentliche unserer Aussagen doch nur bestätigt haben. So genau, wie er es uns jetzt berichtet, wußten wir vieles natürlich nicht. Wer wie Sohn-Rethel aus seinem Leben eine Legende macht, deren einzelne Episoden er mal in dieser, mal in jener Version zum besten gibt, hat wenig Grund zur Beschwerde, wenn das eine oder andere davon dann irgendwann einmal auch in womöglich nicht mehr ganz exakter Form an sein Ohr zurückdringt. Er hat jedenfalls kein Recht, mit der Bezeichnung „schäbig" zu belegen, was seine Quelle doch immer nur in seinem eigenen geheimnistuerischen Umgang mit seinem Lebenslauf hat. Wir jedenfalls haben nicht die geringste Absicht, mit Sohn-Rethel bezüglich der Kenntnis seines Lebens in Konkurrenz zu treten. Wir gestehen ihm auf diesem Feld von vornherein die überlegene Kompetenz zu. Seine Vermutung, wir hätten uns gründlich mit seinem Leben beschäftigt, müssen wir als ganz abwegig von uns weisen, da wir wirklich Wichtigeres zu tun haben. Die Personalia sollten also vernünftigerweise nur insofern eine Rolle spielen, als sie von der zur Erörterung stehenden Sache nicht abtrennbar sind.

Ein solcher Fall liegt nun allerdings etwa dann vor, wenn Sohn-Rethel sich unter Berufung auf seine Autorität als Augenzeuge in seiner Erwiderung an uns demonstrativ den Bauch vor Lachen hält über unsere Behauptung, der Mitteleuropäische Wirtschaftstag sei das gemeinsame Dach aller an der Expansion und Aggression in Richtung Ost- und Südosteuropa interessierten Gruppen des Finanzkapitals gewesen. Dieses Lachen mutet merkwürdig an, denn noch in seinem „Kursbuch"-Kommentar charakterisierte Sohn-Rethel selber den MWT als eine „Basis, die alle nennenswerten Konzerne und Gruppen des deutschen Finanzkapitals umfaßte" („Kursbuch", 21/1970, S. 30). Weshalb dann jetzt das dementierende Gelächter? Mit ihm beschwört er unausweichlich die Frage herauf, was es mit einem solchen Augenzeugen auf sich hat. Denn darüber, was der MWT war, wissen wir nun allerdings sehr genau Bescheid, und Sohn-Rethel, der mitten in seinem Zentrum saß, muß es ebenso gut wissen und hat dies an anderer Stelle durch manche instruktive Einzelschilderungen ja auch zu erkennen gegeben. Was er uns nun in seiner Erwiderung bietet, ist aber doch kaum noch zu unterscheiden von dem, was zahllose sogenannte „unparteiische" Augenzeugen aus der Großindustrie seit 1945 unablässig tun, nämlich uns zu kommen in der Tonlage: „Aber lieber junger Freund, wie stellen Sie sich das mit der ‚Kapitalherrschaft' denn eigentlich vor, das ist doch nur ein ideologisches Dogma von Ihnen, wie hätte das denn praktisch überhaupt gehen sollen, in Wirklichkeit waren wir doch nur lauter einzelne, die nicht einmal ständigen Kontakt zueinander hatten, also schon mal rein technisch gesehen, überlegen Sie mal . . ." — Und so billig lassen wir uns, läßt sich die heutige Generation, die an der Aufdeckung des vollen Zusammenhanges von Monopolkapitalismus und Faschismus interessiert ist, nicht abfertigen.

Dennoch wären wir bereit, auch diese Frage ausschließlich mit Sachargumenten zu erörtern. Sollte Sohn-Rethel jedoch fortfahren, sie seinerseits mit biographischen Argumenten zu diskutieren, dann läßt er denen, die seine Interpretationen nicht hinzunehmen gewillt sind, keine andere Wahl, als die Diskussion ebenfalls auf der biographischen Ebene zu führen, und dann allerdings würde er zwangsläufig nach den beiden Widersprüchen gefragt werden müssen, die in seinen Lebensdarstellungen auch jedem, der sich nicht näher mit ihrer Überprüfung beschäftigt, als allererstes auffallen.

Nämlich einmal, daß Sohn-Rethel damals einerseits zwar nach eigenem Selbstzeugnis mit den Spitzenrepräsentanten des Monopolkapitals einer bestimmten Richtung in einem engen täglichen Vertrauenskontakt stand, wir andererseits aber glauben sollen, daß dies alles nur menschliche, aber in keiner Weise politische Beziehungen gewesen seien, er politisch vielmehr „Marxist" war.

Zweitens dann aber doch auch die Fluchtumstände. Dabei versteht sich, daß unsere uneingeschränkte Achtung jedem gilt, der vom Hitler-Regime verfolgt wurde und ihm Widerstand leistete, von welchem Lande aus, innerhalb welchen Rahmens und wie im einzelnen immer. Das hat für uns ohne jedwede Abstriche auch für Sohn-Rethel Gültigkeit. Aber dies kann doch nicht übersehen lassen und hat nichts damit zu tun, daß die Darstellung der Umstände seiner Flucht aus Deutschland im Jahre 1936 jedem Kenner der Zeit als in sich unstimmig auffällt. Denn man kann im Jahre 1936 nur entweder, wie Sohn-Rethel es einerseits darstellt, der kleine und völlig unbedeutende wissenschaftliche Hilfsarbeiter gewesen sein, über dessen „vollständige Nutzlosigkeit" sich seine Chefs beklagten, dann griff unter Garantie, wenn einem solchen Hilfsangestellten mit

einem kümmerlichen Gehalt von 250,— DM Gestapo-Verhaftung drohte, nicht Hermann Görings Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Dr. Grauert, und auch nicht der Krupp-Schwager und MWT-Präsident Tilo v. Wilmowsky persönlich ein, um die Gestapo-Verhaftung hinauszuzögern und ihm die Flucht zu ermöglichen. Oder aber sie griffen ein, was wir nicht bezweifeln, dann kann er so unbedeutend nicht gewesen sein. Sohn-Rethels Erklärung jedenfalls, daß das Interesse Hahns und Wilmowskys, ihn der Gestapo-Verhaftung zu entziehen, nicht seiner Person gegolten habe, sondern motiviert gewesen sei von der Befürchtung, daß ein solcher Gestapo-Eingriff in ihre Sphäre „empfindliche Nachteile für die Industrie hätte nach sich ziehen können", läßt sich dann nicht nachvollziehen, wenn man davon ausgeht, daß Sohn-Rethel nur dieser ganz unbedeutende Hilfsangestellte war. Inwieweit hätte seine Verhaftung dann der Industrie „empfindliche Nachteile" bringen können? Wären nicht empfindlichere Nachteile im NS-Staat gerade daraus zu befürchten gewesen, daß sie einen bei ihr beschäftigten Mitarbeiter dem Zugriff der schon auf ihn aufmerksam gewordenen Gestapo entzog? Und hängt vielleicht mit diesem ganzen Fragenkomplex zusammen, daß sich Sohn-Rethel noch in seinem „Kursbuch"-Kommentar als „wissenschaftlicher Assistent" Max Hahns bezeichnete und erst in seinen neueren Publikationen zum „wissenschaftlichen Hilfsarbeiter" zurückgestuft hat?

Was die Kontroverse um ihn allein ausgelöst hat, ist und bleibt doch der folgende merkwürdige Umstand: Sohn-Rethel tritt mit dem Versuch an die Öffentlichkeit, einem der wichtigsten Beweisdokumente für die aktive Rolle auch der nicht zur Schwerindustrie zählenden Gruppierungen des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung des Faschismus die Beweiskraft zu bestreiten, womit er objektiv die Entlastung mindestens einer dieser Gruppierungen betreibt; er kritisiert zugleich die damalige KPD, und zwar einerseits mit genau den Argumenten, die damals der sozialdemokratische Reformismus gegen sie vortrug, andererseits mit Argumenten der heutigen Ultralinken; er behauptet gleichwohl, damals Marxist gewesen zu sein, und verlangt unter Androhung beleidigter Reaktionen von seiner Mitwelt, ihn so einzustufen. Muß dies nicht zwangsläufig skeptische Rückfragen an seine Person — durch die alle anderen widersprüchlichen Einzelheiten dann erst in den Blick treten — nach sich ziehen?

5) Es gibt nun aber ein ganz einfaches Mittel, durch das sich Sohn-Rethel aus dem Zwielicht, dem er sich durch diese Widersprüchlichkeiten tatsächlich aussetzt, herausbringen kann. Dieses Mittel steht allerdings nur ihm zur Verfügung, nur er kann daher von ihm Gebrauch machen. Und da es zugleich das einzige Mittel ist, durch das schlagartig die wirkliche damalige Rolle Sohn-Rethels offenbar werden müßte, wird man verstehen, daß wir es zum Kriterium seiner Aufrichtigkeit und zur Bedingung unserer Bereitschaft, noch irgendeinen Wortwechsel mit ihm zu führen, machen, daß er unserer Aufforderung, sich seiner zu bedienen, folgt.

Dies Mittel ist deshalb allein in seiner Hand, weil nur er heute noch wissen und angeben kann, welche Artikel in den „Deutschen Führerbriefen" insgesamt aus seiner Feder stammen. Nach seinen mehrfachen Selbstbezeugungen hat er ja nicht nur einmal, sondern mehrfach und sogar regelmäßig für die „Führerbriefe" geschrieben. Aber nur von einem Artikel, jenem Rekonsolidierungsaufsatz, hat er den Schleier der Anonymität weggezogen, über alle anderen hält er ihn nach wie vor ausgebreitet. Kein Zweifel aber, daß in dem Augenblick, in dem diese anderen Artikel ebenfalls bekannt wären und sich also hintereinander nachlesen und vergleichen ließen, die wirkliche politische Rolle ihres Verfassers zutage treten müßte und nachprüfbar würde. Dann könnte auf Grund der damaligen publizistischen Gesamttätigkeit Sohn-Rethels und der inhaltlichen Tendenz eben auch aller seiner sonstigen Aufsätze beurteilt werden, wieviel Wahrscheinlichkeit dem Wahlhilfe-Motiv bei der Abfassung des Doppelartikels zukommt, könnte nachgesehen werden, in welchem Verhältnis er zu den anderen Sohn-Rethelschen Aufsätzen dieser Zeit stand, und könnte gefragt werden, ob auch sie ein „Hinausschreien dessen, was gespielt wurde" an die Adresse der Arbeiter oder nur opportunistische Lohnschreiberei oder was vielleicht sonst waren, kurz, dann ließe sich wissenschaftlich und nicht nur auf Grund guten Glaubens urteilen.

Sohn-Rethel lege also eine Aufstellung aller von ihm in den „Führerbriefen" publizierten Beiträge vor, und die Zeitgeschichte wird ihm dankbar bestätigen, ihr einen Dienst erwiesen zu haben. Solange er ihr hingegen das Studium der größeren Zahl seiner „Führerbrief"-Beiträge dadurch unmöglich macht, daß er deren Anonymität aufrechterhält, sollte er sich nicht wundern, wenn er auch weiterhin aus analoger Anonymität auf die Verdachtsmomente, die er damit nährt, hingewiesen bleibt.

Medienkritik

DIE WELT-ÖFFENTLICHKEIT DES DOKUMENTARFILMS

Im Eröffnungsprogramm der diesjährigen Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen fand eine eigenartige und eindrucksvolle Zeremonie statt: Die Zuschauer des mit sicher über tausend Zuschauern überfüllten Kinos erhoben sich für eine Schweigeminute von ihren Plätzen und gedachten eines Mannes, der vor einem Jahr in Ausübung seines Berufs gestorben ist. Dann verdunkelte sich der Saal, der Vorhang ging auf, und es wurde das projiziert, was man in der Filmfachsprache eine „Einstellung" nennt, eine im ununterbrochenen Kameralauf aufgenommene Szene, hier etwa eine halbe Minute lang. Man sieht eine Straße, Panzer, Soldaten, Passanten. Das Bild etwas unscharf, körnig, unruhig, stumm. Viele Leute flüchten, die Soldaten laden ihre Waffen und schießen. Einen von ihnen holt die Gummilinse näher heran, er zielt direkt auf die Kamera, man sieht ein Mündungsfeuer. Das Bild fängt an zu schwanken, Schwenk zum Boden — dunkel.

Man gedachte des Kameramanns Rodriguez Henrikssen, der seine eigene Ermordung filmte, in Santiago de Chile, im September 1973. Diese Szene ist in vielen Filmen, die über und gegen den Terror der chilenischen Putschgeneräle gemacht worden sind, enthalten. Sie ist mit eingegangen in den Bildervorrat, den die Weltöffentlichkeit sich von geschichtlichen Ereignissen bildet; zusammen mit anderen versieht sie das Nachdenken über das, was in Chile vor sich ging, mit Vorstellungen, mit konkreten und anklagenden *Bildern*. Dazu gehört das Bild der brennenden Moneda ebenso wie das der Bücher verbrennenden Soldaten, oder das des Händedrucks zwischen Pinochet und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Gewandt. Von Dokumentaristen aufgenommene, oft zufällig erfaßte, oft sorgfältig in komplizierter Vorbereitung erarbeitete Bilder erklären und nähren die Empörung, geben dem Protest reale Angriffspunkte, helfen, gegen das Vergessen zu kämpfen.

Wie oft sahen wir in Leipzig und hörten auch die Aufnahmen vom Begräbnis Pablo Nerudas, sahen die traurig entschlossenen Gesichter, hörten die endlos wiederholten, nur manchmal für Momente in Schreie der Trauer übergehenden Rufe: „Pablo Neruda — presente!", und dann, den umherstehenden Bewachern ins Gesicht gesungen, die Internationale. Auch hier wurde das auf Film und Tonträger konservierte Geschehen ohne Regie zum Symbol des ungebrochenen Widerstandes und zur Mahnung an die Weltöffentlichkeit.

Auch in diesem Jahr gab es, neben den bekannten, neue Bilder, von neuem Geschehen. Wie auch immer sich die Situation entwickeln mag im neuen und einen demokratischen Weg aus der Krise suchenden Portugal — die *Bilder*, die jetzt — oft identisch in Filmen, die aus verschiedenen Ländern kamen — von den ersten Stunden nach dem Sturz der Diktatur zu sehen waren, werden ebenfalls Eigentum der Weltöffentlichkeit werden: die Bilder von der wartenden Menge vor der Kaserne, in die sich die Herrscher von gestern zurückgezogen hatten, von den schwierigen Manövern eines Panzerwagens, in das niedrige und enge Tor hineinzufahren, um sie, geschützt vor der berechtigten Wut des Volkes, herauszuholen; das Bild von dem in eine fahrende jubelnde Menschenmenge verwandelten Panzer, die Bilder von der Befreiung der politischen Gefangenen, von der Rückkehr Soares', von der Rückkehr Cunhals, und die nicht endenden Rufe des Vertrauens auf den Sieg des vereinten Volkes.

Ebenfalls als Bilder ins Gedächtnis und Gewissen eingegangen sind dieses Jahr, unabhängig vom Zusammenhang der vielen Filme, in denen sie zu sehen waren, die Straßen und zerstörten Gebäude der kleinen Stadt El Kuneitra nach der israelischen Besetzung: die übereinandergeschobenen Betonmauerreste, die zerstreuten Schulbücher, das zerschossene Krankenhaus,

die ausgeraubte Kathedrale. Wer die Filme gesehen hat, wer das Gefühl des Wiedererkennens erlebt, wenn er sie wiedersieht, wem die Stadt El Kuneitra nicht mehr unbekannt ist, weil er die Silhouette der beiden Türme ihrer Kathedrale sofort wiedererkennt, der hat damit auch ein geschichtliches Wissen erworben, das im Gegensatz zu gehörten und gelesenen Nachrichten außer im analytischen Verstand auch noch in den Sinnen verankert ist, dem individuellen und kollektiven Nachdenken als Zitat und Beweis zur Verfügung steht.

Dies Wissen zu mehren, die Erkenntnisse über geschichtliche Vorgänge mit Bildern zu versehen und zu erhärten ist die Aufgabe der Dokumentaristen. Da, wo sich die geschichtlichen Widersprüche zuspitzen, wo stellvertretend für die weltweite Auseinandersetzung unserer Epoche in einem Land isoliert Kämpfe stattfinden, sind diese oft auf einen Brennpunkt konzentriert, den die Kamera in einem Bildausschnitt erfassen kann: der Regierungssitz Moneda in Santiago oder die Person Salvador Allendes als Symbole für den festen Willen eines Volkes, seine Geschichte selbst zu gestalten; die endlosen Karteischränke der ehemaligen portugiesischen Geheimpolizei PIDE als Symbole für die bis gestern herrschende faschistische Willkür und Unterdrückung; die Gelassenheit in den Gesichtern der vietnamesischen Kämpfer und Textilarbeiter, die auf primitiven zweirädrigen Karren die riesigen Webstühle zum wiederholten Male in die noch nicht ganz wiederaufgebaute Fabrik bringen. Und es ist wegen dieses Symbolcharakters nicht verwunderlich, daß diese Bilder um die Welt gehen, daß manchmal wenige, am unvorhersehbaren Ort eines unvorhersehbaren Einzelereignisses mehr zufällig entstandene Bilder oft wiederholt und zitiert werden. Diese besonders gehen in das Geschichtsbewußtsein des einzelnen und der Weltöffentlichkeit ein.

Sie bewahren vor der Ermüdung, die die immer ähnliche Analyse der Ereignisse hervorrufen könnte, sie schaffen im Bewußtsein jedes, der sie sieht und wiedersieht und nicht selbst so konkret betroffen ist, jene Betroffenheit, die die Menschheit immer mehr braucht, um ihre Zukunft in den Griff zu bekommen.

Aber ihr manchmal zufälliges Entstehen und die Bedingungen, denen ihre Verbreitung unterliegt, ihre Unterdrückung oder die Konkurrenz, in der sie gegen andere, mit Absicht verbreitete, stehen, das alles sind große Hindernisse für diejenigen, die von ihrer Kraft und Wirksamkeit überzeugt sind und die Menschen mit solchen Bildern versorgen wollen.

Es gibt in der kapitalistischen Welt keinen Ort, wo sie sich so konzentriert mitteilen und als Erkenntnismaterial konstituieren können, wie dies alljährlich in Leipzig geschieht, und es gibt in der kapitalistischen Welt viele Maßnahmen gegen den Versuch, sie über die Kinos und Fernsehkanäle allen zur Verfügung zu stellen. Dafür werden andere, irreführende, gewaltig verbreitet: die — auch zufällig entstandenen — Filmbilder von der Ermordung John F. Kennedys schufen durch ihre in unvorstellbarem Ausmaß betriebene Verbreitung einen falschen, geschichtlich nicht legitimierten Märtyrer.

Rodriguez Henrikssen war einer, der bei dem Versuch, diese Welt-Öffentlichkeit herzustellen, vor der die Pinochets solche Angst haben, sein Leben einbüßte. Aber die Bilder, die er dabei festhielt, haben durch diesen tragischen Umstand eine umso größere Beweiskraft. Die Angst vor ihr mag der Grund gewesen sein, der den Soldaten zum Mord veranlaßte. Wir brauchen nicht darüber zu grübeln, ob der Mann an der Kamera heldenmütig damit rechnete und trotzdem den Finger am Auslöser hielt, oder ob er nur an eine Drohgeste glaubte und seinen Irrtum mit dem Tode bezahlte — selbst dieser Irrtum müßte nun uns vor anderen und ähnlichen warnen. Hier wird das Erlebnis zur Erfahrung durch das Bild und bleibt Erfahrung durch das Bild.

Günter Giesenfeld

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BORIS, Dr. Dieter,* geb. 1943 in Bielitz/OS, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUFF-SCHMID, Dr. Jörg,* geb. 1940 in Köln, Hochschullehrer für Politische Ökonomie der BRD an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Konzentrations- und Wirtschaftspolitik. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *JENS, Dr. Walter,* geb. 1923 in Hamburg, Professor für Klassische Philologie an der Universität Tübingen seit 1956, Schriftsteller und Essayist. *** *NEUMANN, Thomas,* geb. 1937 in Weimar, Soziologie, z. Z. Dozent an der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik.

Bemerkungen

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 an erhöht die Bundespost das Porto von bisher DM 0,30 auf DM 0,40 pro Heft. Der Verlag bittet darum, Daueraufträge entsprechend zu ändern.

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M und der Zeitschrift „Demokratische Erziehung" sowie ein Spendenaufruf des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift • Neunzehnter Jahrgang • Heft 12/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1974

1. 11. — Griechenland. Die zuständige Kammer des Athener Appellationsgerichtshofes eröffnet ein Verfahren gegen den früheren Präsidenten Georgios Papadopoulos und andere Beteiligte beim militärischen Staatsstreich vom 21. April 1967. Die Anklage lautet auf „Vorbereitung und Durchführung eines Hochverratsverbrechens". — Am 17. 11. finden Parlamentswahlen statt. Die „Neue Demokratie" des Ministerpräsidenten Karamanlis erhält mehr als 50 Prozent der Stimmen, wegen des geltenden Wahlsystems jedoch mehr als zwei Drittel der 300 Parlamentssitze. Zusammensetzung des neuen Parlaments (und Stimmenanteile bei den Wahlen): Neue Demokratie 220 (54,4 %), Zentrumsunion Neue Kräfte 60 (20,4 %), Panhellenische Sozialistische Bewegung 12 (13,6 %), Vereinigte Linke, der die Kommunisten angehören, 8 Mandate (9,5 %). — Am 21. 11. bildet Karamanlis ein neues Kabinett, das fast ausschließlich aus Mitgliedern seiner eigenen Partei besteht.

— UNO. Die Generalversammlung fordert einstimmig den unverzüglichen Rückzug aller ausländischen Truppen von Zypern. Ein entsprechender Resolutionsentwurf war von einer Gruppe blockfreier Staaten nach Beratungen mit den Delegationen Zyperns, Griechenlands und der Türkei eingebracht worden. — Vom 5.—16. 11. findet in Rom die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen statt, an der mehr als 130 Regierungen und zahlreiche Organisationen beteiligt sind. Die Konferenz empfiehlt die Errichtung eines Welternährungsrates (World Food Council) als ein UN-Organ. Der Rat soll 25 Mitglieder haben und die weltweiten Bemühungen um die Sicherstellung der Nahrungsversorgung und Nahrungsmittelproduktion koordinieren. — Am 6. 11. verlangt die General-

versammlung in einer Resolution, die mit 90 gegen 8 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen wird, die Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile. — Am 12. 11. verfügt der Präsident der Generalversammlung, Abdelaziz Bouteflika (Algerien), die Suspendierung Südafrikas von den weiteren Arbeiten der gegenwärtigen Versammlung. Bouteflika erklärt, seine Entscheidung lasse die Frage der Mitgliedschaft Südafrikas in den Vereinten Nationen offen. Die amerikanische Delegation beantragt eine Abstimmung über die Entscheidung Bouteflikas, die daraufhin vom Plenum mit 91 gegen 22 Stimmen bei 14 Enthaltungen bestätigt wird. Gegenstimmen werden u. a. von den USA, Großbritannien, Frankreich und den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften abgegeben. — Am 13. 11. beginnt die Palästina-Debatte. Erster Redner ist der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yasir Arafat, der die Vereinten Nationen auffordert, „unserem Volk zu ermöglichen, eine nationale und unabhängige Souveränität über sein Land zu errichten". — Am 22. 11. genehmigt die Generalversammlung mit 89 gegen 8 Stimmen bei 37 Enthaltungen eine Resolution, in der das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und Souveränität anerkannt wird. Mit 95 gegen 17 Stimmen bei 10 Enthaltungen erhält die PLO einen ständigen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.

3. 11. — UdSSR/Portugal. Erstmalig seit 1917 hält sich eine portugiesische Regierungsdelegation in der Sowjetunion auf, die vom Generalsekretär der KP Portugals, Alvaro Cunhal, der gleichzeitig Minister im Kabinett ist, geleitet wird. Im Mittelpunkt des Besuches (29. 10. — 3. 11.) stehen Verhandlungen über Wirtschaftsfragen.

5. 11. — USA. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus (435 Abgeordnete) sowie die gleichzeitig stattfindenden Teilwahlen für den Senat (34 von 100 Sitzen werden neu besetzt) ergeben für die Republikaner, die Partei des Präsidenten, eine schwere Niederlage. Die Demokraten können ihre führende Stellung im Repräsentantenhaus weiter ausbauen und die Zweidrittelmehrheit erreichen. Zusammensetzung des Repräsentantenhauses: Demokraten 291 (bisher 248), Republikaner 144 (187) Sitze. Zusammensetzung des Senats: Demokraten 62 (58), Republikaner 38 (42) Sitze.

— Naher Osten. König Hussein von Jordanien nimmt in einem Interview mit der „New York Times" zu den Beschlüssen der Konferenz von Rabat Stellung, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen (vgl. „Blätter", 11/1974, S. 1094). Hussein erklärt: „Das Westufer des Jordans gehört nicht mehr zu Jordanien, und wir werden an den Verhandlungen bezüglich der Zukunft jenes Gebietes nicht teilnehmen." Der Beschluß von Rabat habe eine „neue Wirklichkeit" geschaffen. Der König kündigt eine Verfassungsänderung an, durch die den Palästinensern jeglicher Einfluß in Regierung und Parlament Jordaniens genommen werden solle. Am gleichen Tag lehnt Israels Ministerpräsident Rabin vor der Knesset den Beschluß von Rabat ab. Die Regierung werde nicht mit der PLO verhandeln. — Am 25. 11. tritt UN-Generalsekretär Waldheim eine Nahostreise an. Waldheim verhandelt in Syrien und später in Israel und Ägypten über die Verlängerung des Mandats der auf den Golan-Höhen stationierten Truppen der Vereinten Nationen (UNDOF) sowie über die Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz. — Am 29. 11. erneuert der Sicherheitsrat das UNDOF-Mandat mit 13 Stimmen (in Abwesenheit der Vertreter Chinas und des Irak) für sechs Monate bis zum 30. Mai 1975.

8. 11. — DSU. In Mülheim/Ruhr wird die „Deutsche Soziale Union" (DSU) als Partei auf Bundesebene gegründet. Vorsitzender ist Kurt Meyer (ehemals Mitglied der FDP), sein Stellvertreter Helmut Kasper (ehemals CDU). Vor der Presse erklärt Kasper, die neue Partei betrachte sich als „Partner der CDU" und als „Schwester der CSU".

11. 11. — EG. Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) treffen die Außenminister der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel zusammen, um die nach Paris einberufene EG-„Gipfelkonferenz" vorzubereiten. — Am 18. 11. findet eine weitere Vorbereitungskonferenz der Außenminister in Paris statt. In einer Sechs-Punkte-Erklärung heißt es: „Die Regierungschefs, begleitet von ihren Außenministern, werden periodische Treffen abhalten,

wobei sie entweder als Rat der Gemeinschaft unter Respektierung der Regeln des Vertrags von Rom fungieren werden, oder als Rat für die politische Zusammenarbeit, die diesen Regeln nicht unterworfen ist." Das Wort „Gipfelkonferenz" werde nicht mehr verwendet, da „diese Treffen nicht feierlich, sondern routinemäßig wie ein nationaler Ministerrat abgehalten werden sollen".

12. 11. — O A S. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verhandelt in Quito (Ekuador) über die formelle Aufhebung der gegenüber Kuba im Jahr 1964 verhängten Blockade. Ein von Kolumbien, Costa Rica und Venezuela eingebrachter Antrag findet nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Das Abstimmungsergebnis lautet: 12 Ja-Stimmen (Argentinien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ekuador, El Salvador, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Panama, Peru, Trinidad und Tobago, Venezuela); 3 Nein-Stimmen (Chile, Paraguay, Uruguay); 6 Enthaltungen (Bolivien, Brasilien, Guatemala, Haiti, Nicaragua, USA).

15. 11. — U S A. Präsident Ford läßt durch seinen Pressesprecher mitteilen, er werde sich im Jahre 1976 wiederum um die Präsidentschaft bewerben.

21. 11. — Z y p e r n. Der amtierende Präsident Glafkos Kleridis sucht in London Erzbischof Makarios auf. Nach der mehrstündigen vertraulichen Unterredung teilt Kleridis vor der Presse mit, Makarios werde noch in diesem Jahr nach Zypern zurückkehren, um sein Amt als rechtmäßig gewählter Präsident wieder zu übernehmen.

23. 11. — Ä t h i o p i e n. Der Vorsitzende des regierenden Militärrates, Generalleutnant Aman Andom, wird seines Amtes enthoben und anschließend (zusammen mit 60 ehemaligen Ministern und hohen Regierungsbeamten der kaiserlichen Regierung) „wegen Verbrechen gegen das äthiopische Volk" hingerichtet. Führer des Militärrates und Nachfolger von Generalleutnant Andom wird am 28. 11. Brigadegeneral Teferi Benti.

23. 11. — I t a l i e n. Mehr als 50 Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Rumor (vgl. „Blätter", 11/1974, S. 1093) bildet der christlich-demokratische Politiker Aldo Moro eine Minderheitsregierung, der neben Mitgliedern seiner eigenen Partei, der Democrazia Cristiana (DC), Vertreter der Republikanischen Partei (PRI) angehören. Die beiden früheren Koalitionsparteien (Sozialdemokraten und Sozialisten) sagen Moro die parlamentarische Unterstützung zu. Der bisherige Ministerpräsident Mariano Rumor (DC) übernimmt das Außenministerium.

23.—24. 11. — U d S S R / U S A. Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres treffen der amerikanische Präsident und der Generalsekretär der KPdSU zusammen. Die Begegnung, die erste zwischen Präsident Ford und Generalsekretär Breschnew, findet in der Nähe von Wladiwostok (UdSSR) statt. Zu den Teilnehmern gehören auch die beiden Außenminister, Kissinger und Gromyko. Im Anschluß an den Meinungsaustausch werden ein „Gemeinsames Kommuniqué" sowie eine Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen veröffentlicht (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Präsident Ford erneuert die von Nixon ergangene Einladung an Breschnew zu einem Besuch der USA im kommenden Jahr.

25.—28. 11. — U S A / C h i n a. Der amerikanische Außenminister Kissinger konferiert in Peking mit dem wenige Tage zuvor ernannten neuen Außenminister Tschiao Kuan Hua. Kissinger, der auch von Ministerpräsident Tschou En-lai empfangen wird, unterrichtet die chinesische Regierung über das Ergebnis der Gespräche zwischen Präsident Ford und Generalsekretär Breschnew in Wladiwostok. — Am 29. 11. wird gleichzeitig in Washington und Peking bekanntgegeben, der amerikanische Präsident Ford werde in der zweiten Jahreshälfte 1975 die Volksrepublik China besuchen.

26. 11. — M e x i k o / C h i l e. Die mexikanische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Chile ab. Der Geschäftsträger in Santiago wird angewiesen, mit dem gesamten Botschaftspersonal nach Mexiko zurückzukehren.

28.—30. 11. — G r o ß b r i t a n n i e n. Die regierende Labour Party hält in London ihren Parteitag ab. In einer Entschließung werden Bedingungen für den weiteren Verbleib Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften formuliert. So soll u. a. das britische Parlament das Recht behalten, Direktiven der EG-Organe zurückzuweisen. Als Gastredner setzt sich Bundeskanzler Schmidt vor den Delegierten für ein Verbleiben Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften ein.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Kommuniqué über das Arbeitstreffen zwischen Leonid Breschnew und Gerald Ford in Wladiwostok vom 23. bis 24. November 1974

(Wortlaut)

Gemäß einer früher veröffentlichten Übereinkunft hat vom 23. bis zum 24. November 1974 im Gebiet von Wladiwostok ein Arbeitstreffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Gerald R. Ford, stattgefunden. An den Verhandlungen haben A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, und Henry Kissinger, Außenminister der USA und Sicherheitsbeauftragter des USA-Präsidenten, teilgenommen.

Die Seiten erörterten einen weiten Kreis von Fragen, die die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die gegenwärtige internationale Lage betreffen.

Weiterhin nahmen an den Verhandlungen teil:

Von sowjetischer Seite: A. F. Dobrynin, Botschafter der UdSSR in den USA, A. M. Alexandrow, Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, und G. M. Kornijenko, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; von amerikanischer Seite: Walter G. Stößel, Botschafter der USA in der UdSSR, Helmut Sonnenfeldt, Berater des Außenministeriums der USA, Arthur Hartmann, Stellvertreter des Außenministers der USA für europäische Angelegenheiten, General Brent Scowcroft, stellvertretender Berater des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, und William Highland, verantwortlicher Mitarbeiter des Außenministeriums.

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, auch weiterhin ihre Beziehungen in einer Richtung zu entwickeln, die von den gemeinsamen prinzipiellen Beschlüssen und den zwischen beiden Staaten in den letzten Jahren abgeschlossenen grundlegenden Verträgen und Abkommen bestimmt wird.

Sie sind davon überzeugt, daß ein derartiger Kurs der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, der auf die Festigung des allgemeinen Friedens, die Vertiefung der internationalen Entspannung und die Ausdehnung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gerichtet ist, den Lebensinteressen der Völker beider Länder und anderer Völker entspricht.

Die Seiten sind der Auffassung, daß auf der Grundlage der zwischen ihnen abgeschlossenen Abkommen wichtige Ergebnisse bei der grundlegenden Umgestaltung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf der Basis der friedlichen Koexistenz und gleicher Sicherheit erreicht worden sind. Diese Ergebnisse stellen eine feste Basis für die weitere Vorwärtsbewegung bei der Verwirklichung dieser Umgestaltung dar.

Dementsprechend beabsichtigen sie, ohne Tempo zu verlieren, weiterhin den Umfang und die Intensität der gemeinsamen Anstrengungen in allen Richtungen auszudehnen, die in den früher unterzeichneten Dokumenten festgelegt wurden, damit sich der Prozeß der Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA auch weiterhin kontinuierlich entwickelt und unumkehrbar wird.

Es wurde die gemeinsame Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, die gegenseitigen Verpflichtungen, die die UdSSR und die USA mit den zwischen ihnen abgeschlossenen Verträgen und Abkommen auf sich genommen haben, strikt und in vollem Umfang zu erfüllen.

Besondere Aufmerksamkeit galt bei den Gesprächen der Hauptrichtung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen: den Maßnahmen zur Beseitigung der Kriegsgefahr und zur Beendigung des Wettrüstens.

Die Seiten bekräftigten, daß die zwischen der UdSSR und den USA erzielten Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges und die Begrenzung der strategischen Rüstungen ein guter Beginn bei der Schaffung von Garantien gegen die Entstehung eines nuklearen Konflikts und eines Krieges überhaupt sind. Sie gaben ihrer tiefen Überzeugung Ausdruck, daß dieser Prozeß entwickelt werden muß, und äußerten die Hoffnung, daß andere Staaten ebenfalls ihren Beitrag hierzu leisten werden. Die UdSSR und die USA werden ihrerseits die energischen Anstrengungen zur Lösung dieser historischen Aufgabe fortsetzen.

Eine gemeinsame Erklärung zur Frage der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wird gesondert veröffentlicht.

Beide Seiten unterstrichen erneut die Wichtigkeit und die Notwendigkeit, ernsthafte Anstrengungen zur Abwendung der Gefahr zu unternehmen, die mit der Verbreitung der Atomwaffen in der Welt verbunden ist. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Wichtigkeit, die Effektivität des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu erhöhen.

Es wurde festgestellt, daß gemäß den früher erzielten Vereinbarungen erste Kontakte stattgefunden haben zwischen Vertretern der UdSSR und der USA in Fragen unterirdischer Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken, über Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren, die durch die Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die natürliche Umwelt zu militärischen Zwecken entstehen können, sowie über Maßnahmen, die die gefährlichsten und tödlich wirkenden chemischen Mittel der Kriegsführung betreffen. Es wurde vereinbart, die aktive Suche nach beiderseitig annehmbaren Lösungen in den erwähnten Fragen fortzusetzen.

Während des Treffens fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe internationaler Probleme statt. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Verhandlungen gewidmet, die unter Mitwirkung beider Seiten geführt werden und die Beseitigung der bestehenden Spannungsherde, die Festigung der internationalen Sicherheit und des Friedens in der ganzen Welt zum Ziel haben.

Nach Erörterungen des Verlaufs der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kamen die Seiten zu dem Schluß, daß die Möglichkeit besteht, diese in nächster Zeit erfolgreich abzuschließen. Sie gehen davon aus, daß die erzielten wichtigen Ergebnisse in der Arbeit der Konferenz es ermöglichen, sie auf höchster Ebene zu beenden, was der Bedeutung dieser Konferenz für die friedliche Zukunft Europas entsprechen wird.

Die UdSSR und die USA messen außerdem den Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen und den damit verbundenen Maßnahmen in Mitteleuropa wichtige Bedeutung bei. Sie vereinbarten, aktiv mitzuwirken, um gegenseitig annehmbare Lösungen auf der Grundlage des Prinzips zu finden, daß der Sicherheit keiner der Seiten Schaden zugefügt und einseitige militärische Vorteile nicht zugelassen werden.

Nach Erörterung der Situation, die im Gebiet des östlichen Mittelmeers entstanden ist, sprachen sich die Seiten energisch für die Unterstützung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität Zyperns aus und werden jedwede Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen. Sie sind der Meinung, daß eine gerechte Lösung der Zypernfrage auf der strikten Erfüllung der Beschlüsse des Sicherheitsrates und der UN-Vollversammlung über Zypern basieren muß.

Bei einem Meinungsaustausch zu den Nahost-Problemen haben beide Seiten ihre Besorgnis im Zusammenhang mit der gefährlichen Lage in diesem Gebiet zum Ausdruck gebracht. Sie bekräftigten ihre Absicht, alle Anstrengungen zu unternehmen zur Unterstützung der Lösung der Schlüsselfragen eines gerechten und dauerhaften Friedens in diesem Gebiet auf der Grundlage der Resolution Nr. 338 des UN-Sicherheitsrates unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Völker dieses Gebietes, einschließlich des palästinensischen Volkes, und der Achtung des Rechtes auf eine unabhängige Existenz aller Staaten des genannten Gebietes.

Die Seiten sind der Auffassung, daß die Genfer Konferenz eine wichtige Rolle bei der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten spielen und ihre Arbeit so schnell wie möglich wieder aufnehmen solle.

Es wurde auch der gegenwärtige Stand der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA erörtert. Beide Seiten hoben die große Bedeutung hervor, die der weitere Fortschritt auf diesem Gebiet für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen haben könnte, und brachten ihr festes Bestreben zum Ausdruck, die beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auch weiterhin auszudehnen und zu vertiefen.

Es wurde die besondere Bedeutung hervorgehoben, die sie der Anbahnung einer langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft, die Projekte von großem Maßstab einschließt, beimessen. Die Seiten sind der Auffassung, daß eine derartige Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft der Erhöhung der Stabilität der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen dienen werde. Mit Befriedigung wurde der erfolgreiche Verlauf der Realisierung der Abkommen sowie der Entwicklung der Verbindungen und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA auf dem Gebiet von Wissenschaft, Technik und Kultur hervorgehoben. Nach Überzeugung der Seiten wird die weitere Entwicklung einer derartigen Zusammenarbeit zum Nutzen der Völker beider Länder sein und einen wichtigen Beitrag zur Lösung weltumfassender wissenschaftlich-technischer Probleme darstellen.

Die Verhandlungen fanden in einer Atmosphäre der Offenheit und des gegenseitigen Einvernehmens statt, worin sich das konstruktive Streben beider Seiten nach einer Festigung und weiteren Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA sowie nach einer Erzielung eines Fortschritts bei der Regelung ungelöster internationaler Probleme im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens widerspiegelte.

Die Ergebnisse der durchgeführten Verhandlungen waren eine überzeugende Bestätigung für den praktischen Wert sowjetisch-amerikanischer Treffen auf höchster Ebene und ihrer außerordentlich wichtigen Rolle bei der Gestaltung neuer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Präsident Ford wiederholte die Einladung an L. I. Breschnew, den USA 1975 einen offiziellen Besuch abzustatten.

Der genaue Zeitpunkt des Besuchs wird noch vereinbart werden.

Gemeinsame Erklärung der UdSSR und der USA zur Frage der strategischen Offensivwaffen vom 24. November 1974

(Wortlaut)

Während ihres Arbeitstreffens im Gebiet von Wladiwostok am 23. und 24. November 1974 erörterten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, und der Präsident der USA, Gerald Ford, ausdrücklich die Frage der weiteren Begrenzung der strategischen Offensivwaffen.

Sie bekräftigten die große Bedeutung, die sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten von Amerika der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen beimessen. Sie sind überzeugt, daß ein langfristiges Abkommen über diese Frage ein beträchtlicher Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, zur Verminderung der Kriegsgefahr und zur Festigung des Weltfriedens sein würde.

Sie verwiesen auf den Wert der vorangegangenen Abkommen über diese Frage, einschließlich des Abkommens vom 26. Mai 1972, und bekräftigten ihre Absicht, ein weiteres Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen für den Zeitraum bis Ende 1985 abzuschließen.

Im Ergebnis des Meinungsaustauschs über den Inhalt eines solchen Abkommens gelangten der Generalsekretär des ZK der KPdSU und der Präsident der USA zu der Schlußfolgerung, daß günstige Aussichten bestehen, die Ausarbeitung des Abkommens im Jahre 1975 abzuschließen. Es wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß weitere Verhandlungen auf folgenden Festlegungen beruhen werden:

1) Das neue Abkommen wird die entsprechenden Bestimmungen des zeitweiligen Abkommens vom 26. Mai 1972 einschließen, die bis Oktober 1977 in Kraft bleiben.

2) Das neue Abkommen wird den Zeitraum vom Oktober 1977 bis 31. Dezember 1985 abdecken.

3) Das neue Abkommen, basierend auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, wird folgende Einschränkungen beinhalten:

a) Beide Seiten werden das Recht haben, über bestimmte vereinbarte Gesamtmengen von Trägern strategischer Waffen zu verfügen.

b) Beide Seiten werden das Recht haben, über bestimmte vereinbarte Gesamtmengen von interkontinentalen ballistischen Raketen und von ballistischen Raketen auf Unterseebooten, die mit individuell lenkbaren Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind, zu verfügen.

4) Das neue Abkommen wird eine Bestimmung über weitere Verhandlungen zur Frage weiterer Begrenzung und einer eventuellen Reduzierung der strategischen Rüstungen in der Zeit nach 1985 enthalten, diese Verhandlungen müssen spätestens 1980/81 beginnen.

5) Die Verhandlungen zwischen Delegationen der UdSSR und der USA zur Ausarbeitung eines neuen Abkommens, das die oben genannten Bestimmungen enthalten soll, werden im Januar 1975 in Genf wieder aufgenommen.

Konzert für CHILE

patricio castillo
franz josef degenhardt
floh de cologne
inti-illimani
dietrich kittner
franz xaver kroetz
heide michels
reinhold ohngemach
isabel parra
quilapayún
dieter süverkrüp

Am 31. Mai 1974 veranstaltete das Antiimperialistische Solidaritätskomitee zusammen mit dem Verlag „pläne" in der Essener Gruga-Halle ein Solidaritätskonzert zu Ehren des von der faschistischen Militärjunta ermordeten chilenischen Volkssängers Victor Jara.

10.000 waren gekommen, um dieses hervorragenden Künstlers und Kämpfers der Unidad Popular zu gedenken.

Die teilnehmenden Künstler verzichteten auf ihre Gage, um dieses Konzert zu ermöglichen. Das ASK hat jetzt im Verlag „pläne" ein Doppel-Album der Veranstaltung herausgegeben. Auch hierfür verzichteten alle Beteiligten auf ihr Honorar. Der Reinerlös aus dem Verkauf des Albums geht an das Chile-Solidaritätskonto Dr. Erich Wulff, PschK Ffm. 527055 – 602.

An **Verlag „pläne" GmbH,**
46 Dortmund, Ruhrallee 62

Hiermit bestelle ich .... Exemplare des Doppel-Albums Konzert für Chile (2 LPs / empf. Vk 29,– DM) per Nachnahme zuzüglich Versandkosten.

Name .....

Anschrift .....

Datum ..... Unterschrift .....

Konzert für CHILE

live-Mitschnitt des Solidaritätskonzerts "Für Victor Jara"

pläne

Die Palästina-Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 22. November 1974

(Wortlaut)

Die Vollversammlung,

nachdem sie die Palästina-Frage erörtert, die Erklärung der Organisation für die Befreiung Palästinas, der Vertreterin des palästinensischen Volkes, gehört hat, nachdem sie auch andere Erklärungen während der Debatte gehört hat,
in tiefer Sorge darüber, daß noch keine gerechte Lösung des Palästina-Problems erreicht ist,
und erkennend, daß das Palästinaproblem weiterhin den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährdet,
anerkennend, daß das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen hat,
ihre ernste Sorge ausdrückend, daß das palästinensische Volk gehindert worden ist, seine unveräußerlichen Rechte zu genießen, und insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta,
an ihre diesbezüglichen Resolutionen erinnernd, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bestätigen,

1) bestätigt abermals die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung, b) das Recht auf internationale Unabhängigkeit und Souveränität;

2) bestätigt abermals auch die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entwurzelt worden sind, und spricht sich für ihre Rückkehr aus;

3) betont, daß volle Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte für die Lösung der Palästina-Frage unerläßlich sind;

4) erkennt an, daß das palästinensische Volk eine Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;

5) erkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Rechte in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen mit allen Mitteln wieder zurückzuerlangen;

6) ruft alle Staaten und internationalen Organisationen auf, dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung seiner Rechte, in Übereinstimmung mit der Charta, ihre Unterstützung zu geben;

7) beauftragt den Generalsekretär, Kontakte mit der Organisation für die Befreiung Palästinas in allen Angelegenheiten, die die Palästina-Frage betreffen, herzustellen;

8) beauftragt den Generalsekretär, der Vollversammlung auf ihrer 30. Sitzungsperiode über die Verwirklichung dieser Resolution zu berichten;

9) beschließt, den Punkt „Palästina-Frage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer 30. Sitzungsperiode aufzunehmen.

Die 50 größten Banken außerhalb der USA

Das in New York erscheinende Wirtschaftsmagazin „Fortune" veröffentlichte im Juli und August d. J. Ranglisten der 50 größten Banken (außerhalb der USA) und der 50 größten Industrieunternehmen der westlichen Welt nach dem Stand von 1973, die wir im folgenden nachdrucken. D. Red.

Rang 1973/72		Institut	Land	Aktiva	Einl. (in Mio	Kred. Dollar)	Filialen
1	1	Dai-Ichi Kangyo Bank	Japan	33 504	22 192	20 440	307
2	2	Banque Nationale de Paris	Frankreich	32 927	29 835	18 131	2 154
3	6	Barclays Bank	England	30 810	24 716	22 315	4 936
4	4	Fuji Bank	Japan	29 054	16 658	16 956	227
5	3	Sumitomo Bank	Japan	28 980	19 607	17 029	212
6	9	National Westminster Bank	England	27 520	24 770	22 326	3 632
7	7	Mitsubishi Bank	Japan	27 517	18 446	16 966	194
8	10	Sanwa Bank	Japan	26 597	17 063	16 502	221
9	11	Deutsche Bank	BRD	24 538	22 729	18 370	1 254
10	8	Crédit Lyonnais	Frankreich	24 461	22 672	24 234	2 507
11	13	Société Générale	Frankreich	24 202	23 343	17 137	2 484
12	15	Bank of Tokyo	Japan	23 971	12 752	13 663	106
13	12	Banca Nazionale del Lavoro	Italien	22 844	20 092	14 714	266
14	16	Tokai Bank	Japan	21 129	14 010	11 919	209
15	14	Industrial Bank of Japan	Japan	20 937	17 171	14 295	17
16	17	Dresdner Bank	BRD	20 920	19 547	16 430	1 022
17	18	Mitsui Bank	Japan	20 197	13 040	11 574	153
18	20	Westdeutsche Landesbank	BRD	19 889	18 589	15 868	7
19	19	Banco di Roma	Italien	19 385	13 049	7 543	331
20	22	Midland Bank	England	19 080	17 255	14 592	3 300
21	39	Taiyo Kobe Bank	Japan	19 024	13 413	11 601	309
22	5	Banca Commerciale Italiana	Italien	18 617	16 820	8 475	515
23	21	Royal Bank of Canada	Kanada	18 381	16 817	9 982	1 421
24	23	Lloyds Bank	England	17 618	16 092	14 169	2 800
25	36	Banco do Brasil	Brasilien	16 523	13 311	14 774	826
26	24	Long-Term Credit Bank of Japan	Japan	16 389	14 094	11 602	14
27	25	Canadian Imperial Bank	Kanada	16 117	14 815	8 993	1 652
28	27	Daiwa Bank	Japan	15 935	11 967	9 817	143
29	—	Cassa Risparmio Pr. Lombardo	Italien	15 010	14 447	9 812	383
30	—	Cie Financiêra de Suez	Frankreich	14 782	11 223	10 752	1 720
31	28	Commerzbank	BRD	14 454	13 648	11 247	826
32	29	Bank of Montreal	Kanada	14 423	13 304	8 710	1 196
33	32	Kyowa Bank	Japan	13 770	9 645	8 321	223
24	26	Credito Italiano	Italien	13 738	12 389	6 106	306
35	34	Bayrische Vereinsbank	BRD	13 286	12 557	11 300	401
36	44	Bayerische Landesbank	BRD	13 082	10 156	9 494	2
37	38	Hessische Landesbank	BRD	12 917	10 858	9 623	4
38	31	Mitsubishi Trust Banking	Japan	12 582	10 926	9 507	41
39	30	Union Bank of Switzerland	Schweiz	12 451	10 893	9 300	189
40	35	Sumitomo Trust Banking	Japan	11 823	10 322	9 220	41
41	33	Swiss Bank Corp.	Schweiz	11 490	10 284	7 835	156
42	42	Rabobank	Holland	11 054	9 775	8 928	3 130
43	37	Mitsui Trust Banking	Japan	11 042	9 696	8 499	42
44	46	Standard Chartered Bank. Group	England	10 957	9 474	8 222	1 579
45	43	Bank of Nova Scotia	Kanada	10 337	9 369	5 914	945
46	—	Norddeutsche Landesbank	BRD	10 191	9 127	8 088	516
47	50	Algemene Bank Nederland	Holland	10 173	9 333	9 105	780
48	49	Bank für Gemeinwirtschaft	BRD	10 157	8 014	7 397	351
49	40	Nippon Fudosan Bank	Japan	10 092	8 853	8 635	14
50	41	Swiss Credit Bank	Schweiz	9 871	8 528	7 208	109

Quelle: „Fortune", New York, Juli 1974.

Die 50 größten kapitalistischen Industriekonzerne der Welt

Rang	Unternehmen	Land	Umsatz (in Mio Dollar)	Gewinn n. Steuern (in Mio Dollar)	Umsatzrendite %	Beschäftigte
1	General Motors	USA	35 798	2 398,1	6,7	811 000
2	Exxon	USA	25 724	2 443,3	9,5	137 000
3	Ford	USA	23 015	906,5	3,9	474 000
4	R. Dutch/Shell	England/Holland	18 672	1 789,2	9,6	168 000
5	Chrysler	USA	11 774	255,4	2,2	273 000
6	General Electric	USA	11 575	585,1	5,1	388 000
7	Texaco	USA	11 407	1 292,4	11,3	75 000
8	Mobil Oil	USA	11 390	849,3	7,5	74 000
9	Unilever	England/Holland	11 010	423,3	3,8	353 000
10	IBM	USA	10 993	1 575,5	14,3	274 000
11	Intern. Tel.	USA	10 183	527,8	5,2	438 000
12	Gulf Oil	USA	8 417	800,0	9,5	52 000
13	Philips	Holland	8 108	323,1	4,0	402 000
14	Standard Oil Cal.	USA	7 762	843,6	10,9	39 000
15	British Petrol	England	7 726	760,5	9,8	69 000
16	Nippon Steel	Japan	7 628	195,5	2,6	97 000
17	Western Electric	USA	7 037	315,3	4,5	207 000
18	US Steel	USA	6 952	325,8	4,7	185 000
19	Volkswagen	BRD	6 412	73,1	1,1	215 000
20	Hitachi	Japan	5 972	292,1	4,9	151 000
21	Westinghouse	USA	5 702	161,9	2,8	194 000
22	Hoechst	BRD	5 591	176,3	3,2	155 000
23	Daimler-Benz	BRD	5 551	97,5	1,8	156 000
24	Toyota Motor	Japan	5 547	277,8	5,0	57 000
25	Siemens	BRD	5 523	161,9	2,9	303 000
26	Standard Oil Ind.	USA	5 416	511,2	9,4	47 000
27	BASF	BRD	5 384	194,1	3,6	52 000
28	ICI	England	5 309	449,5	8,5	199 000
29	Du Pont	USA	5 276	585,6	11,1	118 000
30	Mitsubishi	Japan	5 227	109,6	2,1	114 000
31	Nestlé	Schweiz	5 205	217,8	4,2	128 000
32	General Tel.	USA	5 105	352,1	6,9	196 000
33	Shell Oil	USA	4 884	332,7	6,8	32 000
34	Nissan Motor	Japan	4 883	151,0	3,1	85 000
35	Goodyear	USA	4 675	184,8	4,0	153 000
36	Renault	Frankreich	4 656	112,9	0,3	170 000
37	Bayer	BRD	4 654	164,9	3,5	110 000
38	Montedison	Italien	4 452	57,2	1,3	157 000
39	Matsushita	Japan	4 409	252,4	5,4	85 000
40	British Steel	England	4 290	120,8	2,8	225 000
41	ENI	Italien	4 280	65,0	1,5	81 000
42	RCA	USA	4 247	183,7	4,3	126 000
43	Thyssen	BRD	4 243	61,2	1,4	92 000
44	Continental Oil	USA	4 224	242,7	5,1	40 000
45	Intern. Harvester	USA	4 193	114,3	2,7	108 000
46	AEG-Telefunken	BRD	4 187	30,1	0,7	175 000
47	Ling Temco Vought	USA	4 177	49,9	1,2	66 000
48	Bethlehem Steel	USA	4 138	206,7	5,0	118 000
49	Fiat	Italien	4 075	0,5	—	201 000
50	CFP	Frankreich	4 060	197,0	4,9	27 000
	Insgesamt		391 118	22 698,0	5,8	8 651 000